Auf der Seite des Bundestages erfahren Sie alles, über meine Arbeit im Bundestag. Dort finden Sie Anträge, Kleine Anfragen, meine Reden, Parlamentsprotokolle, Mitwirkung in den Ausschüssen und Kommissionen.

https://www.bundestag.de/abgeordnete#url=L2FiZ2VvcmRuZXRlL2Jpb2dyYWZpZW4vSC81MjA0MTItNTIwNDEy&mod=mod525246&dir=ltr

Vorwort

Liebe Interessenten, Freunde, Mitstreiter und Weggefährten

Mein zweites Jahr im Bundestag als rheinland-pfälzische Mandatsträgerin für die „Alternative für Deutschland“ steht immer noch unter dem Eindruck des Neuen und der Aufbauarbeit.

In vielen Bereichen der Fraktion, z.B. die Arbeitskreise betreffend, gab es personelle Veränderungen, die auch gleich dazu genutzt wurden, Arbeitsabläufe zu optimieren.

Die Anfangsmotivation ist ungebrochen. Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben.

Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländisch-christliche Kultur, unsere Sprache und Traditionen in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflicht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ , steht in der Präambel unseres Grundsatzprogramms.

In diesem Sinne geben wir uns mit großem Herzen pflichtbewusst in die Bundespolitik unseres Landes.

Dies ist der Geist, der uns jeden Tag beseelt.

Ich bedanke mich für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen. Mit Stolz und großer Demut bin ich Ihre Stimme im Deutschen Bundestag.

Nicole Höchst

Inhaltsverzeichnis

1 VORWORT VON DIPL. ING. HOLGER PRADE 1

2 FAMILIENPOLITISCHE LEITLINIEN 3

3 BÜRO 10

3.1 NICOLE HÖCHST: MITGLIEDSCHAFTEN UND ÄMTER IM BUNDESTAG 10
3.2 MITARBEITER IM TEAM HÖCHST 10

4 RHEINLAND PFALZ & WAHLKREIS 14

HIER EINIGE DER VERANSTALTUNGEN IM WAHLKREIS: 14

5 ENQUETE-KOMMISSION „BERUFLICHE BILDUNG IN DER DIGITALEN ARBEITSWELT“ 20

6 BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG 24

6.1 PRESSEMITTEILUNGEN 25
6.1.1 Alarmierende Migrantenzahlen an Grundschulen 25
6.1.2 Besorgniserregende Situation der beruflichen Ausbildung 25
6.1.3 Folgen der Inklusion an Schulen 26
6.1.4 Fridays for Future 27
6.1.5 Sinkendes Abiturniveau 27
6.1.6 Deutsche an Schulen Minderheit, Ministerin hilflos 28
6.1.7 Politisch einseitige Bildungsindoktrination von Kindern 30.07.2019 28
6.1.8 Diktaturzentrum scheitert 29
6.2 REDEN 30
6.2.1 Forschungsprogramm im Kampf gegen die Klimakrise 30
6.2.2 Vorsorgeprinzip als Innovationsmotor 33
6.2.3 Berufliche Bildung 35
6.2.4 Enquete-Kommission: Digitalisierung in der Bildung 37

7 FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 40

7.1 PRESSEMITTEILUNGEN 42
7.1.1 Nicole Höchst MdB: Der Notstand vieler Frauen in Deutschland geht alle an! 42
7.1.2 Zweierlei Maß bei Hasskommentaren bei Facebook und Twitter 43
7.1.3 Bundesregierung betreibt einseitig links gerichtete Politik 43
7.1.4 Sexdarstellungen im Mathematischen Salon Dresden 44
7.1.5 Nicole Höchst MdB fordert zum Weltfrauentag themenoffene Frauenpolitik 44
7.1.6 Bürgerpreis für Eltern der ermordeten Maria 45
7.1.7 Frauen hassen Kinder, weil sie das Klima schädigen 46
7.1.8 Die Bundesregierung und ihre vielen Geschlechter 46
7.1.9 Bundesregierung lässt Männer im Stich 47
7.1.10 Aufklärungsarbeit über Genitalverstümmelung verstärken 48
7.1.11 Informationsfreiheit massiv eingeschränkt 49
7.1.12 IS-Kämpfer und die hässliche Fratze deutscher Frauenpolitik 49
7.1.13 Steigender Verfolgung Homosexueller einen Riegel vorschieben 50
7.1.14 Facebooksperre wegen offiziellem Fachbegriff 50
7.1.15 Starkes Familiengesetz hängt arme Kinder weiter ab 51
7.1.16 Abschaffung der Familie 52
7.1.17 Demografie und CO2 53
7.1.18 Hemmungslose Aufklärung 53
7.1.19 Kosten der Antidiskriminierungsstelle 54
7.1.20 Deutscher Frauenrat ist männerfeindlich 55
7.1.21 Unterstützung von Jugendamt und Familien 56

7.1.22 Freiheit und Rechte von Frauen und Kindern schützen 56
7.1.23 Pädophilie ist auch in der evangelischen Kirche nicht neu 57
7.1.24 Demokratiedefizit nimmt dramatische Züge an 58
7.1.25 Nicole Höchst MdB erwägt Kandidatur für den Bundesvorstand 59
7.1.26 Obdachlose brauchen unsere Unterstützung 59
7.1.27 Missbrauchsopfer benötigen gesellschaftliche Unterstützung 60
7.1.28 Zwangsverheiratung - Pflichten der Schule als staatlicher Wächter 61
7.2 KLEINE ANFRAGEN 62
7.2.1 Steigende Fallzahlen bei Inobhutnahmen durch Jugendamt 62
7.2.2 Drittes Geschlecht 65
7.2.3 Männerhäuser und Gewalt gegen Männer 67
7.2.4 Mittelverwendung Amadeu-Antonio-Stiftung 70
7.2.5 Zuschüsse für laufende Träger (Männer-, Frauen-, Familienverbände) 71
7.2.6 Verbesserung der Ausstattung von Jugendämtern 73
7.2.7 Alleinerziehende und Zwangsmaßnahmen des Jugendamtes 74
7.3 ANTRÄGE 76
7.3.1 Gutachten für Jugendamt vereinheitlichen 76
7.3.2 Ablehnung Antrag statistische Erfassung von Abweisungen an Frauenhäusern 77
7.3.3 Vermisste Kinder und Jugendliche bei Jugendämtern 79
7.4 REDEN 80
7.4.1 Internationaler Frauentag 80
7.4.2 Bundesfreiwilligendienst 81
7.4.3 Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz 84
7.5 BEFRAGUNG DER BUNDESREGIERUNG 87
7.5.1 Fehlerquote Jugendamt (85. Sitzung) 87
7.5.2 Deutsche Schüler in der Minderheit 88
7.6 EINZELANFRAGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG 89
7.6.1 Überdurchschnittliche Einbürgerung 89
7.6.2 Förderprogramme gegen Linksextremismus 90
7.6.3 Finanzierung Verbände für Alleinerziehende 91
7.6.4 Keine Regeln für Gutachter – Jugendamt 91
7.6.5 vermisste Kinder und Jugendliche – Jugendamt 92
7.6.6 12 verschiedene Identitäten eines Marokkaners 93
7.6.7 Zuwendungen Stiftung Magnus Hirschfeld 94
7.6.8 Hunderttausende Obdachlose 95
7.6.9 Anfrage zum Thema Jugendamt 96
8 SONSTIGES 97
8.1 WAHL ZUR STIFTUNG „DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM“ 97
8.2 GEDICHTWETTBEWERB ZUM THEMA SICHERHEIT FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN 98
8.3 REDE ZUM WELTFRAUENTAG IN KOBLENZ 105
8.4 HASS AUS DEM LINKEN LAGER 112

1 Vorwort von Dipl. Ing. Holger Prade

Ein weiteres Jahr, in welchem die AfD im Bundestag vertreten ist, ist vergangen. In diesem Jahr zog sie bundesweit in Stadtparlamente und in die Hansestadt Bremen ein, und erreichte in der EU-Wahl gute Ergebnisse und brachte in den drei Bundesländern Sachsen (27,5%), Thüringen (23,5%) und Brandenburg (23,5%) die Altparteien in echte Bedrängnis.
Dies alles ist dem Engagement und dem Fleiß vieler aufrechter Menschen zu verdanken, die von der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft in Frieden, Sicherheit, Freiheit und Demokratie getragen werden. Die Hoffnung und der Wille, die Weichenstellung zu korrigieren, sind Auftrag und Berufung der Abgeordneten der AfD in den Parlamenten. Über alle Unterschiede hinweg, stellen sich Sympathisanten, Förderer, Mitglieder und Abgeordnete gemeinsam dem immer stärker anschwellenden irrationalen Hass der politischen Gegner entgegen.

Farbbeutelanschläge, brennende Autos, eingeworfene Scheiben, Anschläge auf Leib und Leben, Verleumdungen, Wahlkampfgewalt und Morddrohungen – der Gegner dreht an der Eskalationsschraube. Er verweigert das Gespräch und das gesellschaftliche Miteinander. Letztlich schadet er damit nur sich selbst, denn immer mehr Menschen erkennen, dass Demokratie anders aussieht. Das motiviert und lässt alle enger zusammenrücken. Wir müssen aber unsere Methoden und Wege ständig neu diskutieren, um nicht nur angemessen zu reagieren, sondern um zu agieren.

Obwohl immer mehr Menschen anfangen zu begreifen, dass unsere Gesellschaft Gefahr läuft unterzugehen, so erinnert eine Mehrheit noch immer an Nietzsches letzte Menschen, die materiell-geistig gesättigt in die Morgensonne blinzeln. Von Dekadenz infiziert, nehmen sie den geistig-kulturellen Verfall als schützenswert wahr. Sie sind wie der Frosch im Topf, der langsam erhitzt seinen demographischen Tod stirbt.

Es spricht für sich, dass bereits im Frühjahr 2019 die Abgeordnetenbüros im Deutschen Bundestag derart viele Anträge erarbeitet hatten, dass es für die gesamte Legislaturperiode ausreichen würde. Demzufolge gelangen auch nicht alle Anträge sofort in die nächst höhere Ebene und müssen später gebracht werden; zum Beispiel, wenn die Haushaltsdebatten beendet sind.

Jede Partei versucht, möglichst viele ihrer Themen zu setzen. Von dieser Warte aus gesehen, ist es der AfD gelungen, sehr viele Themen zu setzen und damit die öffentliche und die parlamentarische Diskussion maßgeblich zu beeinflussen.

Die parlamentarische Arbeit bedarf jedoch viel mehr, als nur das Stellen von Anträgen, Anfragen und Reden im Bundestag. Das Parteiprogramm stellt, vereinfacht ausgedrückt, nur den groben Rahmen dar. Beispielsweise bedarf ein Satz wie “Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden.“ handfester Untermauerung. Daran arbeiten nicht nur die Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag, sondern auch viele Menschen ehrenamtlich in den Landesfachausschüssen und im Bundesfachausschuss. Das alles muss koordiniert werden und in handfester Sachlichkeit geschehen. Je konkreter und schlüssiger formuliert, je kompetenter und komplexer ausgearbeitet und gedacht wird, desto effektiver wird die Arbeit in den Parlamenten und desto verständlicher wird die gesellschaftliche Vorstellung der AfD. Dieser Arbeitsweise hat der

politische Gegner außer Ideologie nicht mehr allzu viel entgegenzusetzen, denn das Versagen der derzeitigen Vision der Altparteien lässt sich nicht länger leugnen.

Die parlamentarische Arbeit der AfD gewinnt somit an Fahrt, Profil und Richtung.

Nicole Höchst gehört zu den Abgeordneten, welche einen wesentlichen Anteil daran haben. Unter dem Motto „Jetzt erst recht!“ begegnet sie jedem Widerstand der Altparteien und jeder Lüge mit hochgekrempelten Ärmeln. Mit Leidenschaft und Verstand entlarvt sie Schritt für Schritt das einlullende Wolkenkuckucksheim. Unbeirrt ist sie tags und (oft auch) nachts unterwegs und schafft es dennoch, ihren Kindern eine liebevolle Mutter zu sein. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir als ihr Team stehen voll hinter ihr, denn ihr Weg ist auch unser Weg und gemeinsam sind wir stark.

In diesem Sinne auch ein großes dickes Danke an all diejenigen, die positive Rückmeldungen, Tipps oder konstruktive Kritiken geben. Das stärkt den Rücken und hilft bei der parlamentarischen Arbeit.

Dipl. Ing. Holger Prade

2 Familienpolitische Leitlinien

(Erstellt durch den Arbeitskreis Familie im Deutschen Bundestag, Stand 20.06.2020)

AK-Broschüre

Prolog: „Der demographische Wandel ist in Wahrheit eine demographische Katastrophe!“

Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem Wert von etwa 1,5 Kindern je Frau seit vielen Jahrzehnten deutlich unter bestandserhaltendem Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen ist die Zahl der kinderlosen Frauen noch größer. Die Zahl kinderreicher Familien sinkt, Familien mit mehr als zwei Kindern sind überdurchschnittlich häufig arm. Jährlich werden rund 100.000 Abtreibungen mit sozialer Indikation vorgenommen. Eine weitere Verschiebung der Alterspyramide und eine weitere Zuwanderung von für den deutschen Arbeitsmarkt Ungeeigneten führen zu einer Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Sie haben eine übermäßige Steuer- und Abgabenlast, sinkende Renten und eine weitere Entvölkerung der ländlichen Räume zur Folge. Der demographische Wandel ist in Wahrheit eine demographische Katastrophe! Dabei gilt es, einen graduellen Rückgang der Bevölkerungszahl als nicht zu tabuisierendes allgemeines Phänomen westlicher Gesellschaften anzusehen, der nach einer geburtenaktivierenden Politik zugunsten der einheimischen Bevölkerung verlangt. Weitere Einwanderung mit überwiegend negativer Integrations- und Beschäftigungsprognose und in die falschen Altersgruppen löst unsere demographische Katastrophe hingegen nicht.

*Drucksache 19/10632 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/106/1910632.pdf

1. Gesamtpolitischer Rahmen einer wirksamen und aktivierenden Familienpolitik

Der grundgesetzlich gebotene Erhalt des deutschen Volkes als Souverän der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine aktivierende Familienpolitik zu erfolgen. Familienpolitik kann aber nur erfolgreich sein, sofern sie aus anderen Politikfeldern flankierend unterstützt wird. Jedes Sozialversicherungssystem basiert auf einer leistungsfähigen Gesellschaft, auch in nachfolgenden Generationen. Deshalb sind Familien und ihre Kinder die existentielle Voraussetzung für jeden Sozialstaat. Dieser ist eine Errungenschaft der Generationen vor uns. Hier gilt es also auch, einen Kulturabbruch zu verhindern.

Rahmenbedingungen unserer familienpolitischen Forderungen:

- Politikfeld „Inneres“
    - Konsequente Rückführung irregulärer Migranten
    - Grenzschutz
- Politikfeld „Recht“

- Staatsbürgerschaftsrecht: Rückkehr zum Rechtszustand vor Rot-Grün
- Beibehaltung der Wartefrist für Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft
- Weiterhin keine Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an Transferhilfeempfänger

• Politikfeld „Bildung“

- Fokus auf klassischer Wertevermittlung
- Betonung des Sports
- Stärkere Berücksichtigung des Themas Familie im Lehrplan
- Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulsystems

• Politikfeld „Soziales“

- Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber
- Bezugsende von Sozialleistungen für nicht erwerbstätige Ausländer nach einem Jahr

• Politikfeld „Haushalt und Finanzen“

- Indexierung der Kindergeldzahlungen ins Ausland*
- Stärkung des Lastenausgleiches zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen

*Drucksache 19/2999 dserver.bundestag.btg/btd/19/029/1902999.pdf

2. Traditionelle Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit

Die traditionelle Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Nur aus ihr heraus erwachsen die kommenden Generationen. In der Pflege und Erziehung von Kindern dienen die Familien dem Gemeinwesen. Hierfür gebührt ihnen der Dank und die Anerkennung der Gemeinschaft. Der Staat ist aufgerufen, für Kinderreichtum in der einheimischen Bevölkerung zu werben und wirkungsstarke ökonomische Anreize zu setzen. Wertestiftend für die Gesellschaft und kulturerhaltend für die Nation kann nur die traditionelle Familie sein. In ihr sind Mutter und Vater in dauernder Verantwortung für die gemeinsamen Kinder verbunden. Im Mittelpunkt dieser Sorgegemeinschaft stehen die originären Bedürfnisse der Kinder. Das bewährte bürgerliche Ideal, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und ihnen Zeit und Zuwendung zu schenken, beansprucht gerade in der demographischen Krise des deutschen Volkes Gültigkeit und Aktualität. Die Vorstellung von Kinderrechten im Grundgesetz steht im Widerspruch zum grundgesetzlich normierten Recht der elterlichen Sorge und zur natürlichen Verbundenheit der Kinder zu ihren Eltern. Getrenntlebende Eltern („Alleinerziehende“) betrachten wir als zu fördernde Familien. Sie sollen nicht benachteiligt werden.

Familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Stärkung des Lastenausgleiches zwischen Familien und Kinderlosen

• Mehr Netto vom Brutto! Steuererleichterungen für Familien, Familiensplitting*, ermäßigter Umsatzsteuersatz für Produkte und Dienstleistungen des Kinderbedarfs**, Reduzierung des Steueranteils der Stromkosten (für alle Bundesbürger)

• Aufforderung an die Bundesregierung, das traditionelle Familienbild herauszustellen und dafür zu werben

• Unterstützung des Antrages der AfD zur Abschaffung der so genannten „Ehe für alle“
• Ausreichung von Ehekrediten

• Umbenennung des „Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ in „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“

• Ablehnung von Kinderrechten im Grundgesetz, Betonung des Rechts der elterlichen Sorge

• Belohnung von Haus- und Familienarbeit, insbesondere durch die Anrechnungsfreistellung der Mütterrente bei der Grundsicherung

• Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut

• Stärkung des traditionellen Generationenverbundes: Anreize für Großeltern schaffen, die ihre Enkel betreuen

* https://www.afd.de/steuern-finanzen-wirtschaft-arbeit/

**Drucksache 19/5650 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/056/1905650.pdf

3. Familienpolitische Irrwege: Zuwanderung, Gender Main-streaming, Frühsexualisierung

a) Zuwanderung

Zuwanderung ist als Mittel zur Beendigung der demographischen Krise ungeeignet. Einwanderung erfolgt ganz überwiegend in die falschen Altersgruppen. Auch führt der einwanderungsbedingte Männerüberhang zu einer Deformierung der natürlichen Bevölkerungsstruktur. Weiterhin gelingt es Deutschland erkennbar nicht, qualifizierte, integrationswillige Einwanderer zu gewinnen. Die Einwanderung erfolgt zum weit überwiegenden Teil in die Sozialsysteme. Geboten ist vielmehr allein eine aktivierende, geburtenfördernde Bevölkerungspolitik. Ziel dieser Politik muss es sein, die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung mittelfristig signifikant zu erhöhen.

b) Gender-Mainstreaming

Die natürlich gegebenen und daher gesellschaftlich anerkannten Unterschiede zwischen Mann und Frau als geschlechtsspezifische Unterschiede haben Bestand. Ihre ideologische Bekämpfung im Rahmen des Gender-Mainstreaming lehnen wir ab. Weiterhin ist die Umdeutung von sexuellen Vorlieben in eigene Geschlechter abzulehnen. Geschlechter sind das männliche und das weibliche Geschlecht. Darüber hinaus gibt es eine kleine Gruppe von Menschen, die von Geburt an keinem Geschlecht zuordenbar ist. Eine staatliche Beeinflussung der Geschlechter auf dem Feld der Berufswahl lehnen wir als staatliche Umerziehung ab.*

c) Frühsexualisierung

Ebenso fordert die AfD, keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen. Fragen der Sexualität werden an Kinder und Jugendliche in einem Alter herangetragen, in welchem sich junge Menschen solche Fragen von selbst noch nicht stellen. Die Frühsexualisierung geht weit über eine angemessene Erklärung natürlicher Unterschiede zwischen Mann und Frau hinaus und thematisiert explizit sexuelle Vorlieben.

Familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Beendigung der Lehre und Forschung unter der Überschrift „Gender-Mainstreaming“ an den Universitäten – kein Geld für Gender-Mainstreaming-Lehrstühle, Gender Mainstreaming-Institute und Gender-Mainstreaming-Programme an unseren Hochschulen

• Primat des Rechts der elterlichen Sorge in Abwehr jeder Form staatlicher Einmischung in die Erziehung

• altersgemäße Unterrichtung über geschlechtsspezifische Unterschiede, über die Bedeutung der Weitergabe des Lebens und über den Wert der Liebe

• keine Geschlechter- bzw. Frauenquoten: Stellenbesetzungen nach Neigung und Leistung

• Familienbeauftragte statt Frauenbeauftragte

• Kampf gegen den Kindesmissbrauch mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln (Strafrahmen, Verfolgungsdruck)

• Erhaltung und Achtung von Vater- und Mutterbegriff – gegen ideologische Konstrukte wie „Elternteil 1“, „Elternteil 2“, „Mit-Mutter“ u. ä.

Drucksache 19/2956 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/029/1902926.pdf

4. Bürgerschaftliches Engagement

Wir unterstützen ausdrücklich alle Formen eines für die Gesellschaft förderlichen Engagements der Bürger. Hierzu zählen u.a. die Arbeit in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Vereinen, in der Jugendpflege sowie die Unterstützung von Familien, Kindern und Senioren. Die gezielte Ideologisierung der Gesellschaft durch staatliche Einflussnahme auf das bürgerschaftliche Engagement unter dem Schlagwort „Zivilgesellschaft“ lehnen wir dagegen ab (Bundesprogramm „Demokratie leben!“). In diesem Zuge wehren wir uns namentlich gegen die wachsende politische Einflussnahme auf Vereine, Feuerwehren, Hilfsorganisationen usw.

Familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Einführung einer bundesweiten Ehrenamtskarte

• allgemeine Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit verbessern

• Kürzung bzw. Streichung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ bzw. Wiedereinführung der Extremismusklausel (Demokratieklausel)

5. Jugend und Senioren als EIN Teil der Familien

Die Jugend und die Senioren sind Teil unserer Familien. Das Ganze ist aber weit größer als die bloße Summe seiner Teile. Die Förderung nur von Teilen der Familie führt nicht zwangsläufig zu einer Förderung der Familie in Gänze. Wird hingegen die Familie als Ganzes gefördert, kommt dies auch jeder Teilgruppe zu Gute.

familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Sportvereine und der Schulsport (hier auch Schwimmunterricht) als institutionelle Träger einer gesunden Entwicklung der Jugend sind zu fördern

• Suchtprävention hat im Bereich der Jugendarbeit Priorität

• keine subtile Werbung in Kinder adressierenden Medienprodukten (Kinderfilme) zugunsten eines ungesunden Essverhaltens

• Förderung häuslicher, familiennaher Pflege von Senioren

• Ausbau der Förderung von Mehrgenerationenhäusern

• Förderung regionaler Strukturen sowie Maßnahmen und Bestrebungen gegen Einsamkeit und das Auseinanderfallen von Familien

6. Institutioneller und einzigartiger Rang der Ehe

Die Sorgegemeinschaft der Familie findet sich institutionalisiert in den gesetzlichen Regeln und sittlichen Normen der bürgerlichen Ehe. Folgt der Begriff der Mutterschaft der Biologie, „Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren hat." (§ 1591 BGB), so ist Vater eines Kindes der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist (§ 1592 BGB). Die Ehe als Einehe und Verbindung aus Mann und Frau ist mithin der Schutzraum, in dem Kinder gedeihen sollen. Allein ein Mann und eine Frau können Kindern auf natürlichem Wege das Leben schenken. In der Ehe hält das Recht des bürgerlichen Staates ein Institut bereit, das jenes Maß an Dauerhaftigkeit, Verbindlichkeit und Sicherheit gewährleisten soll, das für die Erziehung von Kindern erforderlich ist. Daher ist es gerechtfertigt, die Ehe anderen Rechtsinstituten gegenüber zu privilegieren. Denn die Privilegierung korrespondiert mit einem erhöhten Maß an Verpflichtungen der in einer auf gemeinsame Kinder bezogenen Sorgegemeinschaft ehelich verbundener Ehegatten. Die Ehe bleibt in dieser Perspektive denknotwendig der Verbindung eines Mannes mit einer Frau vorbehalten. Andere Formen gesetzlich geregelter Lebensgemeinschaften haben deutlichen Regelungsabstand zur Ehe zu wahren, damit deren natürliche Einzigartigkeit nicht relativiert wird.

7. Frauen als Mütter

Nur eine Frau kann Mutter sein. Die Frau, die ein Kind gebiert, ist Mutter – sie ist deshalb Mutter dieses Kindes, weil sie es geboren hat. Alle Verwischungen, Überzeichnungen, Relativierungen des aktuell gültigen, der Natur folgenden Mutterbegriffes in § 1591 BGB sind zurückzuweisen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft.

Vollzeitmütter haben daher Anspruch auf die volle Anerkennung und Würdigung seitens der Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung. Jener Feminismus, der die Erwerbstätigkeit der Frau absolut setzt, ist ein falsch verstandener Feminismus. Der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarktliche Druck zur Berufstätigkeit beider Elternteile ist ein großer Mangel. Die Anerkennung von Vollzeitmüttern verlangt tatsächliche Wahlfreiheit. In den ersten Lebensjahren ist insoweit auch das Bedürfnis der Kinder nach familiennaher Betreuung durch Eltern und/oder Großeltern hoch zu gewichten. Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass Kinder soweit als möglich von ihren Eltern erzogen werden.

8. Willkommenskultur für Kinder

Die demographische Katastrophe und auch die allgemeine Anerkennung des Lebensrechts gebietet eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene. Heute werden bei ca. 700.000 lebendgeborenen Kindern jährlich etwa 100.000 Kinder abgetrieben. Lediglich drei bis vier Prozent der Abtötungen der Leibesfrucht erfolgen aufgrund einer medizinischen oder kriminologischen Indikation. Dieser Kultur des Todes ist eine Kultur des Lebens und der Zuversicht entgegenzusetzen. Die Schwangerenkonfliktberatung hat wie gesetzlich gefordert dem Lebensschutz zu dienen. Der Begriff der sozialen Indikation ist vor dem Hintergrund des leistungsstarken deutschen Sozialstaats generell auf den Prüfstand zu stellen. Vor und nach der Entbindung sind finanzielle Anreize bzw. Hilfen jeglicher Art zu gewähren. Ein Menschenrecht auf Abtreibung gibt es nicht. Ein finanzieller Anreiz zur Fortführung der Schwangerschaft kann in einem Schwangerengeld bestehen. Auch ist unter dem Eindruck massenweiser Abtreibungen das Rechtsinstitut der Adoption durch rechtliche Vereinfachungen und Entbürokratisierung zu einem wirksamen Instrument der Willkommenskultur für Kinder auszubauen. Die Abtreibung, mithin das Töten ungeborenen Lebens, das vom Strafgesetzgeber tatbestandsmäßig nach wie vor mit einem Unwerturteil belegt ist, darf gesellschaftlich nicht bagatellisiert werden. Der Staat darf die Abtreibung nicht fördern. Die Abschaffung des Werbeverbots für den Schwangerschaftsabbruch lehnen wir ab.

Familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Neuausrichtung der Schwangerenkonfliktberatung unter den Vorzeichen des Lebens und des Lebensschutzes

• Einführung einer staatlich geförderten Schwangerschaftsberatung und Schwangerschafts-begleitung mit Beratungsstellen (bezogen auf die jeweilige Lebens-und Berufssituation der Schwangeren, auf die Information über staatliche Unterstützungsmaßnahmen und Leistungen der Krankenversicherung)

• Stärkung der Adoption als lebensschützendes Rechtsinstitut

• Beibehaltung des Verbots der Werbung für Abtreibung

• Stärkung des bewährten deutschen Hebammenwesens (gegen eine Akademisierung) und der Infrastruktur in der Geburtshilfe (Kreißsäle)

• Pränatest in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen aufnehmen. Dieser ist eine Alternative zur Fruchtwasserpunktion zum Schutz des Kindes

9. Die Familie als wirtschaftliche Einheit

Die Familie muss zur Bekämpfung der demographischen Katastrophe ihren existenzsichernden Status als wirtschaftliche Einheit zurückgewinnen. Familienpolitik muss in Generationen gedacht werden. Familien muss es möglich sein, Vermögen zu bilden, zum Beispiel in Form von Wohneigentum. Denn Letzteres trägt besonders zur Alterssicherung bei. Menschen aus den unteren und mittleren Einkommensschichten muss es wieder möglich sein, für eine große Familie zu sorgen, ohne ein Armutsrisiko einzugehen. Hierzu gehört auch, dass ein Alleinverdiener in die Lage versetzt werden muss, eine Mehrkinderfamilie von seinem Einkommen zu versorgen. Der Staat schafft so die Rahmenbedingungen für die gedeihliche Eigenverantwortung von Familien. Instrumente sind die Stärkung des Lastenausgleiches zwischen Familien und Kinderlosen, das Familiensplitting und auch die Einführung eines ermäßigten USt.-Satzes auf Produkte und Dienstleistungen des Kinderbedarfs.

Auch in sozialrechtlicher Hinsicht ist die materielle Anerkennung der Leistung von Eltern durch Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern sicherzustellen. Hierzu sind die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes endlich für alle Zweige der Sozialversicherung, Rente, Pflege und Krankheit gesetzgeberisch umzusetzen. Der regenerative Beitrag, den Eltern durch die Erziehung von Kindern und die damit verbundene Hinnahme einer Schmälerung der eigenen Vermögensbildung leisten, ist die unverzichtbare Voraussetzung für generationenübergreifend stabile und finanzierbare soziale Sicherungssysteme. Eltern von heute sorgen für die Beitragszahler von morgen. Bei der Beitragsbemessung von Versicherten bei Erziehungsleistungen ist eine direkte Entlastung der Familien einer Schlechterstellung der Kinderlosen vorzuziehen. Die häusliche durch die und in der Familie getragene Pflege verdient als Familienarbeit gesellschaftliche und sozialpolitische Anerkennung und Absicherung.

Familienpolitische Forderungen und Initiativen des AK:

• Gestaffelte Absenkung der Grunderwerbssteuer in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder für selbstgenutztes Wohnungseigentum am Hauptwohnsitz

• Belohnung von Haus- und Familienarbeit, insbesondere durch die Anrechnungsfreistellung der Mütterrente bei der Grundsicherung*

• Mehr Netto vom Brutto! Steuererleichterungen für Familien, Familiensplitting**, ermäßigter Umsatzsteuersatz für Produkte und Dienstleistungen des Kinderbedarfs***, Reduzierung des Steueranteils der Stromkosten (für alle Bundesbürger)

• Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut

• Stärkung des traditionellen Generationenverbundes: steuerliche Anreize für Großeltern, die ihre Enkel betreuen

• Stärkung der steuerlichen Begünstigungen für Familien

*Drucksache 9/4849 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/048/1904843.pdf

** https://www.afd.de/steuern-finanzen-wirtschaft-arbeit/

***Drucksache 19/5650 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/056/1905650.pdf

3 Büro

3.1 Nicole Höchst: Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Mitglied der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung “

Obfrau der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung“ in der digitalen Arbeitswelt

Projektgruppenleitung der Projektgruppe 1 der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung“ in der digitalen Arbeitswelt

Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Obfrau im Unterausschuss bürgerliches Engagement

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises Bildung

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Stellvertretendes Mitglied im AK Familie

Stellvertretende Landesgruppensprecherin

Mitglied BFA6 „Kultur, Medien, Schule+Hochschule“

Schirmherrin der „Homosexuellen in der AfD“

Leiterin des Unterausschusses Demografie als Teil des Bundesfachausschusses BFA4 Familie

Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Leiterin LFA6 „Kultur, Medien, Schule+Hochschule“

Mitglied im Stadtrat Speyer

Schatzmeisterin KV Speyer

3.2 Mitarbeiter im Team Höchst zum Stand Oktober 2019

Berlin:

Sebastian Noll

Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter – zuständig für den Bereich Bildung und Pressesprecher

Holger Prade - Diplom-Baustoffing. und zertifiz. Sachverständiger, Büroleiter - zuständig für den Bereich Familie

Meldrick Ruf (Student), Sekretariat

Alexander Stahr, Dokumentarfilmer und Fotograf
Mario Rüger, Soziale Medien
Stefan Adler, Soziale Medien

Meine Wahlkreismannschaft:

Benjamin Haupt, Wahlkreisbüroleiter

Gunnar Gerdeman, Wahlkreiskoordinator Bad Kreuznach

Sascha Weckmann, Wahlkreiskoordinator Birkenfeld

Reinhard Rupsch, soziale Medien

Die Hauptthemen im zweiten Jahr:

Ausschüsse

In meinem Büro nahmen der **Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“** als Bestandteil des Familienausschusses (siehe auch Punkt 6.4.2) bzw. die **Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“** wesentlich mehr Raum in Anspruch als im vorangegangenen Jahr. Für bürgerschaftliches Engagement sind im Bundeshaushalt 2020 insgesamt 293,1 Millionen Euro vorgesehen, mit den Schwerpunkten Jugendfreiwilligendienst (110,7Mill.€) und Bundesfreiwilligendienst (167,2 Mill.€: 10 Millionen weniger als 2018).

Jugendhilfe:

Ein Schwerpunktthema war im zweiten Parlamentsjahr die Familienpolitik im Allgemeinen, im Besonderen aber die **Arbeit der Jugendämter**. Exorbitant steigende Zahlen der Inobhutnahmen in sechsstelliger Höhe gehen einher mit steigenden Fehlentscheidungen. Bei einer Million Eingriffen in die Familie (Hilfen zur Erziehung incl. Beratungen) der unterschiedlichsten Art (Inobhutnahme ist nur der letzte Schritt) stellt sich immer häufiger die Frage, ob es sich tatsächlich um einen sogenannten „Fall“ handelt oder nicht. Auch die ergriffenen Maßnahmen werden immer häufiger von den Betroffenen kritisiert. Beim näheren Hinschauen stellte sich heraus, dass keine einheitlichen Gutachterkriterien existieren, Mitarbeiter sehr oft nicht über die nötige Zeit, die Räume oder finanziellen Mittel verfügen. Einarbeitungszeiten sind häufig zu kurz, gesetzl. Grundlagen wie z.B. übergeordnete Einspruchs- oder Kontrollbehörden nicht bekannt und die empfohlenen maximalen Fallzahlen von 35 pro Mitarbeiter werden bis zum dreifachen überschritten. Skandalös wird es jedoch, wenn sich herausstellt, dass Kinder und Jugendliche aus Inobhutnahmen verschwinden und mitten in Deutschland zu Zwangsarbeit gezwungen werden. Die gesamte Tätigkeit der Jugendämter hat das sogenannte Kindeswohl als Basis. Doch sind noch nicht einmal diese beiden Begrifflichkeiten exakt formuliert. Schätzungen gehen bei den Entscheidungen der Jugendämter von Fehlerquoten von 25% und mehr aus, was angesichts der Ausgangslage nicht verwundert. Fehler können in zwei Richtungen entstehen, d.h. zu wenig oder zu viel Zugriff. Jede Fehlentscheidung reist aber tiefe Wunden in die Seelen von Kindern und Eltern und kann sogar lebensbedrohlich sein. Es besteht also Handlungsbedarf. Kinderschutz erreicht man nicht mit überflüssigen bzw. fragwürdigen Gesetzesvorlagen.

4 Rheinland Pfalz & Wahlkreis

Nicht alle Veranstaltungen können öffentlich beworben werden. Grund war und ist die Gewährleistung von Anonymität und Sicherheit. Leider leben wir inzwischen in einem Land, in welchem bereits ein Mittagessen in der „falschen“ Gesellschaft zu Arbeitsplatzverlust führen kann. Deswegen stehen oft keine Veranstaltungsorte oder Gasthöfe auf den Flyern und die Anmeldung erfolgt nicht öffentlich.

Neben allen Veranstaltungen geht es dann noch mit unseren Mitgliedern auf die Straße, zu Ständen, Bürgersprechstunden, Flyer verteilen oder in den Stadtrat von Speyer.

Dennoch:

Auch in diesem Jahr fanden wieder viele gute Veranstaltungen, Stammtische, Vorträge und Bürgerdialoge statt. Für das Interesse, die netten Gespräche, den Austausch und die Anregungen möchte ich an dieser Stelle allen ein großes Dankeschön aussprechen.

Ebenso freue ich mich immer wieder mit den Besuchern, welche die mehrmals im Jahr auf meiner Seite (www.nicole.hoechst.de) angebotenen Bundespressefahrten nutzen, um mit mir in Berlin ins Gespräch zu kommen, denn IHRE MEINUNG ist die die zählt.

Hier einige der Veranstaltungen im Wahlkreis:

06.Januar 2019 in Langenlonsheim

24.03.2019 Die Nacht der Ausbildung in Bad Kreuznach mit Jürgen Klein, Gunnar Gerdemann und Thomas Wolff

24.04. 2019 in Kirn

Europa Wahlkampf im Kreis Birkenfeld.

Impressionen vom heutigen Plakatier Tag mit der Wahlkreis Abgeordneten MdB Nicole Höchst.

Wir haben bei typischem Aprilwetter den Kreis Birkenfeld blau gefärbt mit AfD Plakaten. 😁
👍

Erst kalt, dann warm und sonnig, dann Regen und Sturm.
Der April macht halt was er will. 😉

Nicole Höchst ist in **Bad Kreuznach**.

24. Mai 2019 • Bad Kreuznach •

Bogenschießen beim BSC im Wahlkreis. Naturverbunden, heimatnah und sportlich anspruchsvoll. Sehr nette Menschen, gute Pizza👍👌😉 @ Bad Kreuznach, Germany

Nicole Höchst und Uwe Junge kommen nach Frankenthal

9. Mai 2019 AfD Frankenthal

18.11.2019 Fraktionsveranstaltung Bad Kreuznach mit Tino Chrupalla

Und Sebastian Münzenmaier

Flyer verteilen mit meinem Büroleiter in Speyer

5 Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“

Ein Beitrag des Fachreferenten:

Gleich vorneweg: mir ist Transparenz wichtig und ich möchte, dass der Bürger weiß, was in Berlin und der Welt geschieht. Dies gerade in Zeiten von teils manipulativen Staatsmedien und Upload-Filtern! Was die Kommission angeht, ist es wirklich möglich, gute Einblicke zu gewinnen und Anhörungen, Drucksachen etc. ungeschminkt einsehen zu können: Etliche Infos, Videos etc. zur Enquete finden sich unter www.deutscher-bundestag.de (unter Ausschüsse, dann auf weitere Gremien, dort auf Enquete Kommission „Berufliche Bildung “ klicken). Hier können Sie mir und meinen Kollegen sozusagen bei der Arbeit zuschauen. Natürlich ist nicht alles öffentlich, aber doch sehr viel.

Auch arbeitet die Kommission mit unserer Zustimmung daran, ein Bürgerbeteiligungs-Tool in Zusammenarbeit mit einer Firma ‑ sie wird im Angebotsverfahren ausgewählt - zu etablieren, woran sich als Zielgruppe vor allem junge Leute, Azubis beteiligen können und über einen bestimmten Zeitraum ihre Meinung etc. einbringen können. Auch dies ist ein Schritt, den ich sehr begrüße: Der Bürger soll zu Wort kommen und seine Meinung kundtun.

Ganz kurz ein paar Worte zur Enquete allgemein: Die Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt setzt sich aus 19 Abgeordneten (7 CDU / CSU, 4 SPD, jeweils 2 für AfD, FDP, Linke und Grüne) und 19 Sachverständigen (2 für die AfD) aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft zusammen. Für die AfD bringe ich seit Konstituierung der Kommission am 27. September 2018 als Obfrau mit meinem Kollegen Uwe Schulz, unserem Fraktionsreferenten und dessen Assistenzkraft sowie unseren Sachverständigen MdL Helmut Seifen und Prof. Dr. Bernd Giezek umfassenden Sachverstand in die Kommissionsarbeit ein. Als Stellvertreter sind die Abgeordneten Peterka und Witt benannt worden. Die 38 Mitglieder der Kommission werden ihren Abschlussbericht bis zum Sommer 2021 vorlegen.

Die Enquete hat folgenden Arbeitsauftrag: Sie soll die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Bildung in der zukünftigen Arbeitswelt untersuchen und die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung prüfen. In dieser Kommission geht es also darum, wo und auf welche Weise die berufliche Bildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss.

Die überfraktionelle Arbeitsweise läuft im Großen und Ganzen gut, wenngleich manch verbale Wortblähungen, links-grüne Phantastereien und Endlosschleifen gewisser Teilnehmer zu ertragen sind, aber so ist das nun mal.

Ein großer Kraftakt war die Kommissionsplanung (Sitzungsthemen, Leitfragen, Expertenauswahl etc.) und vor allem das gemeinsame Abstimmen eines Zielsetzungspapiers aller Fraktionen. Vieles war Detailabstimmung und problemlos andere Punkte etwas komplexer. So hat die AfD u. a. Anreizsysteme und Gelingensfaktoren für eine berufliche Ausbildung verstärkt ins Spiel gebracht, die Kommunikation hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung gefordert sowie eine genauere Analyse der Übergänge zwischen allgemeinbildenden Schulen, Betrieben und beruflichen Schulen reklamiert. Auch Handwerksberufe in ihrer Attraktivität wieder deutlicher zu stärken, Digitalisierung als Chance anzusehen, berufliche Bildung zu stärken waren für uns wichtige Anliegen.

Ergänzend zu meinen Ausführungen im letzten Jahr kann ich nach etlichen Stunden Arbeit in und vor den Kommissions-, Obleute- und Projektgruppensitzungen feststellen: Digitalisierung ist nicht nur das Machen und Einbringen von Gesetzen, sondern fängt im Kopf an. Aber: Menschen brauchen vor allem Bezugssysteme, das bedeutet: Der versierte Lehrer muss weiter im Mittelpunkt stehen. Besondere Unterstützung benötigen Klein- und Kleinstfirmen, um den Veränderungen durch Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz, gewachsen zu sein. Letzteres zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Enquete-Arbeit. Wir wollen, dass die kleineren Unternehmen steuerlich mehr entlastet und auch besser beraten werden.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen: Hier ist es entscheidend, die Ergebnisse der Hirnforschung sowie anderer Disziplinen im Lernprozess und in der Entwicklung des Menschen zu berücksichtigen, sonst kann viel schieflaufen. Deswegen will die AfD zu diesem Komplex eine öffentliche Anhörung anregen.

Richtige Methoden zur richtigen Zeit mit den richtigen Hilfsmitteln (digitale Ausstattung etc.) sowie versierte Fachkräfte sind das Grundelixier erfolgreicher beruflicher Bildung. Eine reine Ökonomisierung unserer (Weiter-)Bildungslandschaft lehne ich ab. Nur jedem Schüler oder Azubi einen Laptop zur Verfügung stellen bringt nichts, wenn nicht die richtigen Inhalte und Methoden angewandt werden und das Lehrpersonal intensiv geschult wird. Nur Auftragsbeschaffer für die Großindustrie sollte die Politik nicht sein Agile und schnell angepasste Weiterbildung ist für viele Firmen entscheidend, aber auch hier muss der Betreffende mitgenommen werden. Er muss allerdings auch bereit sein, lebenslang zu lernen. Die Kurzlebigkeit vieler Wissensgebiete zwingt zur permanenten Bereitschaft, sich beruflich weiterzubilden.

Ich habe immer wieder die rechtzeitige Berufsorientierung von Jugendlichen eingefordert. Berufliche Bildung findet letztlich schon in den allgemeinbildenden Schulen statt. Viele Studienabbrecher gäbe es nicht, wenn ihnen rechtzeitig berufliche Alternativen vor Augen geführt worden wären. Ich trete für die Gleichberechtigung von dualer Bildung und Studium ein. Der berufliche Abschluss muss mehr Anerkennung und Aufwertung erfahren. Die gesellschaftliche Abwertung beruflicher Bildung muss gestoppt werden! Hybride Bildungswege halten wir für eine gute Sache. Jedenfalls bringt ein guter Meister mehr zustande als diejenigen Menschen, die eventuell wegen mangelhafter oder nicht stattgefundener Berufsorientierung ihr Studium abbrechen müssen, wenngleich letzteres nicht immer ein Beinbruch ist. Geschickte Weiterbildung und Neu-Qualifizierung können diesen Menschen neue Arbeitsfelder erschließen.

„Digitalisierung ist nicht nur das Machen und Einbringen von Gesetzen, sondern eine Sache der Mentalität und Einstellung, sie fängt also im Kopf an“, meint treffend mein Kollege Uwe Schulz.

Wir sehen mit Sorge, dass unter rund drei Millionen Hartz-IV-Haushalten etliche Menschen voll im Erwerbsfähigenalter sind, ein massiv ungenutztes Potential. Es gibt rund zwei Millionen Menschen ohne Abschluss, darunter viele jüngere Männer. Deshalb haben wir auch unter anderem die Einladung von Experten der Sinus-Jugendstudien gefordert. Diesem Wunsch ist entsprochen worden. Auch das BiBB und Experten der IAB geben wir immer wieder die Möglichkeit, ihre Expertise einzubringen. Leider können wir nicht immer die

Sachverständigen, Verbände etc. durchsetzen, die wir gerne zu einzelnen Themen gehört hätten. Die Mehrheit entscheidet letztlich.

Die AfD möchte o.g. Zielgruppen befähigen, wieder beruflich Fuß zu fassen. Deswegen forcieren wir eine Anhörung zum Thema „Übergänge zwischen allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen und Betrieben“. Hierzu gehört der Wille zur Weiterbildung, das lebenslange Lernen, die Aneignung von Grundkompetenzen, zu denen digitale und soziale gehören, sowie die rechtzeitige Berufsorientierung, eine eventuelle Umschulung sowie passgenaue Weiterbildungsmaßnahmen. Wir fordern die Kompetenzen in den sogenannten MINT-Fächern deutlich zu verbessern.

Die AfD weist in der Kommissionsarbeit auch auf die große Anzahl von Schul- und Studienabbrecher hin. Wenn rechtzeitig berufliche Alternativen aufgezeigt würden und die berufliche Bildung im Ansehen und Prestige wieder einen höheren Stellenrang besäße, hätte man diese Zahlen sicherlich senken können. Wir „Alternativen “ sehen auch Fortschritte im Bereich der Inklusion, aber sie können nicht Hauptziel der Enquete-Arbeit sein.

Die Lehrer müssen durch massive Weiterbildungsprogramme und die Weiterbildungsstätten durch mehr Lehrpersonal gestärkt werden. Allgemeinbildenden Schulen müssen rechtzeitig beginnen, Grundkompetenzen zu vermitteln. Hier fordern wir, dass Lehrpläne deutlich schneller als bisher an die neuen Anforderungen und beruflichen Veränderungen angepasst werden. Die notwendige materielle Ausstattung der Schulen ist natürlich eine wichtige Voraussetzung. Hier gibt es noch großen Nachholbedarf. Die Anzahl der Berufsausbildungsordnungen wird sicherlich weiter sinken, allgemeine Grundkompetenzen werden für viele Fächer gleichermaßen wichtig. Die technikoffene Formulierung vieler Ausbildungsordnungen halten wir für richtig, denn der technische Wandel ist rasant. In dem ein oder anderen Fall ist auch die Neuetablierung eines Berufes wichtig und sinnvoll wie z. B. Kaufmann E-Commerce.

Trotz allem sieht die AfD die Digitalisierung aber nicht als „heilige Kuh“, sondern als Mittel zum Zweck für einen guten Berufsstart und zukünftige Arbeitsplatzsicherung. Notwendig sind zuerst pädagogische Konzepte und auch eine inhaltliche Diskussion (Was soll vermittelt werden?). Der versierte Lehrer bleibt maßgebliche Konstante.

„Viele Klein- und Kleinstfirmen, besonders das Handwerk, tuen sich oftmals schwer, den Anschluss an die sich rasch verändernden digitalen Welten zu finden “, meint mein Mitstreiter MdB Uwe Schulz, „Daher hält die Alternative für Deutschland Hilfestellungen für besonders notwendig“. Dies können beispielsweise steuerliche Anreize, umfassende Beratungsleistungen in den Firmen und passende Weiterbildungspakete sein. Generell fordern wir mehr Meister statt Master, die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung. Ich möchte keine weitere Verwässerung im Bildungswesen. Die Abiturquote beständig zu steigern und das Anforderungsprofil der Schulen immer mehr zu senken, dem müssen wir mit Nachdruck etwas entgegensetzen. Die Abiturquote ist zwischenzeitlich schon auf rund 50 Prozent gestiegen, Tendenz steigend. Das bedeutet oftmals: Weniger junge Menschen beginnen eine duale Ausbildung, die durchaus für viele eine gute Alternative darstellen kann.

In den ersten Sitzungen der Enquete wurden unter anderem Berichte der Parlamentarischen Staatssekretäre aus drei Ministerien (BMBF, BMAS, BMWi) zu laufenden und geplanten

Vorhaben und Formaten der Ressorts im Zusammenhang mit dem Thema der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt vorgetragen. Im Dezember gab es dann eine öffentliche Anhörung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum Gesamtkomplex. Des Weiteren ging es um Fragen des Selbstverständnisses und der übergeordneten Zielsetzung der Kommission und die Arbeitsplanung für kommende Sitzungen. Eine folgende Sitzung widmete sich den bisherigen Veränderungen und den daraus zu ziehenden Lehren für Arbeitswelt und berufliche Bildung. Auch die berufliche Aus- und Weiterbildung im internationalen Vergleich und der Aspekt „Wie tickt die junge Generation in puncto Beruf?“ waren Gegenstand öffentlicher Anhörungen. In einer weiteren Sitzung ging es um „Motivationsfaktoren für eine erfolgreiche Aus- und Weiterbildung“. Hier kamen auch junge Menschen selbst zu Wort. Es wurde also nicht nur über sie gesprochen, sondern auch mit ihnen. Das finden wir gut!

Die AfD liefert etliche Anregungen und ergänzende Vorschläge für die Kommissionsarbeit. Zu jeder Expertenanhörungen werden Leitfragen seitens der Fraktionen formuliert, die dann von den Sachverständigen abgearbeitet werden. In vielen Punkten herrscht Konsens unter den Fraktionen, in einzelnen wird hart gerungen, manches fällt unter den Tisch. Einen langen Prozess der Abstimmung benötigt beispielsweise das Zielsetzungspapier, an dem immer wieder Veränderungen vorgenommen wurden. Die berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt wird dabei umfassend verstanden: Berufsorientierung, Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung, Fort- und Weiterbildung.

Der AfD sind wichtige Anliegen:

- die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung,
- die Stärkung und Anpassung des dualen Systems,
- die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen akademischen und beruflichen Bildungswegen durch entsprechende Anerkennungssysteme,
- hybrid/verzahnte Formate etc.;
- die Implementierung von digitaler Allgemeinbildung in der beruflichen Bildung und der digitalen Arbeitswelt;
- die Ausrichtung der Lehrpläne auf ein vielschichtiges digitales Arbeitsumfeld unter besonderer Berücksichtigung von Klein- und mittleren Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit;
- die Passung des Fachkräftebedarfs und der beruflichen Bildung,
- die Anpassung an Berufswünsche Jugendlicher und Erwachsener durch lebensbegleitende Bildungs- und Berufsberatung sowie Berufsorientierung,
- unterstützende Angebote zur Berufsvorbereitung,
- Förderung der beruflichen Bildung im ländlichen Raum etc..

Hierfür setze ich mich in der Enquete-Arbeit ein. Herzlichen Dank an meine Wähler(-innen), dass Sie mir dies ermöglicht haben.

Im Mai gab es einen Input unseres Sachverständigen Prof. Giezek (Projektgruppe 3: Anforderungen an berufsbildenden Schulen) zum Thema „Notwendige Veränderungen in Lehrplänen und pädagogischen Konzepten aufgrund der Digitalisierung“; Herr Seifen bringt seine Expertise in Projektgruppe 2 (Anforderungen an die Ausbildung im Betrieb) ein. Kollege

Schulz und ich leisten zusätzlich unseren Beitrag in der Projektgruppe 1 (Herausforderung der Digitalisierung für die berufliche Bildung). Es folgte noch Sitzungen zum Komplex Berufliche Aus- und Weiterbildung im internationalen Vergleich, erfolgreiche Leuchtturm-Projekte im Bereich Digitalisierung / Bildung.

Es ging u.a. um Beschäftigungsstrukturen in digitalisierten Regionen und entsprechende Qualifizierungspfade sowie um Ländervergleiche mit Staaten, die als besonders erfolgreich im Bereich Digitalisierung gelten. Ich möchte, dass wir von den Besten lernen. Warum nicht erfolgreiche Modelle modifizieren und bei uns integrieren, dort wo es möglich ist. Estland ist beispielsweise ein herausragendes Beispiel. Ich durfte dies bei einer Parlamentsreise hautnah erleben.

Die Enquete wird mit unserer Hilfe Handlungsempfehlungen geben, die hoffentlich in vielen parlamentarischen Initiativen Eingang finden werden.

Auch die AfD wird die Leitung einer noch zu etablierenden Projektgruppe übernehmen. Das Thema „Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung - Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit“ wird hier im Mittelpunkt stehen.

In diesem Sinne: Machen wir die Menschen fit für die Herausforderungen in Schule und Beruf! Gerade in Zeiten raschen technischen Wandels ein unbedingtes Muss! Wir alle müssen bereit sein, lebenslang zu lernen. Ansonsten werden wir schneller abgehängt als uns lieb ist. Deutschland hat alle Möglichkeiten, wirtschaftlich und wissenschaftlich an der Weltspitze mithalten zu können.

6 Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

6.1 Pressemitteilungen

6.1.1 Alarmierende Migrantenzahlen an Grundschulen

(23.11.2018)

+++Pressemitteilung+++
Nicole Höchst MdB zu den alarmierenden Migrantenzahlen in Deutschlands Grundschulen

Laut einem Bericht der BILD spricht an einer Schule im Berliner Bezirk Neukölln nur eines von 103 im Sommer eingeschulten Kinder zu Hause deutsch. Eine bedenkliche Entwicklung, die sich auch in Rheinland-Pfalz abzeichnet, findet Nicole Höchst.

"Die Einschätzung der Schulleiterin der Neuköllner Grundschule, wir würden arabisiert, ist völlig korrekt. Integration kann unter solchen Bedingungen nur noch umgekehrt laufen. Das einzige deutsche Kind unter allen Erstklässlern muss sich zwangsläufig in die fremden Kulturen integrieren. Nur in welche?" Wer glaubt, das Problem beschränke sich auf wenige Schulen in Großstädten, der irrt. Auch in Rheinland-Pfalz zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung bereits ab, wie verschiedene Kleine Anfragen der AfD-Landtagsfraktion in Mainz ergaben. Nicole Höchst weiter: "Die drastischsten Zahlen finden sich zwar auch in Rheinland-Pfalz in den großen Städten. In Ludwigshafen beispielsweise lag im Schuljahr 2016/2017 der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in 17 von insgesamt 24 Grundschulen bei über 50%. Bei zwei Ludwigshafener Grundschulen sogar bei über 90%. Jedoch sind durchaus auch Kleinstädte betroffen. In Germersheim weisen zwei von drei Grundschulen einen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund der größer als 50% ist aus, eine davon über 80%. In Bad Kreuznach haben in zwei von sechs Grundschulen die Mehrheit der Schüler einen Migrationshintergrund. In meinem Wahlkreis ist es zwar noch nicht so fatal wie in Neukölln, aber auch hier verrät ein Blick in die Kitas wo die Reise hingeht. In 19 Kreuznacher Kitas waren im Jahr 2016 die Kinder ohne Migrationshintergrund in der Minderheit. Wohlgemerkt von 33 Kitas insgesamt! Spitzenreiter war eine Kita mit 94,74% Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Integration kann nur glücken, wenn die Kultur, in die es sich zu integrieren gilt, auch die deutliche Mehrheit stellt. Warum sonst sollte ein Migrantenkind Deutsch lernen, wenn drei Viertel der Schulkameraden Arabisch sprechen? Ich frage mich, warum die Altparteien sämtliche drängenden Probleme verschlafen! Sie werden in wenigen Jahren in einem Land, voller Parallelgesellschaften aufwachen. Das kann nicht im Interesse des deutschen Volkes sein, dessen Wohl sich alle politischen Handlungen widmen sollten."

6.1.2 Besorgniserregende Situation der beruflichen Ausbildung

+++ Pressemitteilung +++

Nicole Höchst MdB zur besorgniserregenden Situation der beruflichen Ausbildung

Im November 2018 titelte die WELT: "Deutschlands Erfolgsmodell in der Bildung droht der Abstieg". Leider haben die dort angesprochenen Probleme nichts an Aktualität verloren.

Nicole Höchst MdB: "Das duale Ausbildungssystem ist ein weltweit geachtetes Erfolgsmodell. Leider sieht die Politik zu, wie es krachend gegen die Wand fährt. Mittlerweile sind wir so weit, dass es nicht mehr mit dem Justieren von ein paar Stellschrauben getan ist, denn es hapert an allen Enden. Berufsbildende Schulen sind schlecht ausgestattet, es mangelt an Nachwuchs seitens der Lehrkräfte und immer weniger Schulabgänger entscheiden sich für eine klassische Ausbildung. Letzteres ist vor allem dem unverständlichen Akademisierungswahn geschuldet.

Um wieder mehr Menschen für den Meister, statt den Master zu überzeugen, benötigen wir dringend einen Imagewechsel! Die duale Ausbildung darf nicht mehr als Abschluss zweiter Klasse gesehen werden. Das Handwerk und die kleinen mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat unserer Nation. Jene gilt es entsprechend zu würdigen. Auch der Beruf des Berufschullehrers benötigt wieder mehr Anerkennung. Er ist kein Betreuer für Schüler, die das Abitur nicht geschafft haben. Er bildet diejenigen aus, die mit ihrer beruflichen Tätigkeit dafür garantieren, dass sich Deutschlands Wirtschaft auch künftig an der Weltspitze behaupten kann. Ein hochwertiges Fort- und Weiterbildungsangebot für Berufsschullehrer muss auf den schnellen Wandel der Berufsbilder im Zeitalter der Digitalisierung reagieren. Wir brauchen eine überzeugende Werbestrategie für die klassische Lehre, um junge Talente zu gewinnen, sowie gut ausgestattete Berufsbildende Schulen, um eine exzellente Ausbildung zu ermöglichen. Klotzen, nicht kleckern, muss das Motto sein."

6.1.3 Folgen der Inklusion an Schulen

(20.02.2019)

++Pressemitteilung++

„Zwangsinklusionsquoten bringen nichts “, „an den Grundschulen brodelt es“, „Inklusion wird schön geredet“, „gescheiterte Inklusion“ so lauten die Aussagen von CDU, SPD und Piraten in Hannover.

Höchst AfD dazu: „Was die AfD schon lange kritisiert, können jetzt auch die anderen Parteien nicht länger ignorieren. Es fehlen Lehrer, Therapeuten, Räume und Schulbegleiter. Die 2006 in Paragraph 24 unterzeichnete UN-Konvention sagt aus, dass Menschen mit Behinderungen:
„gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben“ Dies bedeutet jedoch nicht, dass deren Förderung oder die Qualität des Unterrichtes generell darunter leiden darf. Der Versuch etwas weiterhin umzusetzen, das seit 12 Jahren nicht oder nur in Teilen funktioniert, ist ein gesellschaftsgefährdendes Experiment. Die Stadt Hannover verkündete denn auch folgerichtig, dass zu Veränderungen zu kommen, ein langfristiger Prozess sei. Hinzu kommen seit ein paar Jahren immer mehr Kinder von Migranten, welche die Sprache nicht oder nur schlecht sprechen.

Wie viele Generationen müssen eigentlich in ihrer schulischen Entwicklung behindert werden, bis man reagiert? Es geht hier um die Bildung unserer Kinder, um den Grundstock des Wohlstandes und die zukünftige Entwicklung unseres rohstoffarmen Landes. Gemeinsam zur Schule gehen, aber getrennt unterrichtet werden, garantiert für alle Kinder maximalen Lernerfolg. Man kann es auch die Förderschule in der Schule nennen und die Förderschule ist eine wichtige Forderung der AfD. Egal, in welcher Form man sie umsetzt, der gesunde Menschenverstand sollte immer Pate stehen.

Schluss also mit dem Ritt auf einem halbtoten Pferd und zurück zu einer Politik, die ausschließlich dem Wohle der Menschen dient, zurück zu einer Politik, die in der Lage ist Fehler zu erkennen und diese auch zu korrigieren. “

Nicole Höchst ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied im Ausschuss Bildung und Forschung sowie im Ausschuss Familie.

6.1.4 Fridays for Future

(12.03.2019)

+++Pressemitteilung+++

Nicole Höchst MdB zur "Fridays for Future"-Kundgebung in Speyer

Am Freitag, 15.03.2019, findet in Speyer erstmalig eine "Fridays for Future"-Kundgebung statt. Nicole Höchst MdB dazu: "Die "Fridays for Future"-Kundgebungen sind institutionalisiertes Schule schwänzen. Demonstrationen haben selbstverständlich in der Freizeit stattzufinden. Dass die Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz (LSV) zum Schulstreik aufruft, wäre eigentlich ein Skandal, wenn man nicht bereits an obskurere Forderungen, wie die Abschaffung von Noten oder die Legalisierung bestimmter Drogen, von ihnen gewohnt wäre. Anders als in der Pressemitteilung der LSV dargestellt, machen die Schüler nicht von einem ihrer Rechte gebrauch. Schüler sind zur Teilnahme am Unterricht verpflichtet. Ein Recht auf Schulstreik existiert selbstverständlich nicht. Was passiert, wenn die Schüler ihre Freizeit investieren müssen, hat man vergangene Woche in Berlin gesehen. Gähnende Leere am Weltfrauentag, der in Berlin ein gesetzlicher Feiertag ist. Da hören die Heldentaten auf. Es ist auch offenkundig, dass die Schulstreiks nur geduldet werden, da sie der vermeintlich guten Sache dienen. Für politisch genehme Themen der Regierungspolitik soll geschwänzt werden dürfen. Politisch genehme Haltung geht wieder über Recht und Gesetz. Das dürfen wir nicht zulassen. Wehret den Anfängen."

6.1.5 Sinkendes Abiturniveau

(20.03.2019)

+++ Pressemitteilung +++

Nicole Höchst MdB zu immer besseren Abiturdurchschnittsnoten

In einem Interview mit der Rhein-Zeitung vom 16.03.2019 kommen vier Schulleiter aus dem Landkreis Birkenfeld zu Wort. Thema ist der immer bessere Notendurchschnitt beim Abitur.
Nicole Höchst MdB hierzu: "Seit Jahren sinkt das Niveau des Abiturs in Deutschland. Die im Artikel angesprochenen hohen Studienabbrecherquoten zeigen, dass das heutige Abitur leider nicht mehr selbstverständlich eine "Allgemeine Hochschulreife" ausweist. Das von zwei Schuldirektoren befürwortete Zentralabitur trägt womöglich sogar zu einer höheren Vergleichbarkeit der Abschlüsse bei, unterliegt allerdings dem allgemeinen Niveaulimbo. Dieser entsteht dadurch, dass man sich bei der Aufgabenauswahl an den Bildungsschlusslichtern der Bundesländer ausrichtet. Letztlich geht aber die Diskussion an des Pudels Kern vorbei. Dadurch, dass der Elternwille über den Besuch der weiteren Schulform entscheidet, ist das Gymnasium längst zur inoffiziellen Gesamtschule geworden. Es ist wichtig, dass der Zugang zu höherer Bildung jedem offen steht. Das ist aber genau wie die Durchlässigkeit des Bildungssystems längst gegeben. Wir haben schlicht zu viele Schüler an den Gymnasien, welche eigentlich an einer anderen Schulform besser aufgehoben wären. Der Grund hierfür ist letztlich leicht auszumachen: Die völlig verfehlte Bildungspolitik in unserem Land, die jungen Menschen vorgaukelt, man müsse zwingend Abitur und einen Hochschulabschluss haben, um etwas wert zu sein. Der Akademisierungswahn geht am Bedarf

unserer Gesellschaft vorbei. Wir müssen endlich wieder das Handwerk stärken und die klassische Lehre als das wertschätzen, was sie ist: das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir brauchen mehr Meister, statt Master.

Nicole Höchst MdB ist Regierungsschuldirektorin a.D., Leiterin des AfD-Bundesfachausschusses 6 "Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien" sowie stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises "Bildung" der AfD-Bundestagsfraktion.

6.1.6 Deutsche an Schulen Minderheit, Ministerin hilflos

(15.03.2019)

++Pressemitteilung zur Befragung der Bundesregierung am 15.05.2019++

Höchst MdB - "Deutsche in der Minderheit an deutschen Schulen - Ministerin hilflos"

Wer denkt, das Problem beschränke sich auf Berlin und andere wenige Großstädte, der irrt. Auch Rheinland-Pfalz ist betroffen. In Ludwigshafen beispielsweise lag im Schuljahr 2016/2017 der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in 17 von insgesamt 24 Grundschulen bei über 50%, bei zwei Ludwigshafener Grundschulen sogar bei über 90%. Jedoch sind durchaus auch Kleinstädte betroffen. In Germersheim weisen zwei von drei Grundschulen einen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund der größer als 50% ist aus, eine davon über 80%. In Bad Kreuznach haben in zwei von sechs Grundschulen die Mehrheit der Schüler einen Migrationshintergrund. In meinem Wahlkreis ist es zwar noch nicht so fatal, wie in Neukölln, aber auch hier verrät ein Blick in die Kitas, wo die Reise hingeht. In 19 Kreuznacher Kitas waren im Jahr 2016 die Kinder ohne Migrationshintergrund in der Minderheit. Wohlgemerkt von 33 Kitas insgesamt! Spitzenreiter war eine Kita mit 94,74% Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Integration kann nur glücken, wenn die Kultur, in die es sich zu integrieren gilt, auch die deutliche Mehrheit stellt. Warum sonst sollte ein Migrantenkind Deutsch lernen, wenn drei Viertel der Schulkameraden Arabisch sprechen? Ich frage mich, warum die Altparteien sämtliche drängenden Probleme verschlafen! Sie werden in wenigen Jahren in einem Land, voller Parallelgesellschaften aufwachen. Das kann nicht im Interesse des deutschen Volkes sein, dessen Wohl sich alle politischen Handlungen widmen sollten. "Durch ihre Politik sind unsere Kinder bereits eine sprachlich ausgegrenzte, diskriminierte, gemobbte und drangsalierte Minderheit in vielen Kitas, Schulsälen und Pausenhöfen." So lautete der Vorwurf an die Ministerin, welche sehenswert hilflos darauf reagierte. Sie werden dennoch nicht auf die Realität eingehen und sich besinnen. Es ist ihnen egal, den Heimat-, Kultur-und Sprachvernichtern unserer Regierung.

https://youtu.be/jMDlkweMXnU

6.1.7 Politisch einseitige Bildungsindoktrination von Kindern 30.07.2019

(30.07.2019)

++Pressemitteilung++

Unsere Gesellschaft entgleitet zunehmend in eine diktatorische Dekadenz, die sehr an die DDR erinnert. Die Ausgabe 03/2019 von didacta Infodienst mag da beispielhaft sein. Überschrieben ist sie mit „Das Bildungsdossier für Politik und Bildungsverwaltung“.

Nicole Höchst dazu: „Hier werden positive Aussagen geschickt verknüpft mit der systematischen Förderung von Intoleranz und Abbau von Bildung. Nur wer die ersten vier Seiten aufmerksam und kritisch durchliest, wird bemerken, worum es den fünf Autoren in ihren Beiträgen geht. Auf Seite eins wird erklärt, eines der obersten Ziele schulischer Bildung sei gesellschaftliche Orientierung und feiert gleichzeitig den „Schulschwänzerfreitag“, der das gesamte System ändern will. Auf Seite zwei will man politische Bildung ausbauen und zwar in allen Fächern, zwangsläufig zu Lasten des Sachunterrichtes, erwähnt rechtsextremistische Gewalt und vergisst prompt religiöse, fremdkulturelle und linksextremistische Gewalt. Auf Seite drei ist man davon überzeugt, dass Kinder, die nicht zur Schule gehen, bei Demonstrationen viel lernen und betont, dass die Perspektivübernahme des Europarates für Kinder und Jugendliche wichtig sei. Auch wirbt man für das linksausgerichtete Bundesprogramm „Demokratie leben“ und möchte die politische Willensbildung in Kitas ausbauen. Doch auf Seite vier wird es noch schlimmer. Hier möchte man staatliche Hilfe und Begleitung bei Demonstrationen ausbauen und betont „Fridays for future“ stelle ein tolles Praxisbeispiel für politische Bildung dar. Mit der Formulierung „So nah kann Schule am Leben sein.“, freut man sich über Schule schwänzen und behauptet, dies sei eine nachhaltige Entwicklung. Im letzten Beitrag wird die Vermittlung fachspezifischen Wissens abfällig als Anhäufung bezeichnet und behauptet, es gehe um die Befähigung sich selbstwirksam … zu erleben. Soll so die Schule der Zukunft aussehen? Für mich klingt das wie das Ende rationalen Denkens und die Begräbnisrede von Demokratie und unseres Bildungssystems. Mit der AfD wird so etwas nicht zu machen sein, denn das ist der steile Weg nach unten.“

6.1.8 Diktaturzentrum scheitert

(20.08.2019)

+++Pressemitteilung+++

Gescheitertes Zentrum für Diktaturforschung an der Humboldt-Universität

Die Gründung des 'Interdisziplinären Zentrums für vergleichende Diktaturforschung' ist vom Tisch. Zusammen mit acht Historikern und fünf Juristen wollte der an der Humboldt-Universität tätige Geschichtsprofessor Jörg Baberowski die Entstehung von Diktaturen erforschen. Das Projekt scheiterte an den vier studentischen Mitgliedern des Akademischen Senats, welche die kritische Haltung Baberowskis zur Flüchtlingspolitik als unvereinbar mit den Prinzipien 'Antidiskriminierung' und 'Diversität' ansahen.

Nicole Höchst dazu: "Dass die private, persönliche Einstellung eines Professors genügt, um die Freiheit der Wissenschaft dermaßen einzuschränken, ist eigentlich schon ein Skandal an sich. Dass als Begründung hierfür ausreicht, Baberowski sei nicht positiv gegenüber der Flüchtlingspolitik eingestellt, setzt dem Ganzen die Krone auf. Das jüngere Deutschland hat an Diktaturforschung kein Interesse. Warum wohl? Grün-marxistische Öko-Diktatur mit der Legitimation der Weltenrettung gilt als ganz großer Wurf bei der ideologisch verformten Jugend. Man möchte am liebsten kontrollieren, was andere sagen und denken. Man kontrolliert bereits, was geforscht und gelehrt werden darf. Weit hat es der Standort Deutschland gebracht: Generation 'Snowflake' will lieber Gender Gaga studieren und ihren 'German-Größenwahn'

kultivieren. Schließlich gilt es, die bereits im Kindergarten gelernte 'German-Haltung' in alle Welt zu exportieren."

6.2 Reden

6.2.1 Forschungsprogramm im Kampf gegen die Klimakrise

(75. Sitzung, 18.01.2019)

Nicole Höchst (AfD):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Werte Kollegen!

Sehr verehrte Gäste! „Ein Forschungsrahmenprogramm im Kampf gegen die Klimakrise “, so betiteln die Grünen ihren Antrag, damit die von ihnen finanzierten Wissenschaftler gleich wissen, in welche Richtung die so steuerfinanzierte Forschungsreise gehen muss. Als Erstes reden wir mal nicht von einer Klimakrise -denn so etwas gibt es gar nicht -,

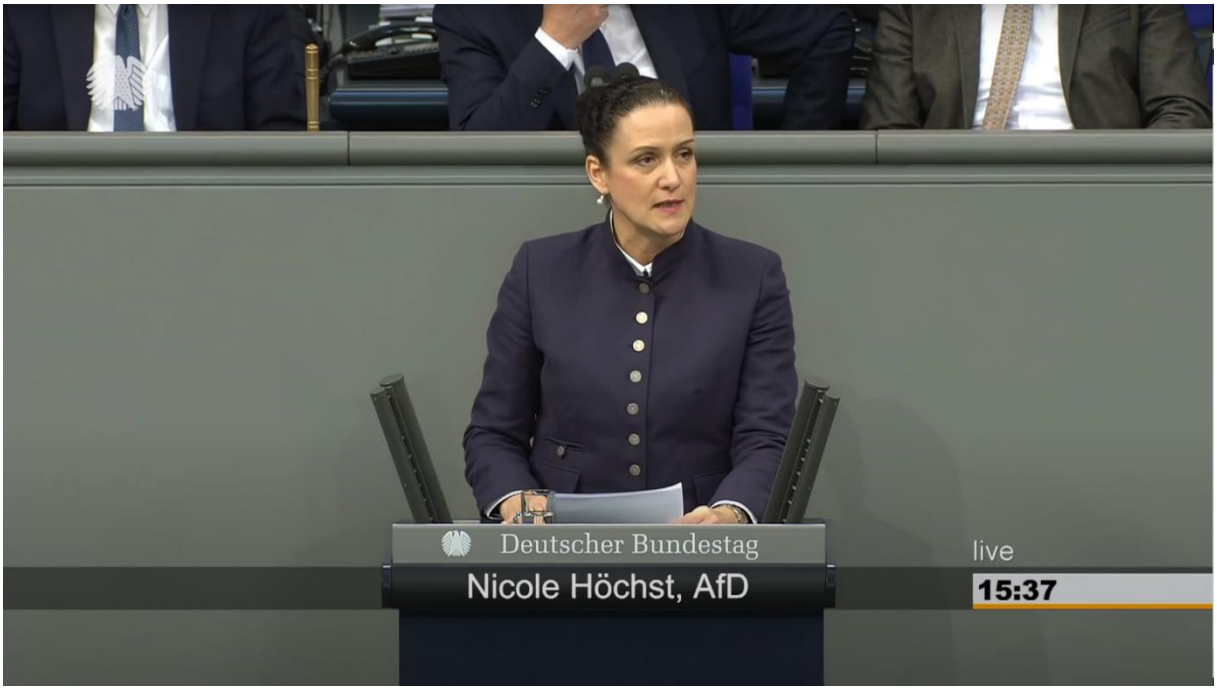
(Lachen des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern von periodisch wiederkehrendem Klimawandel, wie er über die Erdzeitalter hinweg dokumentiert ist.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klimaleugnerin!)

Die Behauptung einer menschengemachten Erderhitzung ist genauso wenig beweisbar wie die, dass es Feinstaubtote durch Dieselmotoren gibt.

(Beifall bei der AfD)



Mit Ihrem Antrag wollen Sie nur Ihrem Klima-Voodoo weitere 100 Millionen Euro in den Rachen werfen. Ein vernunftbegabtes Wesen wird bei so hochkomplexen Themen wie dem Klimawandel zunächst eine der wichtigsten Fragen stellen: Was wäre, wenn? Was wäre, wenn der Klimawandel nicht hauptsächlich durch die Menschen verursacht wäre? Das ist nicht nur eine Frage von Klimaskeptikern oder Klimaleugnern,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

sondern eine wissenschaftliche Frage.

(Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen bildet! ‑ Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie interessieren sich doch gar nicht für die Wissenschaft! Sie ignorieren die Wissenschaft! ‑ Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die können 100 Prozent der Klimaforscher beantworten!)

Der Versuch der Beantwortung führt unweigerlich zur Gretchenfrage: Ist die Aussage, der Klimawandel sei hauptsächlich menschengemacht, denn wahr? Bislang ist das eine These, nicht mehr und nicht weniger, genauso gültig wie die These, dass der Klimawandel nicht menschengemacht sei.

Aus Ihrer These blinden Aktionismus abzuleiten mit dem Gedanken, der Mensch könnte das Klima retten, ist genauso emotional moralisierend wie absurd. Und selbst wenn es eine Klimarettung in einer ungeheuerlichen weltweiten menschlichen Kraftanstrengung gäbe, wie Sie das unterstellen, frage ich Sie: Ist ein Staat, der es nicht fertigbringt, einen Hauptstadtflughafen zu bauen, wirklich in der Lage, das Weltklima zu retten?

(Marianne Schieder [SPD]: Oh Gott! ‑ Timon Gremmels [SPD]: Da ist der nicht gebaute Flughafen die beste Klimarettung!)

Ich persönlich halte das für eine Art völlig unangemessenen German Größenwahn.

(Beifall bei der AfD)

Wer sind die größten Gewinner des hier beantragten fröhlichen zweckgebundenen Forschungsgeldverteilens? Die Grünen und diese Klimaforschungsinstitute. Warum? Letztere sind die größten Gewinner bei der Zuteilung der Forschungsgelder. Sie müssen nur den Schneefall im Winter als Katastrophe des Klimawandels bezeichnen und ‑ schwups ‑ erhalten sie neue Forschungsgelder zur Produktion von weiteren hochwillkommenen Ergebnissen,

(Marianne Schieder [SPD]: Ja, Gott im Himmel!)

die Sie von den Grünen sodann alarmistisch, ökopopulistisch und freiheitseinschränkend ausschlachten.

(Beifall bei der AfD)

Nun zu den anderen Gewinnern dieser steuerfinanzierten parteipolitischen Marketingstrategie: den Grünen.

(Marianne Schieder [SPD]: Schämen Sie sich eigentlich nicht für so viel Unsinn?)

Wenn nur noch ein Fünftel der Deutschen glauben, dass es wichtig ist, etwas für den Klimaschutz zu tun,

(Timon Gremmels [SPD]: Keine Glaubensfrage!)

dann gehen bei Ihnen alle Alarmglocken an. Dann muss dringend Steuerzahlergeld mit vollen Händen ausgegeben werden, um weitere wissenschaftliche Alarmmeldungen zu generieren, damit die Panik, diese Angst vor der Klimakatastrophenhölle, ja nicht aufhört. Im Mittelalter haben die armen Sünder sogenannte Ablassscheine gekauft, um nicht in die Hölle zu kommen. Heute wählen sie die Grünen, um dem Umweltsünderfegefeuer zu entgehen.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Marianne Schieder [SPD]: Huiuiui!)

Zudem ist mit dem Klimawandel natürlich ein riesiges Geschäft zu machen, ganz klar, nach dem Vorbild des großen Rattenfängers Al Gore,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hilft auch kein Bildungsprogramm mehr! Dagegen kommt auch keine Bildung an!)

der gegenüber Hans Rosling das Geheimnis seines Erfolges verriet, wie er zum ersten Fast-Klimamilliardär wurde: Wir müssen Furcht erzeugen.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Wer erzeugt denn die Furcht in diesem Land?)

Nanu, das ist doch das Geschäftsmodell der Grünen! Aber nicht mit uns! Wir lehnen Ihren Antrag ab. Wir fordern stattdessen das Hohe Haus auf, zum Wohle der Bürger das gesamte Klimaschutzprogramm sofort wegen erwiesener Nutz- und Wirkungslosigkeit einzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Werte Kollegen, Umwelt- und Naturschutz ist doch in unser aller Interesse.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie propagieren gerade den Weltuntergang! - Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen ja gar nicht, was das ist, nach Ihrer Rede hier!)

Allerdings sehen Umwelt- und Naturschutz anders aus als grüne Politik und deren Maßnahmen. Die Zahl der Beispiele ist Legion. Offensichtlich bedurfte es der AfD, um das endlich so offen und unverblümt aufzuzeigen. Wir von der AfD begrüßen es ausdrücklich, wenn mehr Geld in Wissenschaft und Forschung gesteckt wird.

Selbstverständlich wünschen wir uns auch den Erhalt unseres wunderbaren Planeten.

(Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben aber das Gegenteil beantragt! - Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das Gegenteil beantragt im Ausschuss! Sie lügen schon wieder! Sie wollen die Klimaforschung auf null setzen!)

Und ja, dazu dürfen Forschung und Wissenschaft nicht ruhen. Stärken wir die Freiheit von Forschung und Lehre! Kultivieren wir deren Unabhängigkeit von Politik und Ideologie!

(Beifall bei der AfD)

Ja, intensivieren wir die Forschung! Machen wir sie transparent! Nehmen wir die Menschen mit! Fördern wir die Forschung, die sich selbst immer wieder hinterfragt,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gott sei Dank ist heute Freitag! - Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie lügen wie gedruckt! Die Forschungsmittel wollen Sie auf null setzen!)

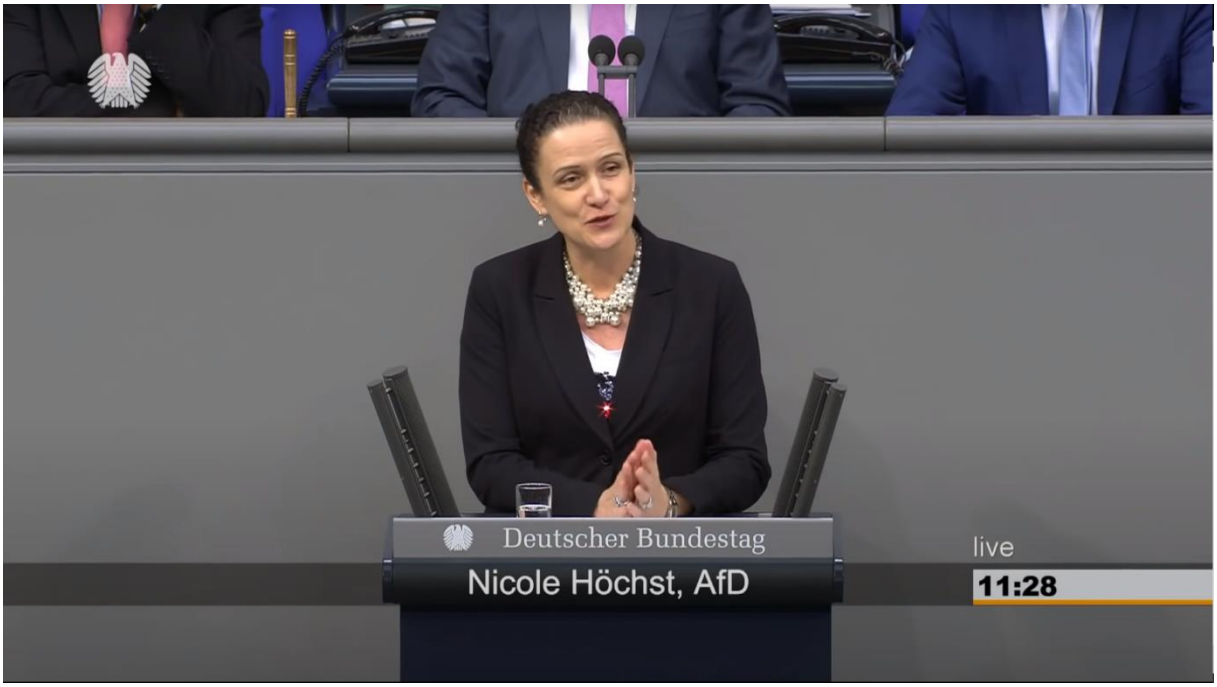
die international ausgerichtet und die streitbar ist!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)Weitere Zurufe)

6.2.2 Vorsorgeprinzip als Innovationsmotor

(zur Drucksache 19/9270 am 15.04.2019)



Werter Herr Präsident! Werte Kollegen! Hochgeschätzte Bürger!

Im heutigen Deutschland ist es keineswegs selbstverständlich, dass man sich bei gesetzgeberischen Entscheidungen vom Innovationsprinzip leiten lässt. Der Antrag „Innovation und Chancen nutzen“ stellt zu Recht fest: Seit beinahe 20 Jahren werden bei Gesetzgebungsverfahren einseitig Gefahren und Risiken in den Vordergrund gestellt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Das sieht die AfD auch so. Chancen für Deutschland werden grundsätzlich den bekannten utopistischen Kampfbegriffen und Konzepten in Form von Arbeitshilfen und Handreichungen untergeordnet. Kinder werden von Staats wegen bereits so sozialisiert. Ich nenne nur zwei Beispiele: geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzung, also Gender-Mainstreaming, und die

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es neun Konkretisierungen und noch circa 30 weitere Leitfäden, Arbeitshilfen etc., die von den Ministerien bei der Verfassung von Regelungen zu beachten sind. Über das Für und Wider sowie über die Sinnhaftigkeit und/oder die Umsetzung dieser Konzepte ist in der Gesellschaft schon länger, aber auch hier im Bundestag seit September 2017 ein Kulturkampf entbrannt.

(Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Viele Bürger in Deutschland begehren gegen die vorherrschende alternativlose Deutungshoheit über Statistiken, über Begrifflichkeiten, über Konzepte und deren Umsetzung auf. Die den Entscheidungsfindungen in der Gesetzesfolgenabschätzung zugrunde liegenden Konzepte stehen aber nach wie vor unter der links-grün-sozialistischen Einheitsherrschaft

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Niema Movassat [DIE LINKE]: Schön wäre es!)

und bremsen seit beinahe 20 Jahren Entwicklungen in allen Bereichen. Ich sage nur: Deutschland, digitales Schwellenland.

(Beifall bei der AfD)

Regierende totalitäre Deutungshoheit liegt wie Mehltau über deutschem Denken und Entscheiden. Sie hegt durch ihre stark emotionalisierende moralische Normierungskraft auch das Innovationspotenzial von Neuregelungen und Gesetzen trefflich ein. Alleine dass sich die Grünen an diesem Antrag so sehr stören, wie man ihrem angekoppelten Antrag „Vorsorgeprinzip als Innovationsmotor“ entnehmen kann,

(Zuruf des Abg. Niema Movassat [DIE LINKE])

ist ein hervorragendes Indiz dafür, dass die Intention des FDP-Antrags und die AfD-Analyse der gesamtgesellschaftlichen Gemengelage richtig sein müssen.

(Beifall bei der AfD – Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist aber kein Lob für die FDP!

Gegenruf des Abg. Martin Reichardt [AfD]: Ein Lob von euch ist aber auch nichts wert!)

Das etablierte, ideologisch völlig überfrachtete Vorsorgeprinzip, liebe grüne Sozialisten, sieht die AfD nicht als Innovationsmotor, sondern als soliden Innovationsbremsklotz. Beherrschbare Risiken dürfen niemals dazu führen, dass Chancen für Deutschland verpasst werden. Oder andersherum gesagt: Chancen müssen stärker in den Mittelpunkt rücken. Unser Land ist auf Innovationen wie kaum ein anderes angewiesen. Wir brauchen dringend einen mutigen Innovationsparadigmenwechsel, weg von der reinen Risikominimierung hin zur Erschließung von Chancen. Die AfD wird sich bei der Ausgestaltung des Antrags sehr konstruktiv im Ausschuss beteiligen. Meine Damen und Herren, das utopische Narrenschiff „Sozialistika“ ist weltweit leck und sinkt. Es wird allerhöchste Zeit, mit der MS „Deutschland“ in freie Gewässer auszulaufen

(Beifall des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

und intelligent, europäisch, wissenschaftlich, wirtschaftlich, unideologisch, aber vor allem verantwortungsvoll, mutig, liberal und konservativ (Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) die Segel Richtung „chancenreiche Zukunft für alle“ zu setzen.

Wir von der AfD sind dazu bereit.

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD)

6.2.3 Berufliche Bildung

(zur Drucksache 19/9270 am 24.10.2019)

Nicole Höchst (AfD):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Frau Ministerin Karliczek, die AfD ist Ihnen sehr dankbar, dass Sie die berufliche Bildung fokussieren wollen - für uns ein langersehnter, ja dringend notwendiger Schritt. Leider bleibt der Gesetzentwurf deutlich hinter den Erwartungen zurück. Er wartet mit neuen Berufsbezeichnungen auf, um, im englischen Hochglanzformat daherkommend, international schick und modern die beruflichen Bildungsabschlüsse aufzuwerten. Das Gegenteil ist aber der Fall: Sie stellen die bisherigen angesehenen, in Wirtschaft und Gesellschaft fest etablierten Fortbildungsbezeichnungen wie zum Beispiel Meister, Fachwirt und Betriebswirt infrage.

(Albert Rupprecht (CDU/CSU): Stimmt überhaupt nicht! Vollkommen falsch! Sie haben nichts verstanden! - Stephan Albani (CDU/CSU): Stimmt doch gar nicht!)

Berufliche Bildung wird nicht dadurch attraktiver, dass man sie mit Hochschulabschluss ähnlichen Bezeichnungen etikettiert.

(Beifall bei der AfD)

Durch die angestrebte Umbenennung entstehen babylonische Zustände der Begriffsverwirrung in der Berufsorientierung,

(Stephan Albani (CDU/CSU): Im Gegenteil! - Albert Rupprecht (CDU/CSU): Sie haben es nicht verstanden!)

an der Beratungsbasis der angegliederten Systeme, bei Stellenausschreibungen sowie bei der Anerkennung auf internationaler Basis. Mit diesen fehlerhaften Bezeichnungen würden auf Jahrzehnte Unklarheiten erzeugt. Nicht nur die Hochschulrektorenkonferenz teilt diese Auffassung; das wissen Sie auch aus den Stellungnahmen und Expertenanhörungen. Wenn Sie den Experten immer wieder vorwerfen, sie würden das „falsch verstehen“: Was denken Sie denn, wie es den Menschen da draußen geht, die diese Veränderung primär betrifft? Das ist wieder so ein Beispiel dafür, dass Sie regierungsseitig Menschen zwangsbeglücken wollen und davon ausgehen, dass Sie den Bürgern alles nur gut genug erklären müssen. Sie glauben, dass jeder, der versteht, Ihre Absicht unweigerlich toll finden muss. Das ist in einer Demokratie aber nicht so, und das wollen Sie nicht wahrhaben.

Unterschiede und Chancen, die in der Verschiedenheit von beruflicher und akademischer Bildung stecken, werden verwischt. Die herausragende Stärke beruflicher Bildung, ihr Praxisbezug und die Entwicklung von beruflicher Handlungsfähigkeit werden nicht annähernd gewürdigt. Berufliche Bildung gerät so einmal mehr zur zweiten Wahl, was die Zukunftsorientierung anbetrifft.

(Stephan Albani (CDU/CSU): Ist ja Quatsch!)

Sie ist in der Wahrnehmung eine Art Ersatzmaßnahme.

Wir von der AfD wollen von dieser Schieflage in der Wertigkeit endlich weg. Dazu ist der vorliegende Gesetzentwurf untauglich. Wir halten Ihre Festschreibung für Mindestvergütungen für gut und geboten. Aber Klein- und Kleinstbetriebe, die in ländlichen Regionen oftmals das Gros der Ausbildungsplätze bereitstellen, werden ungebührlich belastet. Entlasten Sie diese! Wir warnen ausdrücklich davor, die Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe immer weiter in die Höhe zu schrauben.

(Beifall bei der AfD)

In Kürze zu den anderen Anträgen. Wie rechtfertigen beispielsweise die Linken ihre imperative Forderung nach einem grundgesetzlich verbrieften Rechtsanspruch auf Ausbildung? Hat im Umkehrschluss die Gesellschaft ebenfalls einen Rechtsanspruch darauf, dass jeder eine berufliche oder akademische Berufsausbildung macht? Was passiert, wenn die Rechtsansprüche gegenseitig nicht erfüllt werden? Ich sage nur Passungsprobleme. Die Grünen betätigen sich gönnerhaft. Wer soll denn Ihrer Ansicht nach die Kosten der von Ihnen geforderten Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent des Tariflohns finanziell ausgleichen? Das ist doch keine Realpolitik.

(Beifall bei der AfD)

Bei der FDP bleiben wesentliche Dinge ungeklärt. Halten Sie beispielsweise eine besondere fachliche und pädagogische Begabung bei Quereinsteigerberufsschullehrern für verzichtbar?

Die AfD möchte Realitätsbezug, Transparenz, Verbindlichkeit und echte Wertschätzung der beruflichen Bildung. Dies haben wir mit unserem eigenen Antrag zum Ausdruck gebracht. Deutschland erwartet von der Regierung endlich praxistaugliche Antworten auf die Problematik der Wertschätzung, der Passung, der Ausbildungsreife, der Ausbildungsmarktkompetenz und des Umgangs mit Teilhaberechten und -pflichten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

6.2.4 Enquete-Kommission: Digitalisierung in der Bildung

Nicole Höchst (AfD):

Werter Herr Präsident! Werte Kollegen! Auch von unserer Seite gute Genesung an den Kollegen.

(Yasmin Fahimi (SPD): Dann sparen Sie sich die Kommentare!)

Es ist schwierig, zum „business as usual“ überzugehen, aber wir wollen es trotzdem versuchen.

Am Anfang der Enquete-Kommission stand die parteiübergreifende gemeinsame tiefe Überzeugung, dass wir als Gesellschaft mit der Digitalisierung auf einen Umbruch zusteuern, der ebenso gravierend wie einschneidend ist und historisch vergleichbar mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Er ist für die Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft ebenso maßgebend und bahnbrechend wie der Buchdruck. Uns als Enquete-Kommission beflügelt die Aussicht, konkrete Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung erarbeiten zu können, die den Menschen und der Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft helfen, den Umbruch nicht zu erleiden, sondern aktiv zu gestalten.

Wenn man die Diskussion über die Digitalisierung angstfrei und ohne Schaum vor dem Mund führen möchte, ist die begriffliche Klärung unumgänglich. Die eine Definition von Digitalisierung, die rein auf die maschinelle Sicht der künstlichen Intelligenz als Gegenpart zum Menschen, also Automatisierung, abstellt, erzeugt verständlicherweise arbeitsmarktlich Abneigung und Angst.

Die andere Betrachtungsweise, nämlich die Digitalisierung im Sinne einer erweiterten Intelligenz als Unterstützung jeder Zeit zu beherrschen, eröffnet Gestaltungsräume. Experten kommen zu dem Schluss, dass wir in Deutschland die bisherigen Entwicklungen auf diesem Gebiet weitestgehend verschlafen haben. Der Netzausbau und unser Platz im Ranking der Digitalisierer rechtfertigen beinahe die Bezeichnung Deutschlands als digitales Schwellenland.

Was bedeutet Digitalisierung für die berufliche Bildung? Die AfD fühlt sich dem humanistischen Menschenbild verpflichtet

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Yasmin Fahimi (SPD): Lächerlich!)

und sieht weiterhin den Menschen im Mittelpunkt der Wertschöpfung der digitalen Zukunft. Der Zugriff auf Datenräume und Datensammlungen eröffnet dem Menschen neue Möglichkeiten, sich in der Welt zu entfalten. Im privaten Bereich erfolgt dieser Zugriff doch schon, und zwar auf die eigene externe Gehirnfestplatte, auf die Schwarmintelligenz von sozialen Netzwerken und auf das Schwarmgedächtnis von Suchmaschinen, oft virtuos, intuitiv und weitgehend vorurteils- und angstfrei. Hier passiert schon, was Herr Professor Dr. Boes, der Direktor des Bayrischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation, in seinen Thesen hoffnungsvoll formulierte. Er sagte: Maschinen verarbeiten Daten, und Menschen machen aus diesen Daten nützliche Informationen und Innovationen. - Er verortet dort die Kernkompetenzen der Zukunft.

Es braucht also Domainkompetenz und kommunikative Fachlichkeit, nicht zuletzt um erfolgreich zu vernetzen. Es muss also die berufliche Identität der Menschen neu gedacht und eben auch neu beschrieben werden. Entlang dieser neuen Erfordernisse und Tätigkeitsbeschreibungen in der realen wie in der virtuellen Welt muss die berufliche Bildung innoviert werden.

Auch in der beruflichen Bildung darf nicht die Technik den Menschen und das Lernen beherrschen, sondern die Digitalisierung bleibt Mittel zum Zweck und elementares Hilfsmittel. Um es mit den Worten des Bildungsforschers Hattie zu sagen, der diese Erkenntnis bereits 2012 in seiner Metastudie „Visible Learning" formulierte: Auf den Lehrer kommt es an. - Daher betonen wir: Versierte Lehrer und Ausbilder müssen auch zukünftig im Mittelpunkt des Lernprozesses stehen und dürfen nicht grundsätzlich zu Moderatoren von Lernprozessen verkommen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, das Vertrauen in die Politik und in die Gesellschaft muss wieder gestärkt und gefestigt werden. Dass wir die Zukunft gemeinsam gestalten werden, dass wir gemeinsam niemanden zurücklassen wollen, dieses Versprechen an die junge Generation müssen wir leisten. Dabei wollen wir den jungen Menschen aber auch früh vermitteln, dass sie die Kraft, alle Möglichkeiten, aber auch die Pflicht und die Verantwortung für ihre eigenständige Zukunft in sich tragen. Die junge Generation ist der Nukleus der Gesellschaft und gleichzeitig der Keim der Zukunft. Dieser Keim braucht von uns als Gesellschaft und Politik den Platz, den Boden, das Licht und die Luft, um sich zu entwickeln. Ja, und Dünger braucht es auch, aber den passenden.

Während führende Digitalisierungsstaaten ihre künftigen Generationen für die Zukunft fitmachen, indem sie sie zu Spitzenreitern gerade auch in den MINT-Fächern machen, geben wir uns in Deutschland alle Mühe, ihnen die richtige politisch-ideologische Haltung zu vermitteln. Meine Damen und Herren, freie demokratische Geister schaffen Innovationen und Fortschritt zum Wohle aller. Ideologisch gefesselte Geister in der Haltungsbox replizieren Stillstand im Schuldkult.

(Beifall bei der AfD - Yasmin Fahimi (SPD): Was reden Sie da?)

Dabei ist das Signal ganz klar: Wenn ein Mitarbeiter ganz Elementares - zum Beispiel Rechnen - nicht beherrscht, kann auch ein Betrieb nicht mit ihm als Mitarbeiter rechnen.

Die technikoffene Formulierung vieler Ausbildungsformen ist zu begrüßen. Es werden wohl auch vermehrt weitere hybride Ausbildungsformen entstehen.

Vergleichbarkeit ist uns wichtig. Überbürokratisierung und Überregulierung sind Hemmnisse, die keiner braucht und Deutschland weiter im internationalen Vergleich zurückfallen lassen.

Stichwort „Klein- und Kleinstbetriebe“: Sie sind feste Ankergrößen, die junge Leute an ländliche Regionen binden und ihnen Heimat bieten und erhalten. Vergessen wir nicht: Hier wird ein Großteil der Menschen in unserem Land ausgebildet. Diese Betriebe benötigen gezielt Hilfestellung wie steuerliche Anreize, Bildungsberatung etc. pp. Vieles ist bereits in gutem Gange und hilft, den Wandel erfolgreich zu gestalten.

Stichwort „Lehrer, Ausbilder und Berater“: Diesen muss berufliche Fort- und Weiterbildung zur persönlichen Professionalisierung zugänglich sein. Veränderungen müssen schneller als bisher vorangetrieben werden. Berufliche Neuinhalte müssen dort, wo nötig, in schnelleren Neuordnungsverfahren implementiert werden. Ein Monitoring ist von elementarer Bedeutung.

Ein beschleunigtes Verfahren könnte zum Beispiel die Implementierung der sogenannten Domainkompetenz in Bezug auf Daten und Informationen analog zu der im Zuge der Kompetenzorientierung eingeführten interkulturellen Kompetenz sein. Letztere hat im Idealfall Eingang in die Lehrpläne und Curricula aller Fächer gefunden und wird von den Lehrkräften fachspezifisch umgesetzt. Dabei hat der Bund die Möglichkeit, in Berufen, in denen er selbst die Rahmenlehrpläne verantwortet, Veränderungen zeitnah und auch fast kostenneutral voranzubringen. Auch hierfür gab es von uns bereits konkrete Vorschläge in der Kommission.

(Yasmin Fahimi (SPD): Welche denn?)

Der Bund kann zum Leuchtturm für die digitale Bildung werden. Teilnahmsloser Nachtwächter war er lange genug.

(Beifall bei der AfD - Yasmin Fahimi (SPD): Das ist doch Blödsinn!)

Die AfD plädiert bei aller Digitalisierungseuphorie dafür, die Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren. Bei einer Überbetonung der digitalen Lernumgebung kann auch in der Persönlichkeitsentwicklung und neuronalen Vernetzung nach Meinung etlicher Experten einiges schieflaufen. Daher ist es uns wichtig, ein gesundes Mittelmaß zu finden und pädagogisch, methodisch maßvoll vorzugehen. Später lassen sich Fehlentwicklungen nur mühsam korrigieren. Unsere Kinder und unsere Jugendlichen sind keine Versuchskaninchen.

Stichwort „Passung “: Jährlich bleibt eine große Anzahl Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz, während gleichzeitig eine steigende Anzahl von Ausbildungsplätzen unbesetzt bleibt. Diese Probleme lassen sich sicher nicht durch eine hektische Überbetonung der Digitalisierung als Allheilmittel lösen. Rechtzeitige Berufsberatung und -orientierung muss noch besser werden, Attraktivität und Wertschätzung von Arbeit in Ausbildungsberufen müssen deutlich größer werden und erstrebenswerter sein als die Aussicht auf eine Hartz-IV-Karriere.

Wir, die AfD, finden mit unseren Vorschlägen, Fragestellungen usw. gutes Gehör in der Kommission

(Yasmin Fahimi (SPD): Nein, finden Sie nicht!)

und sind so bereits massiv an der Gestaltung der Zukunft Deutschlands beteiligt. In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Streiten wir über Differenzen, aber arbeiten wir zusammen zum Wohle Deutschlands!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

7 Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorwort:

Die AfD arbeitet mit Hochdruck daran, das Parteiprogramm in allen Bereichen detaillierter zu hinterlegen. In Abgeordneten in den Länderparlamenten arbeiten zusammen mit den Landesfachausschüssen (LFA) an entsprechenden Leitlinien. Im Bundestag sind es die Arbeitskreise und länderübergreifend für die Landespartei der Bundesfachausschuss (BFA). In derSumme wird damit die Basis für die parlamentarische Arbeit geschaffen und vertieft.

Im Sommer 2019 traf sich der Arbeitskreis Familie des Bundestages, also die Abgeordneten mit ihren Referenten und Mitarbeitern, zur sogenannten Harzklausur. In mehreren Tagen wurden die „Familienpolitischen Leitlinien“ erarbeitet. Diese müssen jetzt mit allen anderen Gremien abgestimmt und angepasst werden. Kurz vorher trafen sich die familienpolitischen Sprecher der Länder, berichteten über ihre Arbeit und besprachen, wie man den Informationsfluss fördern und verbessern könne.

Die Bundesländer erarbeiten in der Regel tiefergehende Konzepte, da sie auf die Besonderheiten der Regionen eingehen müssen.

Durch die rasante Entwicklung im Lande ist eine effektive Vernetzungsstruktur besonders wichtig. Familienpolitik ist daher nie abgeschlossen, sondern muss sich ständig den Veränderungen anpassen.

Wie wichtig eine neue und alternative Zukunftsvision für unsere Familien ist, erkennt man anhand des Bundeshaushaltentwurfes 2020. Das SPD geführte „Familienministerium“, welches in seiner Bezeichnung die „Männer vergessen“ hat, beschreibt in seinen Vorbemerkungen in

Titel 17 auf Seite 2, worum es in seiner Tätigkeit geht. Es geht um allerlei Buntes aber nicht um Förderung und Festigung von Familien.

Hier ein Auszug:

„Das BMFSFJ unterstützt die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Förderung von Maßnahmen sowohl zur Überwindung tradierter Rollenbilder als auch zur gleichen Teilhabe im Erwerbsleben. Ziel ist ein Umdenken in der Gesellschaft hin zu einem zeitgemäßen Rollenverständnis."

Gleichberechtigung ist etwas anderes als Gleichstellung. Gleichstellung ignoriert bewusst die Verschiedenheit von Menschen, ihre speziellen Wünsche und Vorstellungen des Aufbaus ihres Lebens. Hier finden wir neben der Ideologie der 68-iger auch den kommunistischen Grundgedanken der Gleichheit aller Menschen wieder. Wenn noch einen Beweis für staatlich gelenkte Indoktrination in Richtung kommunistischer Denkweisen benötigt wird, hier findet man ihn.

Mit Familienthemen beim MDR:

Dass Fernsehen auch anders kann, zeigte sich in einer Talkshow des MDR. Genauso muss faires, informatives Fernsehen mit der Darstellung unterschiedlicher Meinungen gestaltet sein.

Es war möglich, den Standpunkt der AfD zum Rollenbild innerhalb der Familien überzeugend darzustellen. Dass die Vorstellung von möglichst großer Entscheidungsfreiheit in der Aufgabenbewältigung und –verteilung zwischen Mann und Frau mehrheitsfähig ist, und die Politik dieser Auffassung nicht genügend gerecht wird, wurde hier offensichtlich. Entsprechend positiv fiel auch der Rücklauf aus der Bevölkerung aus.

Das Video lohnt sich jederzeit anzuschauen, denn die Themen sind nach wie vor aktuell

7.1 Pressemitteilungen

7.1.1 Nicole Höchst MdB: Der Notstand vieler Frauen in Deutschland geht alle an! (09.01.2019)

++Pressemitteilung++

Zur 32. Sitzung des Familienausschusses im deutschen Bundestag wurden meine Anträge zur statistischen Datenerhebung über Abweisungen von Frauen an Frauenhäusern (Drucksache 19/5045) und zur statistischen Erfassung von Beschneidungen bei Frauen (Drucksache 19/5046) behandelt.

Bei beiden Anträgen konnten sich alle anderen Parteien im Ausschuss noch nicht einmal auf die Erfassung von Daten einigen und verschoben sie in die Abstellkammer eines Runden Tisches.

Bei U-Untersuchungen bis zum 16. Lebensjahr können Beschneidungen bei Mädchen durch Ärzte festgestellt und Jugendämter bzw. Gerichte eingeschaltet werden. Diese Körperverletzungen dann gesetzlich verpflichtend anonym statistisch zu erfassen, dürfte nicht schwierig sein.

Bereits Mitte 2018 haben wir den Antrag auf Datenerfassung bei Beschneidungen eingebracht. Seither wurde das wohlfeile Deckmäntelchen der Vielfalt, welches die Misere zudeckt, nicht gelupft. Es ist für unsere Demokratie ein Skandal wie hier über die strukturelle Benachteiligung und letztlich Diskriminierung der betroffenen Teile der weiblichen Bevölkerung hinweggeschaut wird. Die Betroffenen werden weiterhin alleine gelassen. Am runden Tisch kann man sich gegenseitig versichern, dass man auf einem guten gemeinsamen Weg sei, während die Fallzahlen in die Höhe schnellen und die Hilfe unterbleibt. Weibliche Beschneidungen und Beihilfe dazu sind nach geltendem Recht strafbar. Sie werden aber nicht verfolgt.

Auch die Probleme der Frauenhäuser sind hinlänglich bekannt. So spricht der Dachverband "Frauenhauskoordinierung" sogar von einer Katastrophe. Die toleranzplusbegabten Mandatsträger der anderen Parteien schauen aber lieber weg, da die katastrophale Situation unter ihrer Verantwortung erst entstanden ist. In der Ausschusssitzung machte sich die Fraktion der Grünen darüber lustig, dass von deutschen Frauenhäusern die Rede sei. Wo sollten sie denn sonst sein als in Deutschland, fragten sie. Der Hinweis im Antrag, dass die deutsche Bundesregierung verpflichtet sei, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln, sei ein zwanghafter Passus, um nur ein Beispiel zu nennen, warum andere Parteien nichts über den Umfang der Missstände wissen wollten. Die Argumente waren allesamt ideologisch geprägt. Reden und Posieren statt handeln, scheint das Motto zu sein.

Menschenrechte, Frauenrechte, soziale Politik benötigen mehr Empathie und mehr Umsetzungswillen der Entscheidungsträger, als derzeit erkennbar ist. Die Altparteien haben anscheinend jegliches Bewusstsein dafür verloren, für wen sie im Bundestag sitzen und warum. Frauenrechte gehören hier in Deutschland durchgesetzt, unabhängig von Religion, Herkunft und Pass.

Lippenbekenntnisse und Toleranzgesäusel sind hier nicht genug. Mit der Heuchelei und dem Wegschauen der Bundesregierung muss es nun zu Ende sein.

7.1.2 Zweierlei Maß bei Hasskommentaren bei Facebook und Twitter
(10.01.2019)

++Pressemitteilung++

Spätestens seit dem Inkrafttreten des NetzDG werden bei Facebook ständig Beiträge vieler Nutzer gelöscht und diese oft auch gesperrt. Ein Nutzer wurde angeblich gesperrt, als er die Unabhängigkeitserklärung der USA postete. Umso verwunderlicher ist es, dass jetzt Hassposts in Masse die Runde machen, welche vor Inkrafttreten des NetzDG eher Seltenheitswert hatten.

Der von den Altparteien öffentlich geschürte Hass bricht sich jetzt ungehindert Bahn. Seit dem Mordanschlag auf den Abgeordneten Magnitz äußern sich User bei Facebook und Twitter in einer Art und Weise, die man nur noch als entmenschlicht bezeichnen kann. Da liest man Sätze wie: „Es wird Zeit die AfDler totzuschlagen. Ich bewaffne mich jetzt. Weg mit dem Pack.“, „ Solchen AfD Faschisten wie Frank Magnitz gehört ihre Nazi Gesinnung buchstäblich aus den Knochen geprügelt.“, „Nazi boxen ist schon okay. Dieses Pack versteht nur die Sprache des Knüppels. “, „Nazis entmenschlichen sich. Jeder Mensch ist verpflichtet Nazis zu stoppen.“ und vieles mehr. Facebook wurde angezeigt, dass das AfDler totschlagen ein Hasspost sei und antwortete, dies verstoße nicht gegen die Communityregeln.“

Wenn der Rechtsstaat hier nicht energisch einschreitet, ist der Zerfall unseres Landes vorprogrammiert, da dann auch die letzten moralischen Schwellen fallen und jeder jeden überfallen, verletzen, denunzieren und im schlimmsten Falle sogar töten kann. Alle Verfasser dieser Posts und auch Facebook wurden von mir angezeigt. Paragraphen, gegen die verstoßen wurde und die empfindliche Strafen beinhalten, gibt es ausreichend.

7.1.3 Bundesregierung betreibt einseitig links gerichtete Politik
(30.01.2019)

++Pressemitteilung++

Von der unsäglichen „Ene-mene-muh und raus bist du“ Kita-Broschüre (kita_internet_2018AAS.pdf) der Amadeu-Antonio-Stiftung dürften viele Menschen bereits gehört haben. Es ist ein Musterbeispiel für gesellschaftliche Spaltung, gegenseitige Bespitzelung, Stigmatisierung und Überspitzung. Da sie sich im Kern gegen Rechtsextremismus richtet, wurde sie vom Familienministerium finanziell gefördert und im Vorwort von der Familienministerin Giffey in den Himmel gelobt. Die AfD fragte im Januar 2019 über eine schriftliche Einzelanfrage (Arbeitsnummer 1/247) nach, ob denn seit 2015 vergleichbare Broschüren zum Thema Linksextremismus gefertigt und finanziell gefördert wurden. Die Antwort der Bundesregierung fiel so knapp wie erhellend aus: „Keine“.

Da liegt die Vermutung nahe, dass die Bundesregierung nach gutem und schlechtem Extremismus unterscheidet. Grüne, Linke und SPD dürfte diese einseitige Indoktrination

freuen. Ob das noch etwas mit unserem freiheitlich, demokratischen Grundkonsens zu tun hat, mag jeder für sich entscheiden. Die AfD lehnt Ungleichbehandlung jedoch entschieden ab.

7.1.4 Sexdarstellungen im Mathematischen Salon Dresden
(19.02.2019)

++Pressemitteilung++

"…alle Altersgruppen Mathematik spielerisch erleben" So bewerben die im ehemaligen Pentacon-Kamerawerk in Dresden ansässigen, 1000m² großen, „Technischen-Sammlungen-Dresden“, ihre Ausstellung, die sich mit der jüngeren Technikgeschichte befasst. Schüler, die am Wissenschaftsprojekt "Juniordoktor" teilnehmen oder wissenschaftlich interessierte Eltern mit Kindern und Schulklassen stellen den überwiegenden Teil der Besucher dar. Eine Familie äußerte jedoch heftige Kritik an dem Technikmuseum.

Nicole Höchst dazu: "Man müsste annehmen, dass hier die Ideologie der sexuellen Vielfalt, Pornografie und Sex als Körpersport vor verschlossenen Türen stehen. Weit gefehlt. In einem der Räume ist eine Fotografie Ausstellung eines Schulwettbewerbes untergebracht. Eine sogenannte Künstlerin lichtete ihre eigenen Freunde und Bekannte nackt ab und stellt sie jetzt öffentlich aus. Ein junger Mann lässt dort eine auf die Lenden tätowierte Pistole sein Geschlechtsteil abschießen. Zwei nackte Mädchen räkeln sich aneinander und halten sich ihre Haare als Bart an und ein Junge stellt sich geschminkt als nackte Frau vor und behauptet auf Englisch, in der Nacht Sex gehabt zu haben. Im Fernsehen würde hier eine Altersbegrenzung eine zufällige Betrachtung verhindern. Die Sammlungen stellen jedoch nur ein Schildchen auf, welches darauf hinweist, dass die Bilder "für Kinder verstörend sein könnten".

"Seriöse Wissenschaft ade - sexuelle Vielfalt juchhe" scheint das Motto zu sein, mit dem die Besucher beglückt werden sollen. Deutlicher kann der Zerfall der Gesellschaft und der Abbau jeglicher moralischer und ethischer Schranken jedoch nicht zelebriert werden. Der Mathematische Salon sollte sich schämen, die "Künstlerin" ebenso und Eltern sollten sich fragen, ob sie das widerspruchslos hinnehmen. Hier geht es um grundlegende Werte, wie der Familienvater schrieb, um unsere Kinder, um die Kernzelle unserer Gesellschaft und letztlich um unser Familienbild. Die Technischen Sammlungen sehen in ihrer Ausstellung auf Nachfrage jedoch keine Probleme. Wir als AfD schon, denn man kann diesem familienverachtenden Sexismus im Alltag kaum noch ausweichen."

7.1.5 Nicole Höchst MdB fordert zum Weltfrauentag themenoffene Frauenpolitik
(11.03.2019)

++Pressemitteilung++

Anlässlich des Weltfrauentages sprach die Bundestagsabgeordnete der AfD Nicole Höchst in Koblenz vor prall gefüllten Reihen über die Situation von Frauen aber auch Männern in Deutschland. In engagierten und zündenden Worten kritisierte sie die derzeitige Familienpolitik

und stellte fest, dass nur noch die liberal/konservative AfD eine Politik verfolgt, die für das Miteinander und gegen das Spalten von Frauen und Männern steht.

„Eine Politik muss für die Freiheit von Frauen stehen, arbeiten zu können, jedoch nicht für die fragwürdige Freiheit arbeiten zu müssen. Was ist das für eine Politik," so fragte sie, „die Frauen ihre Kinder im zartesten Alter wegnimmt, diese in Kitas und Ganztagsschulen nötigt und die Frau aus finanziellen Zwängen zum Arbeiten schickt? Was ist das für eine Politik, die Familien bekämpft?" Eine Frauenpolitik sei keine, die Frauen mit migrantiösem Hintergrund nicht die gleichen Rechte zuspricht, wie einheimischen Frauen; die Beschneidungen, Zwangsehen, Kinderehen oder religiösen Kleidungszwang mitten in Deutschland zulässt und ignoriert. Die Freiheit der Frau müsse ebenso, wie die Wertschätzung von Familie zurückerobert werden, fordert Höchst. Frauen seien bereits jetzt die Verlierer der derzeitigen Frauenpolitik und das müsse aufhören. Eine Frauenpolitik der Zukunft muss für die Interessen der Mehrheit, für Gleichberechtigung, Wahlfreiheit und Freiheit, für Familie und für Kinder stehen und sich gegen Geschlechtersegregation, gegen Gewalt an Frauen und gegen Geschlechterkampf richten. Frauenpolitik muss wieder konservativer werden, damit Frauen und Männer nicht zu Opfern werden, so Höchst.

7.1.6 Bürgerpreis für Eltern der ermordeten Maria

(15.03.2019)

++Pressemitteilung++

Zweieinhalb Jahre ist der brutale Mord an der Freiburger Medizinstudentin Maria Ladenburger durch einen afghanischen Asylbewerber her. Die Eltern gründeten im Gedenken an ihre tote Tochter die Maria-Ladenburger-Stiftung, welche Behinderten, plötzlich Erkrankten und in schwierige Lebenssituationen geratenen Menschen helfen soll oder Medizin-Praktika fördert. Dafür erhielten sie den mit 20.000 € datierten Bürgerpreis 2018. Nicole Höchst AfD dazu: „ Auf der einen Seite stehen die neue Stiftung und eine Auszeichnung und auf der anderen Seite steht ein indoktrinierendes Gespinst, welches Tat und Täter in den Hintergrund drängt und die Multikultikirche feiert. In üblem Populismus schwadroniert die Ehefrau des Bundespräsidenten in ihrer Laudatio davon, dass unsere (anscheinend bisher unsolidarische) Gesellschaft nunmehr solidarischer und sozialer gemacht werden müsse. Was sie angesichts immer mehr messernden und vergewaltigenden Schutzsuchenden damit meint, ist offensichtlich der Kampf gegen andere Auffassungen als die ihre. Die Eltern erklären, dass sie sich aus der öffentlichen Diskussion heraushalten möchten und mischen sich dann doch ein, indem sie von zu bekämpfendem Hass und Hetze reden. Niemand möchte Hass und Hetze. Doch sich den Gewalttaten und ihren Verursachern in der Regierung entgegenzustellen, und ihren seelenlosen Mitläufern ein Stoppschild entgegenzuhalten, ist keine Hetze und ist auch kein Hass. Ganz im Gegenteil, das sind Recht und Pflicht jedes noch anständig denkenden und fühlenden Menschen. Und das müsste auch im Interesse der Eltern von Maria sein.

7.1.7 Frauen hassen Kinder, weil sie das Klima schädigen
(18.03.2019)

++Pressemitteilung++

Was ist bloß aus unserer Gesellschaft und dem Gebot "Du sollst nicht töten" geworden? Aus dem "Recht auf Leben" wurde ein "Recht auf Abtreibung" und auf straffrei gestellte Kindstötung bis zum dritten Monat. Die Erweiterung des straffreien Babymordes bis zum 9. Monat war bereits Thema im Bundestag. Bisher fordert ein weit über das Ziel hinausschießender Feminismus mit aller Wucht die "selbstbestimmte Freiheit der Frau auf ihren Körper" und versprüht dabei Ablehnung bis Hass auf Familie und Kind. Wie Philosophia-Perennis im Beitrag "Klimawahn und Genderideologie" berichtet, ist jetzt die nächste religiös-extremistisch anmutende Eskalationsstufe erreicht. Frauen fordern gänzlichen Verzicht auf Kinder, weil diese CO2 ausatmen. Epochtimes berichtet anlässlich des Weltfrauentages von Geburtenstreik und wie Frauen bei BBC von ihren Klimaängsten reden, davon, dass Bio-Ethiker für Geburtenreduktion eintreten.

Nicole Höchst MdB dazu: "So wird Kinderhass gesellschaftsfähig. Da bringt z. B. die klimahysterische Gymnasiallehrerin Verona Brunschweiger ein Buch mit dem Titel "Kinderfrei statt kinderlos -ein Manifest" heraus und sie ist nicht allein. Die Anhänger der "Klimakirche" Katie Rose Levin, Maghan Kellmann, Josephine Ferorelli von "Conceivable Future" aus den USA fordern, die eigene Fortpflanzung zu überdenken und Kimberly A. Nicholas und Seth Wynes errechneten in einer Studie, dass ein nichtgeborenes Kind 58,6 Tonnen pro Jahr CO2 sparen würde. Zwei Forscher der schwedischen Lund Universität fordern 1 Kind weniger pro Frau. Das wären für Deutschland dann 0,57 Kinder. Game Over. Und das VHMNT (Voluntary Human Extinction Movement) des Ökoaktivisten Les U. Knight spricht das Ungeheuerliche ganz offen aus: "Das freiwillige Aussterben der Menschheit ist die menschliche Alternative zu unmenschlichen Katastrophen".

Die deutsche Familien- und Frauenpolitik der letzten Jahrzehnte und neuerdings auch die Umweltpolitik, die den katastrophalen Geburtenrückgang erzeugt hat, spielt mit ihrer ergebnisfreien Symptomdoktorei und gut verkäuflicher Schönrederei den Anhängern des feministischen Klimavoodoo perfekt in die Hände. Es lebe das freitägliche Schulschwänzen für die Klimarettung, aber dabei wird es wohl nicht bleiben. Wenn der klimahysterische Verzicht auf Kinder erst einmal salonfähig geworden ist, wird man sich nach weiteren spektakulären Maßnahmen zur Klimarettung umtun. Den psycho- und soziopathischen Chefklimarettern sind auch Aufrufe zum Suizid für den Klimaschutz zuzutrauen. Schließlich wird so CO2 eingespart. Und wie immer wird es genügend Verblendete geben, die auch dort in der Sache folgen." führt Höchst den Gedanken weiter.

Unterm Strich wird sich für diese Sichtweise dort, wo die Überbevölkerung entsteht, niemand interessieren.

Europa reduziert sich selbst zum perfekten Siedlungsraum für die Reproduktionsüberschüsse anderer Staaten ohne Klimaschutzwahn.

7.1.8 Die Bundesregierung und ihre vielen Geschlechter
(22.03.2019)

++Pressemitteilung++

Die AfD fragte in einer Kleinen Anfrage die Bundesregierung nach Kosten und Umsetzung des Dritten Geschlechts, genannt „Divers“, und erhielt in der BT-Drucksache 19/8199 eine Antwort, die aufhorchen lässt. Bei dem Geschlechtseintrag „divers“ handelt es sich: “… um eine Sammelbezeichnung für die vielfältigen Varianten der Geschlechtsentwicklung, die weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können.“ Des Kaisers neue Kleider lässt in einer Dimension grüßen, die sich das aufgeklärte Europa niemals zugemutet hätte.

Höchst AfD kommentiert dies mit einer Mischung aus Entsetzen und Satire: „Ob Spock, Kermit der Frosch oder der Telefonjoker ET - jedes, jeder oder jede, der die das sich irgendwie gerade nach irgendwas fühlt, wird von den Gendersüchtigen der Verwirrtenszene über verdokterte Genderlehrstühle begeistert in des Kaisers neue Geschlechterliste gezerrt. Doch eigentlich sind unsere Genderexperten nur Krankheitsfinder, die mit immer aberwitzigeren Kreationen, eine ganze Gesellschaft mit System erst durchpsychologisieren und dann psychopathologisieren. Subjektive Sichtweisen ersetzen zunehmend den Verstand. Wunschträume und Phantastereien treten an die Stelle von Realität und Lebenswirklichkeit. Die grün/linke Blase wächst ins Unermessliche und die psychologische kranke Dauerberieselung einer normal entwickelten Bevölkerung nimmt immer obskurere Formen an. Was das langfristig mit den Menschen macht, können aufmerksame Beobachter tagtäglich bereits bei Teilen der Jugend wahrnehmen. Unserer vermeintlich freien Gesellschaft werden gebetsmühlenartig Partialsichtweisen aufgedrängt, die zu nichts Gutem führen werden. Schlimm ist, wenn sich die Bundesregierung so völlig ohne Gegenwehr dafür missbrauchen lässt. Was ist nur aus Parteien wie CDU/CSU oder FDP geworden, wenn sie so etwas mittragen? Besonders von einer Regierung erwartet man Rationalität.“ Höchst fährt fort: „An anderer Stelle wird von der Bundesregierung ausgeführt: „Angaben zu möglichen Kosten können derzeit nicht gemacht werden.“ Dann rüsten sich seit einiger Zeit Genderampeln, Gendertoiletten, Behördenformulare etc. anscheinend von selbst um und reichen die Rechnung erst am Ende ein. Das ist umsichtige Haushaltführung! So stellt man sich eine Regierung vor: erst Unsinn verzapfen und sich dann davon überraschen lassen, was dabei herauskommt und was es kostet. Bitte ersparen Sie den deutschen Steuerzahlern eine Fortdauer dieser Posse! Auf die Regierungsbank gehören endlich wieder Fachkompetenz und Vernunft. Es wird höchste Zeit für einen Regierungswechsel: raus aus Utopia, zurück zur Vernunft!“

7.1.9 Bundesregierung lässt Männer im Stich

(28.03.2019)

++Pressemitteilung++

„Männer sind Opfer zweiter Klasse.“ So beschreibt es die NRW-Opferschutzbeauftragte bei dlf24. In NRW sind, laut ihrer Aussage, 47 Prozent der Hilfesuchenden Männer. Das wird in anderen Bundesländern vermutlich ähnlich sein. Berücksichtigt man, dass sich viele Männer nicht getrauen über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen, so wird klar, dass das gesellschaftliche „Nur-Frauen-sind-Opfer-und-Männer-sind-immer-Täter“-Bild mit der Realität nicht übereinstimmen kann. Höchst dazu: „Es wird Zeit, Männern eine Stimme zu geben. Dass sie

zunehmend diskriminiert werden, ist inzwischen unübersehbar. Gleichberechtigung gilt nach Auffassung der Altparteien anscheinend nur für Frauen. Während Frauen Mitleid und Hilfe erfahren, wird der Mann entweder verlacht, für einen Schwächling gehalten oder gar für einen Versager. Vor Gericht haben Männer, wenn Aussage gegen Aussage steht, die schlechteren Chancen. Rückzugsräume, wie sie Frauen in Frauenhäusern oder Schutzwohnungen geboten werden, stehen Männern de facto ebenfalls nicht zur Verfügung. Dies ergab meine Kleine Anfrage an die Bundesregierung vom Februar diesen Jahres. Viele Männer verarmen oder erkranken psychisch, manche landen auch auf der Straße. Daher verwundert es nicht, dass 68 Prozent aller Selbstmorde von Männern begangen werden. Noch viel höher ist ihr Anteil bei der Altersgruppe bis 35 Jahre. So kann es unter der Führung von CDU/CSU sowie der SPD einfach nicht weitergehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Wort Gleichberechtigung auch für Männer gilt und dass sie ebenfalls Rückzugsmöglichkeiten erhalten. Dieser unsägliche grüne bis linke Geschlechterkampf muss wieder durch ein gemeinsames Miteinander von Frau und Mann ersetzt werden.“

7.1.10 Aufklärungsarbeit über Genitalverstümmelung verstärken (23.04.2019)

++Pressemitteilung++

Seit ihrem Einzug in den Bundestag, wird die AfD-Fraktion nicht müde, auf das Desinteresse der Politik an Themen wie der Genitalverstümmelung von Frauen hinzuweisen. Bereits in ihrer Frauentagsrede 2018 kritisierte die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst, dass die Genitalverstümmelung bei Frauen dramatisch zunimmt und Frauen und Mädchen nicht wirksam geschützt werden.

Zu aktuellen Berichten über die Zunahme von Genitalverstümmelungen teilt Höchst mit:

„Die Antwort der Bundesregierung auf eine diesbezügliche Anfrage der FDP, welche das Thema von der AfD aufgreift, zeigt deutlich, dass die geltenden Gesetze unwirksam sind. Die Aufklärungsarbeit, die in Afrika geleistet wird, muss auch in Deutschland im sozialen Umfeld der gefährdeten Mädchen stattfinden.

Erste Hilfsmaßnahmen müssen dringend etabliert werden, wie beispielsweise stete Aufklärung an Schulen oder die Schaffung von letzten Rettungsankern für betroffene Mädchen und Frauen. Es gibt bereits erprobte Maßnahmen, wie das bewusste Verstecken von Löffeln oder Metall im Schuh oder eben auch an anderen Stellen durch die betroffenen Mädchen, damit sie bei Sicherheitskontrollen am Flughafen bei ihrer Ausreise Alarm auslösen und so die Behörden auf die ihnen drohende Genitalverstümmelung hinweisen. Das Personal muss nach britischem Vorbild an Flughäfen aber auch auf Schiffen entsprechend geschult werden. Nur so können diese Mädchen über eine entsprechende Wirkungskette durch den Staat Schutz erfahren. Das ist für diese Mädchen oft die einzige Möglichkeit, dem Druck der eigenen Familie zu entfliehen.

Wir fordern, dass endlich genau hingesehen und diesen Mädchen wirksam geholfen wird. Dazu gehört neben einer verpflichtenden Einbindung von Schulen und Ärzten auch eine konsequente Strafverfolgung, welche nicht nur ein zahnloser Papiertiger sein darf."

7.1.11 Informationsfreiheit massiv eingeschränkt
(24.04.2019)

++Pressemitteilung++

Die Einschränkung der Informationsfreiheit in Deutschland nimmt immer skurrilere Formen an. Egal ob Informationsweitergabe, Informationsbeschaffung oder bloße Meinungsäußerung, alles was auch nur im Entferntesten nach umstrittenen Themenfeldern klingt, läuft Gefahr zensiert zu werden. Dazu Nicole Höchst MdB: „Facebook sperrte einen Beitrag von mir, in welchem ich darauf hinwies, dass Menschen aus anderen Teilen der Welt die verschiedensten Krankheiten mitbringen. Dieser Hinweis verstoße gegen die Gemeinschaftsregeln, meinte Facebook und sperrte den privaten Account, hob die Sperrung wieder auf, weil dem doch nicht so war und sperrte erneut. Was für ein Irrsinn! Für Pflanzen und Tiere gelten strengste Auflagen für die Einfuhr. Erfolgt diese aber im Rucksack der illegalen Grenzübertritte, interessiert es niemanden mehr. Was sind Impfungen für Reisen in andere Länder eigentlich noch wert, wenn die Krankheiten, vor denen man sich schützen möchte, quer durch Europa bis vor die Haustür gebracht werden? Probleme müssen in einer Demokratie ohne Zensur angesprochen werden dürfen, auch wenn es für den einen oder anderen Politiker der Altparteien unangenehm ist. Zensur, die das Aufzeigen von Problemen bereits im Ansatz verhindert, fördert Probleme und ist nichts anderes als Lug und Trug an der Bevölkerung. Wer seinen Verstand nicht nur für Konsum nutzt, sollte zur Europawahl wissen, wo das Kreuz zu setzen ist.“

7.1.12 IS-Kämpfer und die hässliche Fratze deutscher Frauenpolitik
(29.05.2019)

++Pressemitteilung++

Deutsche Staatsbürger schlossen sich dem IS an, überfielen in anderen Ländern Familien und erschossen Väter und Ehemänner. Mädchen und Frauen verkauften sie wie Schlachtvieh zu tausenden als Sklavinnen. Entmenschlichung pur, erzeugt im ach so demokratischen Rechtsstaat Deutschland. Die Yesiden in Syrien mussten Fürchterlichstes durchmachen und hofften im christlichen Abendland Rettung und Unterstützung zu finden. Jetzt finden sie sich zutiefst enttäuscht in einem Land wieder, das ihre Gegner nicht nur hofiert, sondern auch massenweise zum Kommen einlädt. Nicole Höchst dazu: "Dass die Yesiden gegen Justizministerin Katarina Barley (SPD) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) als Verantwortliche einer tatenlosen und um Ausreden nie verlegenen Regierung, eine Strafanzeige einreichten, ist mehr als nachzuempfinden. Sie haben mein tiefstes Mitgefühl und ich hoffe, dass den Tätern bald in Deutschland ein angemessener Prozess gemacht werden kann. Mich würde allerdings wundern, wenn unsere Regierung sich tatsächlich für die Yesiden einsetzte. Man ist viel zu sehr mit Frauenquoten in Parlamenten, Kampf gegen Rechts und Toiletten für ein drittes Fantasiegeschlecht beschäftigt, als dass man sich mit der Strafverfolgung von Mördern, Vergewaltigern, Räubern und Menschenhändlern abgeben könnte. Tausende Sklavinnen! Man stelle sich das einmal vor: Wir reden quasi von einer ganzen verkauften Stadt,

von waschechtem Sklavenhandel im 21. Jahrhundert! Und was macht unsere Regierung? Sie bezeichnet die kurdischen Behörden als nicht nichtstaatliche Behörden, deren Angebot der Auslieferung abzulehnen ist. Wir fordern Frau Barley und Co. auf, gegen Verbrecher vorgehen, insbesondere auch solche, derer man ganz leicht habhaft werden kann, denn sonst erweist sich erneut, dass Deutschland schon lange keine "wehrhafte Demokratie" mehr ist. Deutschland hat gute Gesetze und es wird Zeit, dass auch unsere Regierung diese wieder entdeckt, zur Anwendung bringen und durchsetzen lässt.

7.1.13 Steigender Verfolgung Homosexueller einen Riegel vorschieben

(29.04.2019)

++Pressemitteilung++

Das Sultanat Brunei führt die Todesstrafe für Homosexuelle ein und verteidigt deren Steinigung. Wie t-online unlängst berichtete, wird in 70 Ländern Homosexualität unter Strafe gestellt. Nun kann man sich zwar als Deutschland um die Gesetze von Ländern auf der anderen Seite des Erdballs kümmern, doch wie glaubwürdig ist man eigentlich, wenn im eigenen Land die Sicherheit für diese Menschen stetig abnimmt?

Höchst dazu: "Aus 70 homophoben Staaten kommen kontinuierlich Migranten nach Deutschland und nach Europa. Wer glaubt, dass sie ihre Scharia basierten Wertvorstellungen an den (nicht vorhandenen) Grenzen ablegen, oder dass man sie "umerziehen kann", ist schlichtweg naiv. Die logische Folge ist eine steigende Gefahr für Leib und Leben unserer homo- oder transsexuell orientierten Mitmenschen. Spätestens mit der Einbürgerung dieser Migranten wird es dann heißen, es gäbe immer mehr homophobe Deutsche und hier müsse man ansetzen. Dass dies kein Populismus seitens der AfD ist, erkennt man an den Aussagen des LSVD Chefs Klaus Letz gegenüber t-online. Dieser bringt es doch tatsächlich in unnachahmlicher Arroganz fertig, Kritik an der Einführung eines Dritten Geschlechtes, mit Homo- und Transfeindlichkeit gleichzusetzen. Dabei hat die Kritik am Gendergaga der linken Phantasten überhaupt nichts mit übergriffigen Hassattacken von überwiegend muslimischen Migranten auf Homosexuelle zu tun. Die einzige Partei, welche für einen durchsetzungsstarken Schutz aller Menschen gleich welcher sexuellen Orientierung eintritt, ist die AfD.

Es wird Zeit, den deutschen Größenwahn der Weltrettung unserer Altparteien zu beenden, den Blick von Brunei oder Brasilien wieder nach Deutschland zu richten, und dort wieder Politik für die Menschen und nicht gegen sie zu betreiben."

7.1.14 Facebooksperre wegen offiziellem Fachbegriff

(29.07.2019)

++Pressemitteilung++

Trümmerfrau ist die im Milieu gängige Bezeichnung für einen schlecht gestylten Transvestiten. Vermutlich wurde er von Ralf König gängig gemacht, welcher in einer Phase seines Lebens sich selbst so bezeichnete und nach seinem Coming-Out, mit Krimiparodien und Comics aus der Szene erfolgreich wurde. Der bewegte Mann entstand auf der Grundlage eines seiner Comics.

Nicole höchst dazu: „Wenn der Begriff Trümmertranse zutrifft, dann mit Sicherheit auf den Travestiekünstler „Le Gateau Chocolat“, welcher bei der Tannhäuserinszenierung in Bayreuth unrasiert und mit Bart auftrat. Es ist egal, wie man zu einer solchen Kategorisierung steht, der Begriff Trümmertranse ist kein Schimpfwort Außenstehender, sondern ein Fachbegriff der Szene.

Umso irrsinniger erscheint unter diesem Aspekt eine Zensur durch Facebook, welches wegen Verwendung dieses Wortes meine Seite sperrte.

Die Zensur- und Maulkorbpolitik der Altparteien beginnt Blüten zu treiben, wie sie absurder gar nicht mehr werden können. Jetzt wird zensiert, wenn jemand äußert ein Anderer sei schlecht gestylt.

Es wird Zeit, wieder zur Meinungsfreiheit zurückzukehren und nur dort zu verfolgen, wo der rechtliche Rahmen unserer Demokratie verlassen wird. Dazu benötigen wir kein NetzDG sondern nur einen funktionierenden Rechtsstaat. Wir als AfD wenden uns gegen jede Art von Meinungsmanipulation und Gedankenkontrolle. Eine freie und selbstbewusste Gesellschaft muss unterschiedliche Meinungen aushalten können.

7.1.15 Starkes Familiengesetz hängt arme Kinder weiter ab

(05.08.2019)

++Pressemitteilung++

„In meiner Rede vom 03.07.2018 kritisierte ich im Bundestag das neu vorgestellte „Starke Familiengesetz“ und bezeichnete es als schwach.

Dass die Kritik mehr als gerechtfertigt war und ist, bestätigt jetzt der Paritätische Gesamtverband. Er befindet das Bildungs- und Teilhabepaket als „völlig gefloppt“. Es werde etwas abgefeiert, das eine peinliche Veranstaltung mit kleinlichen Verbesserungen sei. Das sind deutliche Worte. Soziale Unterstützung ist genau für sozial schwache Familien gedacht, jedoch profitieren eben diese von dem angeblich so starken Familiengesetz viel zu wenig.

Der Verband geht von 6 Millionen überschuldeter Erwachsener aus und vergleicht die Ausgaben der Eltern für ihre Kinder. Die reichen obersten 10 Prozent geben im Schnitt 1.200€

pro Monat für ihr Kind aus und die untersten 10 Prozent nur 364€. Nun liegt ein solcher Unterschied in der Sache begründet. Aufgabe des Familienministeriums sollte es daher sein, für die Kinder Nachteile in den Bereichen Bildung und Gesellschaft im Rahmen der Möglichkeiten auszugleichen. Kindern hilft es nicht, wenn sowieso existente und garantierte Kinderrechte ins Grundgesetz geschrieben werden oder dem Namen nach „Starke“ Gesetze für sie gemacht werden. Deutschland braucht endlich wieder eine Familienpolitik, die diesen Namen auch verdient hat und keine weiteren Nebelkerzen. Eine gute Bildung unserer Kinder ist die beste Investition in die Zukunft.

7.1.16 Abschaffung der Familie

(13.08.2019)

++Pressemitteilung++

Wenn alle verantwortlich sind, fühlt sich niemand mehr verantwortlich.

Die Stimmen derjenigen, welche die Abschaffung der Familie Hand in Hand mit der des Kapitalismus und des "Patriachats" fordern, werden immer lauter. Sie bekommen Gehör, wie am 10.08.19 auf 9 Seiten bei Zeit online unter der Rubrik "Kapitalismuskritik". Eine elternlose Gesellschaft wird da gefordert und die Familie als Herd von Gewalt und Unterdrückung wahrgenommen. Die behauptete vielgepriesene Vervielfältigung der Beziehungen bedeutet jedoch zumeist flache Beziehungen, Bindungsverlust, Entwicklungsstörungen...
Daraus entsteht persönliches Unglück, da die Menschen von ihrem Sein als fühlende Beziehungswesen entfernt werden.
Wo bleibt die Betrachtung der menschlichen Psyche? Unser Streben nach persönlichem Glück, nach dem Sinn des Lebens? Was ist mit unseren Kindern, die das Gefäß unserer Liebe, der Gipfel unserer Anstrengungen, unser ewig unerfülltes Versprechen und doch unsere größte Hoffnung auf Zukunft und Transzendenz sind?
Der Mensch mit all seinen Stärken, Schwächen, Gefühlen und Sehnsüchten findet als solcher in dieser endzeitfeministischen Gesellschaftsumgestaltung nicht statt.
Überspitzt gesagt, wird nicht nur die Familie abgeschafft, sondern der Mensch selbst.
Soll das staatlich politisch produzierte Unglück dann pharmazeutisch oder durch die Jugendämter gelöst werden?
Die AfD fordert ein Ende dieser desaströsen Politik, welche sich immer mehr Bahn durch unsere Gesellschaft bricht. Besonders das Familienministerium sollte endlich wieder als solches in Erscheinung treten. Hier fängt Kinderschutz an.

https://www.zeit.de/kultur/2019-08/kapitalismuskritik-kindererziehung-familie-abschaffung-kommunismus
https://www.zeit.de/kultur/2019-08/kapitalismuskritik-kindererziehung-familie-abschaffung-kommunismus/seite-2
https://www.zeit.de/kultur/2019-08/kapitalismuskritik-kindererziehung-familie-abschaffung-kommunismus/seite-3

7.1.17 Demografie und CO2

(22.08.2019)

++Pressemitteilung++

Die „National Acadamy of Science “ veröffentlichte am 27.06.2012 eine Zusammenfassung eines Vortrages der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste. Es werden Klimaschutzmaßnahmen, wie Umbau der Individualmobilität und Umbau von Land und Stadt benannt. Unter 1) steht da zum Beispiel: „Raumplanung: Der Bevölkerungsrückgang wird erheblich zur CO2-Minderung beitragen; das Ziel muss die Umkehr der sub- in eine reurbane Stadtentwicklung sein; ⋯ erst hohe Energiekosten bewirken die räumliche Reorganisation. “

Nicole Höchst dazu:

„Der Vortragende hat also bereits 2012 hohe Energiekosten als Grundvoraussetzung für einen Umbau der Gesellschaft ausgemacht und eine Bevölkerungsreduzierung fest eingerechnet. Auch wenn dieser Vortrag damals einen anderen Hintergrund hatte, so wird diese Vision heute viel allumfassender umgesetzt. Die Familienpolitik der letzten Jahre hat angesichts viel zu niedriger Geburtenraten vermutlich kein einziges Kind mehr hervorgebracht, als sowieso geboren worden wäre und Deutschland ist Spitzenreiter bei den Strompreisen.

Preise erhöhen, Druck auf die Menschen aufbauen, Klimaangst schüren, Mobilität einschränken und Bevölkerung reduzieren. Statt gesellschaftlichem Konsens mit vernünftigen Lösungsansätzen wird auf ungehemmtes Abkassieren zum Erreichen einer CO2-Reduzierung gesetzt. Richtig ist, dass eine Bevölkerungsdichte ähnlich der in Frankreich (122 Einwohner/km²) oder Tschechien (137 Einwohner/km²) viele Probleme lösen würde, auch das CO2-Problem. In Deutschland leben zurzeit 237 Einwohner /km². Bis 2050 leben ohne Zuwanderung in Deutschland voraussichtlich nur noch 58 statt 82 Millionen Menschen. Wie ungezügelte Einwanderung zu einem nachhaltigen CO2-Konzept passen soll, erschließt sich dabei nicht. Wir als AfD fordern eine Politik, welche wieder für unsere Bürger gemacht wird und nicht gegen sie. Parallel müssen wir den Niedergang der Bildung umkehren und in der Familienpolitik Symptomdokterei gegen wirksame Maßnahmen ersetzen.“

7.1.18 Hemmungslose Aufklärung

(30.08.2019)

++ Pressemitteilung ++

„Wenn ich rufe Penis, müssen alle Penisse aufstehen..“ Dann sind die Scheiden, Schmuckkästchen oder Schmusibären dran. Das Stuhlkreisspiel von „Pro Familia “ heißt „ Sexsalat“. Kombiniert mit Penispuzzle, Stofftiervulven, übergroßen Klitoris, Menstruationstassen und der Erkenntnis das Mädchen drei Löcher haben, führen sie nach Geschlechtern getrennte Aufklärung an Schulen durch. „Pro Familia“ besitzt deutschlandweit 16 Landesverbände, 16 Landesvorstände, 16 Landesgeschäftsstellen, 182 Beratungsstellen und 4 medizinische Zentren.

Nicole Höchst MdB dazu:
Das hat mit qualifizierter Aufklärung durch geschulte Pädagogen absolut nichts zu tun. Hier reduziert man Sexualität auf reine Körperfunktionen und baut auf unverantwortliche Art und Weise die ganz natürliche Scham der Kinder ab. Bindung, sanftes Entdecken des Anderen und mit dem Alter mitlaufende sexuelle Entwicklung spielen keine Rolle mehr. In drei Bundesländern kommt dann noch Queer mit einem Toleranzteam an die Schule, bei dem die heterosexuelle Mehrheit der Bevölkerung nur noch mit einem Fünftel vertreten ist.
Die Ergebnisse lassen nicht auf sich warten. Besonders die Mädchen treffen später wieder auf „Pro Familia“ und zwar bei der Abtreibungsberatung. „Pro Familia“ ist eben alles andere, als pro Familie. Dass nach Angabe von „Pro Familia“ mehr Schulen ihre Klassen für derartige obskure Veranstaltungen anmelden als Plätze vorhanden sind, zeigt, wie weit der moralische Verfall bereits von der Gesellschaft Besitz ergriffen hat.
Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Eltern sich zukünftig keine Sorgen mehr darüber machen müssen, was ihren Kinder bei der Sexualaufklärung in der Schule zugemutet wird. Leider zeigen die Folgen sich erst im späteren Leben. Ob diese Art von Aufklärung jedoch noch gemeinnützig ist, darf angezweifelt werden. Solange sich nichts gravierend ändert, sollte ein Familienministerium von jeder Art von Unterstützung absehen. Die AfD fordert die Lehrerverbände auf, nur noch seriöse Aufklärung in Anspruch zu nehmen, die die Grenzen der Kinder, also das Kindswohl, achtet.

7.1.19 Kosten der Antidiskriminierungsstelle
(05.09.2019)

++Pressemitteilung++

Nachdem im Bundeshaushalt bereits 2018 und 2019 mehrere Millionen für eine Antidiskriminierungsstelle verankert waren, fragte die AfD Fraktion im Deutschen Bundestag nach Art und Umfang der Tätigkeit dieser Stelle. In der Antwort (Drucksache 19/3503) teilte die Bundesregierung mit, dass 2016 3740 und 2017 3773 Beratungsanfragen bearbeitet wurden. In den meisten Fällen handelte es sich in der Bearbeitung um eine Information, oder eine Weiterleitung. Manchmal konnte auch geschlichtet werden.
Nicole Höchst MdB dazu:

„Für diese Stelle sind im kommenden Jahr 4,16 Millionen Euro geplant. Das ergäbe bei der Zahl von 2016 ca. 1.109 Euro Kosten für den Steuerzahler pro Fragebeantwortung. Da weiß man, wo die Steuergelder unserer Bürger verschwinden. Dabei ist eine solche Stelle völlig unnötig, außer natürlich als ein weiteres Gängelungsinstitut der Gesellschaft, wo die ideologischen Amigos und Machterhalter der Schonlängerregierenden in Amt und Würden sind. So wird vorgegaukelt, dass wir Deutschen zu Diskriminierung und Rassismus neigen. Die Zahlen und die Fallarten zeugen allerdings genau vom Gegenteil.
Für Straftaten sind Gesetze und Strafbehörden vorhanden. Wer sich beraten lassen will, braucht keine Bundesregierung dazu. Aber selbst wenn man eine solche Beratungsstelle einsetzt, so bräuchte sie bei dieser Fallzahl nur zwei Mitarbeiter, welche mit allen Nebenkosten max. 100.000 Euro kosten dürften. Da stellt sich die Frage, was mit den anderen 4,06 Millionen passiert. Wie wird denn hier mit dem schwer verdienten Geld unserer Bürger umgegangen? Diskriminierung will mit Sicherheit niemand. Doch da sich jede Menge intoleranter Menschen bereits am Zigeunerschnitzel oder der Mohrenapotheke stören, sind solche Stellen eher bedenklich, weil ideologisiert. Hier stellt sich außerdem die Frage, ob hier wieder ein gegen den Bürger gerichtetes, Ideologiemonster finanziert wird, welches letztlich dazu beiträgt, dem Bürger einen Maulkorb zu verpassen.
Wir werden dieses Budget von über vier Millionen Euro genauestens hinterfragen und damit die Interessen unserer Bürger schützen.“

7.1.20 Deutscher Frauenrat ist männerfeindlich

(26.09.2019)

++Pressemitteilung++

Der Deutsche Frauenrat verteilte an Abgeordnete des Bundestages einen Bericht seiner Tätigkeit 2018/2019. Das Anschreiben wurde überschrieben mit „Geschlechtergerechtigkeit schützt vor patriarchalen Rückfällen und Extremismus“. Es wird weiterhin ausgeführt, was damit gemeint sei, nämlich Geschlechterparität in allen Parlamenten, also die umstrittene, weil gesetzeswidrige, Frauenquote.

Nicole Höchst AfD:

„Eignung und Leistungswille sind in jedem Falle einer Quote vorzuziehen. Niemand möchte von einer Ärztin operiert werden, von dem er sich fragt, ob diese an den OP-Tisch über Quoten gekommen ist. Schon gar nicht darf dies in Parlamenten geschehen, die unser Land regieren. Quote bedeutet nämlich in Wirklichkeit, dass jemand eigentlich nicht für den ihm anvertrauten Job geeignet ist. Es ist außerdem eine Diskriminierung in zwei Richtungen: gegenüber besser geeigneten Männern aber auch gegenüber den Frauen selbst. Die Quotenfrau sitzt im selben Boot mit fachlich geeigneteren und engagierteren Frauen. Letztere werden automatisch zur minderwertigeren Quote abgewertet. Quote bedeutet auch die vollständige Ignoranz unterschiedlicher Interessen von Mann und Frau, wie sie von der Mehrheit der Menschen als ganz natürlich wahrgenommen werden. Die Diskrepanz zwischen Realität und Wunschdenken kann jedoch nur durch Verteufelung einer Seite verdrängt werden. Dazu wird Angst vor „ patriarchalen Rückfällen“ und männlichem „Extremismus“ geschürt. Als Nebeneffekt assoziiert jeder diese Begriffe sofort ins Private und es entstehen Gräben. Als AfD lehnen wir solche radikalen Denkweisen ab und werden fordern, die Gelder im Haushaltsplan für den Deutschen Frauenrat rigoros zu streichen.“

7.1.21 Unterstützung von Jugendamt und Familien
(27.09.2019)

++Pressemitteilung++

Am 12.11.2018 erschien eine Studie mit dem Titel „Zur Situation des ASD im Jugendamt: Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen “. Diese kommt zu dem Schluss, dass die Jugendämter in Deutschland mit einer großen Zahl von Problemen konfrontiert sind. So sind beispielsweise personelle, materielle aber auch strukturelle Defizite bemängelt worden. Ebenso gibt es viele Beschwerden betroffener Eltern, da sich daraus zwangsläufig auch mehr Fehlentscheidungen ergeben. Die Probleme entstehen u.a. dadurch, dass Jugendämter immer häufiger eingreifen müssen. So stiegen lt. Destatis beispielsweise die Kindswohlgefährdung in 2018 um 10% Inobhutnahmen um 25% . Die Hilfen zur Erziehung stiegen bereits von 2016 auf 2017 um 3,1% und dürften die Millionengrenze bereits erreicht haben. Es besteht also Handlungsbedarf.

Nicole Höchst AfD dazu:

„Die Vielzahl an regierungsgemachten Problemen im Jugendamt wirkt sich leider auch auf die direkte Qualität der Arbeit aus. Wir wollen daher sowohl den Jugendämtern als auch den betroffenen Familien, Eltern und Kindern mit unseren Initiativen zur Seite stehen. Ziel ist eine geregeltere und harmonischere Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Gutachtern, Jugendämtern und betroffenen Familien, bei der sich keine Seite benachteiligt oder übergangen fühlt.

Dazu gehört auch eine bessere Arbeit der Gutachter zu garantieren.

So fordern wir zum Beispiel wissenschaftlich formulierte Mindestanforderungen für familienrechtliche Gutachten einzuführen, den unbestimmten Begriff der Kindeswohlgefährdung etwas genauer zu definieren, die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerde- und Fachaufsicht, sowie eine umfassendere statistische Datenerhebung als bisher.

Grundvoraussetzung für einen besseren Schutz von Kindern und Hilfe für Eltern sind in jedem Fall die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Ausstattung vieler Jugendämter. Warum die Fallzahlen derart explodieren, dürfte an der gesellschaftlichen Entwicklung liegen. Auch hier muss näher hingeschaut werden.“

7.1.22 Freiheit und Rechte von Frauen und Kindern schützen
(09.10.2019)

++Pressemitteilung++

„Vier von fünf Frauen, die in Deutschland Schutz suchen, kommen aus dem muslimischen Kulturkreis“ schreibt Necla Kelek in ihrem kürzlich veröffentlichten Buch „Die unheilige Familie“. Sie beschreibt Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen, Zwangs- und Kinderehen sowie die systematische Unfreiheit von Frauen und Kindern. Damit bringt sie Probleme auf den Punkt, welche mit zunehmender Einwanderung und demographischem Wandel in Deutschland an Brisanz und Umfang zunehmen. Die AfD versucht seit ihrem Einzug im Bundestag mit einer Reihe von Kleinen Anfragen und Anträgen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Nicole

Höchst dazu: „Die AfD steht grundgesetztreu für ein den Männern gleichberechtigtes Leben von Frauen in Deutschland ein. Und zwar in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit. Das kann nicht durch Quoten erreicht werden. Die sogenannte Gleichstellung schafft nur neue Ungerechtigkeiten und ist letztlich kontraproduktiv. Sie geht zudem an der Lebenswirklichkeit von Musliminnen vorbei, für die in Deutschland die Scharia und das Patriarchat über dem Grundgesetz stehen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass in Deutschland die grundgesetzlich verbrieften Rechte für alle Bürger gleichermaßen gelten."

7.1.23 Pädophilie ist auch in der evangelischen Kirche nicht neu

(30.10.2019)

++Pressemitteilung++

In den letzten Tagen wurde über die Aktivitäten von „Original play" an evangelischen Kindergärten berichtet. Erwachsene bezahlen Geld, um mit fremden Kindern zu „ringen und zu kuscheln". Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen pädophiler Übergriffe.

Nicole Höchst dazu: „Die Grundlage für diese Ungeheuerlichkeit ist nicht neu. Das kennen wir schon von Helmut Kentler, der diese maßgeblich mitgeformt hat.

Kentler war Jugendbildungsreferent an der Evangelischen Akademie Arnoldshain, sowie Psychologe und Professor für Sozialpädagogik an der Universität Hannover. Er war in der evangelischen Jugendarbeit als führender Pädagoge im Studienzentrum Josefstal tätig und arbeitete als gerichtlicher Sachverständiger in Missbrauchsfällen.

Als völlig unproblematisch betrachtete Kentler gleichberechtigte und diskriminierungsfreie sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern und meinte, dass päderastische Verhältnisse sich sehr positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung eines Jungen auswirken können, vor allem dann, wenn der Päderast ein regelrechter Mentor des Jungen ist. Später brachte er Kinder bei Pädophilen unter.

Jetzt hat seine Einstellung scheinbar Nachahmer gefunden. Zusammen mit der Frühsexualisierung, Genderpolitik und der Politik der Grünen, wie beispielsweise in Berlin, zeigt sich wieder einmal, wie weit weg von der Realität das so wohllautig-gutherzig klingende Gerede von Kindswohlgefährdung und Kinderrechten in Wahrheit ist. Besonders die Grünen hatten in den 80er Jahren den Sex mit Kindern in ihr Wahlprogramm geschrieben. Die Aufarbeitung lässt bis heute zu wünschen übrig. Bezeichnend ist, was EMMA dazu schreibt. Der Antrag sei inspiriert worden von der grünen BAG SchwuP (Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle). Der Koordinator der SchwuP, Dieter Ullmann, war wegen Kindesmissbrauchs sogar schon mehrfach im Gefängnis gewesen.

Hier bedarf es eines Umdenkens und energischen Handelns, damit der böse Geist nicht noch weiter aus der Flasche entweicht. Wir als AfD fordern die Einstellung jeglicher Projekte aus den vorgenannten Themenbereichen, die unsere Kinder sexuell, geistig oder sonst wie in ihrem Kindswohl gefährden. Die Täter und in diesem Fall auch ihre Förderer und Verursacher müssen entschlossen, zeitnah und empfindlich ihrer Strafe zugeführt werden."

https://www.emma.de/artikel/kinderfreunde-es-geht-weiter-333657

7.1.24 Demokratiedefizit nimmt dramatische Züge an
(31.10.2019)

++Pressemitteilung++

Am 30.11.2019 findet in Braunschweig der nächste AfD Bundesparteitag statt. Das sollte in einer funktionierenden Demokratie ein völlig normaler Vorgang und eigentlich nicht besonders zu kommentieren sein. Alle politischen Parteien, und selbstverständlich auch die AfD, stehen in Deutschland auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Doch funktioniert unsere Demokratie noch?

Nicole Höchst MdB dazu: "Die Würde des Menschen ist unantastbar und Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Doch leider sehen das nicht alle Menschen in diesem Land so und die Regierung sieht ihrem Treiben tatenlos zu. So ruft ein "Bündnis gegen Rechts" auf einem Flyer im Internet dazu auf, die AfD zu stoppen. Dazu verwenden sie bezüglich der AfD Lügenbegriffe, wie, völkisch-nationalistisch' oder behaupten, sie befeuere Hass und Hetze und unterstellen Sexismus, Rassismus und Chauvinismus.

Die Ziele, für die das Bündnis gegen Rechts auf seinem Flyer eintritt, wird in der AfD jeder bedenkenlos unterschreiben. Hier sind völlig irre Demagogen am Werk, die mit Hass und Hetze andere, konservativere Meinungen zur aktuellen Ausrichtung der Politik mit Gewalt unterdrücken wollen. Besonders schlimm wird es, wenn an Schulen Verteiler genutzt werden, um Eltern aufzuhetzen. So geschehen in Wolfsburg, wo man mit dem Flyer die Elternvertreter dazu aufforderte, die AfD in Braunschweig zu stoppen. An unseren Schulen gilt das Neutralitätsgebot. In der Realität wehrt sich (noch) niemand gegen diese Art der Hetze und Indoktrination, die scheinbar vor nichts und niemandem Halt macht. Absolut abzulehnen ist die Tatsache, dass extremistische Plattformen Zugriff zu E-Mailverteilern von Eltern für ihre Hetze erhalten haben. Hier stellt sich auch die Frage nach der Zulässigkeit.

Von Berlin bis Speyer und anderswo haben sie eine Bedrohungslage für Gastwirte geschaffen, die dazu führte, dass für den Landesparteitag oder Stammtische keine geeigneten Räume gefunden werden können. All das sind unübersehbare Anzeichen für einen rasant ansteigenden Verlust an Demokratie und schwindender Meinungsfreiheit und die Regierung schaut tatenlos zu. Vielleicht sollte ein spezielles, Demokratie erlernen Programm' für das sogenannte linke Spektrum aufgelegt werden.

Die AfD hat sich die Verteidigung unserer Demokratie, unserer Gesetze, unserer Freiheit und Rechte ins Programm geschrieben. Die Regierungsparteien behaupten dasselbe von sich. Es wird Zeit, dass sie zeigen, ob sie es wirklich ernst damit meinen. Demokratie und Freiheit sind viel zu wichtige Dinge, als dass man sie für Eigennutz opfern darf."

7.1.25 Nicole Höchst MdB erwägt Kandidatur für den Bundesvorstand
(20.11.2019)

++Pressemitteilung++

An der AfD schätze ich besonders ihre Volksnähe und ihre bürgernahe Politik, einer Mischung aus Herz und Verstand, auf der Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wie überall, ist nach meiner Auffassung nicht alles perfekt.

Daher erwäge ich eine Kandidatur für den Bundesvorstand.

Es ist Zeit für eine klare Linie. So wird die Hoffnung, dass die Staatsmedien irgendwann fair und informativ über die AfD berichten, wohl vergebens sein. Da brauchen wir andere Strategien, z. B. in Zusammenarbeit mit staatsunabhängigen, freien Medien. Wir müssen unsere Ressourcen gezielter und planvoller einsetzen, Kampagnen bewusster führen, unser Partei-Image verbessern und unser Anfangsmomentum als echte Alternative erhalten. Wir brauchen Nachwuchsförderung auf allen Ebenen und müssen unsere Stärken ausbauen, wie die basisdemokratische Mitbestimmung. Gute Kommunikation ist mit allen Strömungen wichtig. Parteiprogramm, Geradlinigkeit, Rückgrat und Ehre sind mir wichtig.

Ich bin nicht links oder rechts, sondern AfD.

Daher halte ich es auch für wichtig, dass wir Leute marginalisieren, die der Partei schaden, wie zum Beispiel durch Spendenskandale. Wir brauchen auch keine unausgegorenen, öffentlichen Schlammschlachten um Parteiausschlußverfahren, die uns um die Ohren fliegen. Die Einhaltung unserer Satzung und Vereinbarungen müssen für Alle! der Grundstein des Handelns sein.

7.1.26 Obdachlose brauchen unsere Unterstützung
(04.12.2019)

++Pressemitteilung++

In der Vergangenheit wurden keine statistischen Daten von der Bundesregierung über Wohnungslosigkeit erhoben.

Nicole Höchst dazu: Im November fragten wir die Bundesregierung nach vorliegenden Daten über das Ausmaß von Obdachlosigkeit in Deutschland. Die vorliegenden Daten gehen weit auseinander. So verwendet die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) als Stichtag den 31. Mai 2018 und schätzt zwischen 313.000 und 337.000 Personen als wohnungslos ein. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) betrachtet einen Stichtag, der vier Wochen später, zum 30.06.18 inklusive Dunkelziffer 542.000 Obdachlose benennt. Die BAG W zieht darüber hinaus ein Jahresmittel, was angesichts der Berücksichtigung der kalten Jahreszeiten aussagekräftiger sein dürfte und kommen sogar auf 678.000 Personen, was in etwa der Gesamtgeburtenzahl von 2013 entsprechen würde. Jedoch mussten bei allen Zahlen fehlende Anhaltspunkte durch Annahmen ersetzt werden.

Die hohe Zahl von Wohnungslosen ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft und zeigt eines ganz deutlich auf: Es wird Zeit, sich dem real existierenden, gravierenden Problem in diesem Land zuzuwenden: Wohnungs-und Obdachlosigkeit. Was, wenn die Zahl der

Wohnraumbedürftigen jeden Monat durch ungebremsten Zuzug aus allen Herren Ländern noch verschärft wird? Was, wenn die Megalomanie der Bundesregierung, die schamlos der ganzen Welt Obhut und deutsche Sozialleistungen offeriert, auch durch merkliche Wohnraumverknappung innenpolitisch entzaubert wird? Werden dann endlich Konsequenzen gezogen?

Insofern ist es wichtig, dass der am 25.09. dieses Jahres eingebrachte Gesetzesentwurf zur Einführung einer sogenannten "Wohnungslosenberichterstattung" zur Erhebung einer bundesweiten Statistik und somit zu validen Daten führt. Die AfD begrüßt diese Maßnahme und verbindet sie mit der Hoffnung, dass dann gezielter den Menschen geholfen werden kann, die ungewollt in die schlimmste aller Notlagen geraten sind.

7.1.27 Missbrauchsopfer benötigen gesellschaftliche Unterstützung

(05.12.2019)

++Pressemitteilung++

Am 03.12.19 fand in der Akademie der Künste eine Tagung zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Institutionen statt. Man schätzt, dass jeder siebte bis achte Bürger ein Opfer sexueller Übergriffe ist. Im Sportbereich haben sich die Übergriffe nach Aussage der, “ Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“ sogar verdoppelt.

Höchst dazu: Die aufgezeigten Probleme machen klar, dass trotz Opferentschädigungsgesetz (OEG) bisher nur unzureichender politischer Wille zur Aufarbeitung vorhanden ist. Ich möchte nur ein paar der dort angesprochenen Probleme aufzeigen:

Gutachterrichtlinien fehlen, Richter haben keine speziellen Kenntnisse bei sexuellem Missbrauch, lange Wartezeiten auf Suizidberatung, begrenzte Übernahme von Therapiestunden bei Psychotherapie durch die Krankenkassen, Missbrauchsbeauftragte haben nicht die Rechte einer Fachaufsicht usw. Es mangelt an Personal und an Räumen für Selbsthilfegruppen. Entschädigungen sind ungeklärt und Täter sitzen ungestraft statt Opfern in Aufarbeitungsteams. Selbst Traumatastationen sind häufig nicht auf Opfer sexuellen Missbrauchs eingerichtet. Wie sollen Opfer sich gesellschaftlich wahrgenommen fühlen, wenn Beratungsstellen nur unzureichend personell ausgestattet sind und Räume für Selbsthilfegruppen fehlen? Was seitens des Staates bei LGBTI funktioniert, sollte doch bei Opfern von Gewalt auch möglich sein. Opfer sexuellen Missbrauchs sind häufig nicht mehr voll arbeitsfähig, kippen in Isolationssituationen ab und geraten in eine Entmutigungsspirale, wie es ein Teilnehmer formulierte. Dadurch entstehen hochaggressive Psychosen oder Depressionen und die Menschen landen in Armut und Einsamkeit. Besonders Opfer von Heimunterbringung haben existentielle Angst im Alter oder durch Krankheit wieder in Heimen zu landen. Die derzeit geltende Stichtagsregelung

Ihre psychischen Störungen reichen diese Menschen an die nachfolgenden Generationen weiter, was sich wiederum auf deren Familien auswirkt. Und damit sollte ein Familienministerium hier vielleicht mehr Augenmerk darauf legen, als auf die Verhätschelung und Päppelung sexueller Randgruppen.

7.1.28 Zwangsverheiratung - Pflichten der Schule als staatlicher Wächter (07.12.2019)

++Pressemitteilung++

Ein 12-jähriges Mädchen wurde während der Schulzeit von Deutschland nach Pakistan entführt, dort zwangsverheiratet und konnte nach sechs Jahren zurückflüchten. Leider ist Zwangsverheiratung kein Einzelfall, wie anhand der Betroffenenzahlen der Kriseneinrichtung Papatya zu erkennen ist.

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ist das staatliche Wächteramt gem. Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG verankert. Ausgeübt wird das Wächteramt insbesondere durch das Jugendamt (Schutzauftrag nach § 8a Abs. 1 SGB VIII), aber auch durch die Schule über die jeweiligen Schulgesetze der Länder. In Baden-Württemberg ist dies zum Beispiel in § 85 Abs. 3 SchulG BW verankert. Wie gehen wir jedoch vor, wenn dieser Schutzauftrag ganz offensichtlich nicht wahrgenommen wird, wenn zum Beispiel Mädchen mitten in der Schulzeit in ihre Heimat verbracht werden?

Höchst dazu: Aus den Schulgesetzen ergeben sich die Handlungspflichten der Schulen, die bereits bei Verdachtsmomenten das Jugendamt, welches den Schutzauftrag nach § 8a Abs. 1 SGB VIII hat, in Kenntnis setzen müssten. Der Tagesspiegel berichtet jedoch in seinem Beitrag vom 03.12.19 über hunderte Frauen die jedes Jahr allein in Berlin zwangsverheiratet werden.

Da werfen sich doch automatisch Fragen auf: Wie ist das möglich? Sind die Schulen blind? Wieso versagt das staatliche Wächteramt? Wer ist verantwortlich? Was unternehmen Bund und Länder dagegen, außer Mantra ähnlichen Bekenntnissen der bunten Art?

Das Jugendamt muss informiert werden, wenn gewichtige Anhaltspunkte für eine ernsthafte Gefährdung des Kindswohls vorliegen und wenn der zu erwartende Schaden für das Kind, absehbar, tiefgehend und von gewisser Dauer ist (§ 1666 BGB). Wie oft wurde seitens der Schulen über diesen Weg bereits eine Zwangsverheiratung verhindert?

Wir sammeln über jede Kleinigkeit Daten, aber hierüber wissen wir nicht genug. Es sind auf jeden Fall zu wenig.

Wir fordern daher die Bundessregierung auf, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit solche Fälle zur absoluten Ausnahme werden und sich nicht stetig zum Regelfall entwickeln.

7.2 Kleine Anfragen

7.2.1 Steigende Fallzahlen bei Inobhutnahmen durch Jugendamt

Deutscher Bundestag Drucksache 19/7214

19. Wahlperiode 21.01.2019

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt und der Fraktion der AfD

– Drucksache 19/6818 –

Jugendämter in Deutschland (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/1581)

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/1581 lagen die Zahlen der Inobhutnahme von 2017 noch nicht vor. Darüber hinaus möchten wir weitere Informationen einholen. 1. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahlen der Inobhutnahmen in 2017 (bitte nach Mädchen und Jungen aufschlüsseln)? Gemäß der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik führten die kommunalen Jugendämter im Jahr 2017 insgesamt 50 282 Inobhutnahmen gemäß § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII) durch. Davon betrafen 28 882 männliche und 21 400 weibliche Kinder und Jugendliche. Hinzu kamen insgesamt 11 101 vorläufige Inobhutnahmen

gemäß § 42a SGB VIII, von denen 9 798 männliche und 1 303 weibliche Minderjährige betrafen. Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts „ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 PStG)“ werden in den Standardtabellen des Statistischen Bundesamtes nicht gesondert ausgewiesen, sondern dem männlichen Geschlecht zugeordnet. Ab dem Berichtsjahr 2017 wurde die Erhebungsmethodik der Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen verändert. Zusätzlich zu den Maßnahmen gemäß § 42 SGB VIII werden seitdem auch die vorläufigen Inobhutnahmen gemäß § 42a SGB VIII statistisch erfasst. Da auf eine vorläufige Inobhutnahme gemäß § 42a SGB VIII in der Regel direkt eine Maßnahme gemäß § 42 SGB VIII folgt, werden die davon betroffenen Kinder und Jugendlichen typischerweise doppelt gezählt. Die Gesamtergebnisse der Statistik sind daher ab 2017 nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

2. Ist die Anzahl der Kinder identisch mit der Zahl der Inobhutnahmen? Wenn nein, wie viele Kinder wurden in 2017 Obhut genommen? Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst die Zahl der durchgeführten Schutzmaßnahmen der kommunalen Jugendämter und Merkmale der davon betroffenen Kinder und Jugendlichen. Wenn Minderjährige innerhalb eines Jahres mehrfach in Obhut genommen werden, werden diese entsprechend mehrfach gezählt. Die Anzahl der Inobhutnahmen ist daher nicht identisch mit der Zahl der betroffenen Individuen. Die genaue Zahl der Kinder und Jugendlichen, die im Laufe eines Jahres in Obhut genommen wurden, wird nicht erfasst. 3. Wie viele Kinder leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Kinderheimen und wie viele bei Pflegeeltern (bitte über den Zeitraum von 2013 bis 2017 aufschlüsseln)? Sofern sich die Frage auf die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen während der Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII bezieht, sind die entsprechenden Jahressummen der nachfolgenden Tabelle 1 zu entnehmen. Tabelle 1: Anzahl der Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII nach Unterbringungsform während der Maßnahme (Deutschland; 2013 bis 2017; Angaben absolut)

Unterbringung während der Maßnahme…	2013	2014	2015	2016	2017
… bei einer geeigneten Person	3.208	7.460	13.034	15.205	8.724
… in einer Einrichtung	17.876	37.446	55.316	60.600	38.215
… in einer sonstigen betreuten Wohnform	1.104	3.153	9.295	8.425	3.343

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Der Großteil der Unterbringungen in Einrichtungen und sonstigen betreuten Wohnformen sowie Pflegefamilien erfolgt jedoch nicht im Kontext von Inobhutnahmen, sondern im Rahmen von Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII. Hinzu kommen stationäre Unterbringungen aufgrund einer (drohenden) seelischen Behinderung gemäß § 35a SGB VIII. Die entsprechenden Stichtagswerte vom 31. Dezember des jeweiligen Jahres sind der nachfolgenden Tabelle 2 zu entnehmen. Die aufgeführten stationären Unterbringungen der Kinderund Jugendhilfe erfolgen in unterschiedlichen Wohnformen, -gruppen und Settings. Tabelle 2: Am 31. Dezember laufende Hilfen nach ausgewählten Hilfearten (Deutschland; 2013 bis 2017; Angaben absolut)

Hilfeart	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII (einschl. Hilfen für j. Vollj.); Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII bei einer Pflegeperson	68.482	70.599	72.345	74.984	75.871
Stationäre Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 Absatz 2, 34, 35 SGB VIII (einschl. Hilfen für j. Vollj.); Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII in einer Einrichtung	85.286	88.877	98.691	113.618	114.135
Gesamt	153.098	158.700	170.192	187.738	190.006

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

4. Wie hoch ist der Anteil der Kinder, bei denen die Inobhutnahmen vor dem Erwachsenenalter enden (bitte für den Zeitraum von 2013 bis 2017 und nach Mädchen und Jungen aufschlüsseln)?

Inobhutnahmen sind gemäß § 42 SGB VIII ausschließlich für Minderjährige zulässig. Entsprechend sind sämtliche dieser Maßnahmen vor dem Erreichen der Volljährigkeit zu beenden.

5. Wie hoch war der Anteil von Mädchen und Jungen bei der Inobhutnahme? Wie waren deren späteren beruflichen Qualifikationen (bitte über den Zeitraum von 2013 bis 2017 aufschlüsseln)?

Bezüglich der Geschlechterverteilung im Jahr 2017 wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Die entsprechenden Angaben der Jahre 2013 bis 2016 sind der nachfolgenden Tabelle 3 zu entnehmen. Tabelle 3: Anzahl der Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII nach Geschlecht der Minderjährigen (Deutschland; 2013 bis 2016; Angaben absolut)

	2013	2014	2015	2016
Männlich	22.188	27.375	55.114	60.359
Weiblich	19.935	20.684	22.531	23.871

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Zur späteren beruflichen Qualifikation der betroffenen jungen Menschen liegen keine Informationen vor.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 18. Januar 2019 übermittelt. Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

7.2.2 Drittes Geschlecht

(24.06.2019)

Deutscher Bundestag Drucksache 19/8716

19. Wahlperiode 25.03.2019

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt, Frank Pasemann, Thomas Ehrhorn und der Fraktion der AfD

– Drucksache 19/8199 –

Kosten und Umsetzung Drittes Geschlecht

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

Die Einführung des dritten Geschlechtes hat nach Ansicht der Fragesteller umfassende gesellschaftliche Änderungen zur Folge, erzeugt Aufwand und Kosten und wirft in direkter Folge darüber hinaus Probleme bzw. Fragen auf. So soll beispielsweise gemäß § 15 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) das Minderheitsgeschlecht im Betriebsratsgremium mindestens so stark vertreten sein wie in der Belegschaft. Bislang war das Minderheitsgeschlecht stets entweder Mann oder Frau. Nach Ansicht der Fragesteller hat ein drittes Geschlecht Auswirkungen auf die Frauenquote, da es sich um eine Geschlechterquote handelt.

V o r b e m e r k u n g d e r B u n d e s r e g i e r u n g

In Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 (1 BvR 2019/16) wurde mit dem Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben eine zusätzliche Eintragungsmöglichkeit für Personen eingeführt, die eine Variante der Geschlechtsentwicklung aufweisen. Diese Menschen, bei denen die Geschlechtschromosomen, das Genitale oder die Gonaden inkongruent sind, können nach Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung oder bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 45b Absatz 3 Satz 2 des Personenstandsgesetzes (PStG), die dies bestätigt, auch den Geschlechtseintrag „divers“ wählen. Es handelt sich dabei um eine Sammelbezeichnung für die vielfältigen Varianten der Geschlechtsentwicklung, die weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können.

1. Mit welchen Folgen bzw. notwendigen Maßnahmen rechnet die Bundesregierung durch die Einführung des dritten Geschlechts (beispielsweise Änderungen von Formularen, Softwareumstellungen u. a. bei Behörden, Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern etc., bitte auflisten)?

2. Bei welchen Maßnahmen (siehe Frage 1) entstehen nach Kenntnis bzw. nach Einschätzung der Bundesregierung in welcher Höhe Kosten durch die Einführung von „divers“, und durch wen werden sie in welcher Höhe getragen (bitte tabellarisch auflisten)?

3. Falls dem Bund Kosten entstehen, aus welchen Positionen des Bundeshaushaltes werden die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Ob und in welchem Umfang weitere Änderungsmaßnahmen durch die Einführung der weiteren

Eintragungsmöglichkeit erforderlich sind, wird derzeit geprüft. Angaben zu möglichen Kosten können derzeit nicht gemacht werden.

4. Plant die Bundesregierung neben der bereits Gesetz gewordenen Quote für Frauen (1. Mai 2015: Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen – FüPoG) eine Quotierung für Diverse?

Die Bundesregierung plant kein Gesetz, das eine Quote für Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ vorsieht.

5. Plant die Bundesregierung eine Änderung des BetrVG, und nach welchen Vorgaben, und in welchem Zeitraum soll die Einführung weiterer Geschlechter, bezeichnet als „divers“, in den Unternehmen umgesetzt werden?

Die Bundesregierung plant hierzu keine Änderung des BetrVG.

6. Ist geplant, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Namen um Männer und Diverse zu erweitern, um das ganze Spektrum abzubilden?

Für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist keine Namensänderung geplant. Die Geschäftsordnung der Bundesregierung und die gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien sehen keine Regelung vor, nach der ein Bundesministerium jeden Aspekt des Geschäftsbereichs im Namen abbilden muss.

7. Was genau verspricht sich die Bundesregierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durch die – aus Sicht der Antragsteller – Überbetonung der sexuellen Identität, wie z. B. durch Genderlehrstühle, einschlägige Broschüren (in Kitas schminken und Jungen Nägel lackieren, wie in der „Ene-mene-mu und raus bist du“ – Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung,

www.amadeuantonio-stiftung.de/aktuelles/2018/ungleichwertigkeit-und-fruehkindlichepaedagogik/?fbclid=IwAR13WZRN67cnrqRQAejr5mK18UjdpF9CLTkxry1a67Bo01zxcWpGlnC2dGA),

Frauenquoten

(www.bmfsfj.de/blob/83292/d74011edcb2b04cbf9bc313ad5c2c8f8/gesetzentwurf-frauenquote-data.pdf),

Drittes Geschlecht

(www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-095.html), Sexkoffer an Kitas (www.forum augsburg.de/s_6kultur/Religion/141203_besorgte-eltern-3/flyer-2014-besorgteeltern-augsburg.pdf),

Aufklärungsbroschüren an Kitas

(www.lzg-rlp.de/de/materialien-zur-sexualpaedagogik.html),

Frauenbeauftragte

(www.vernetzungs stelle.de/?B7064A7C01C4045107BD56E54E8B700E),

KiKa-Sendungen zur Frühsexualisierung

(www.zdf.de/kinder/logo/es-drittes-geschlecht-100.html)

oder „Schlau“-Projekte von queer an Schulen

(www.queer.de/detail.php? article_id=26138))?

Soweit die aufgelisteten Projekte in die Zuständigkeit der Länder fallen, werden sie von der Bundesregierung nicht kommentiert. Dies gilt ebenso für die zitierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sowie für sonstige Maßnahmen, die keinen Bezug zu geförderten Maßnahmen der Bundesregierung aufweisen. Soweit auf die Veröffentlichungen von der Bundesregierung geförderter Träger verwiesen wird, stellen diese keine Meinungsäußerung der Bundesregierung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Aus diesen Gründen erfolgt keine Wertung bezüglich der Inhalte der Publikation durch die Bundesregierung. Die aufgezählten Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung fallen, resultieren aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Staates in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) für die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu sorgen und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, dass Frauen und Männer ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Ziel ist daher die Beseitigung struktureller Benachteiligungen. Frauen und Männer sollen sich nicht nur theoretisch für ein bestimmtes Lebensmodell entscheiden können – sie sollen auch die gleichen Chancen haben, ihre Wahl zu verwirklichen.

8. Wie viele Diverse gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung? Rechnet die Bundesregierung mit einem signifikanten Anstieg, und wenn ja, warum?

Der Bundesregierung liegen keine gesicherten Erkenntnisse zur Zahl der intersexuellen Menschen in Deutschland vor, die seit dem 22. Dezember 2018 den Geschlechtseintrag „divers“ gewählt haben. In seiner Entscheidung vom 10. Oktober 2017 ist das Bundesverfassungsgericht davon ausgegangen, dass in Deutschland rund 160 000 Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung leben. Wie viele dieser Menschen eine Änderungserklärung anstreben, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

7.2.3 Männerhäuser und Gewalt gegen Männer

(26.02.2019)

Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode 27.02.2019

Drucksache 19/8053

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Thomas Ehrhorn, Frank Pasemann, Johannes Huber und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/7635 -

Gewalt gegen Männer und Männerhäuser

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

Viele Männer werden tagtäglich Opfer von Gewalt. Es muss dabei nach Gewalt zwischen Männern und Gewalt von Frauen gegenüber Männern unterschieden werden. Häusliche Gewalt von Frauen gegenüber Männern läuft, im Vergleich zur Gewalt von Männern gegenüber Frauen, meist diffiziler ab. Verbale, psychische und sexuelle Gewalt überwiegen körperliche Gewalt und gehen dieser voraus. Jürgen Gemünden fasst in seinem Buch „Gewalt gegen Männer in heterosexuellen Intimpartnerschaften“ von 1996, alle damals bekannten Studien zusammen. Diese weisen einen unerwartet hohen Anteil der Männer von 20 bis 50 Prozent aus, die der Gewalt ihrer Frauen ausgesetzt sind. Ein Mann der öffentlich zugibt, von seiner Frau geschlagen zu werden oder anderen Formen häuslicher Gewalt ausgesetzt ist, wird jedoch immer noch gesellschaftlich der Lächerlichkeit ausgesetzt und hat kaum Rückzugsmöglichkeiten. In der öffentlichen Wahrnehmung wird dieses Thema kaum diskutiert und stellt ein Tabuthema dar (www.focus.de/familie/im-oeffentlichen-bewusstsein-ist-der-mannder-starke-zufluchtsorte-fuer-maennliche-opfer-haeuslicher-gewalt-bleiben-eineseltenheit_id_8989550.html;

https://ze.tt/haeusliche-gewalt-gegen-maennerkaum-thematisiert-und-doch-praesent/).

Umgekehrt jedoch, beginnend mit der erstmals 1935 stattgefundenen Weltfrauenkonferenz, der 1975, 1980, 1985 und 1995 stattgefundenen UN-Weltfrauenkonferenz und der Istanbul-Konferenz 2011 und 2017, ist die Gewalt gegen Frauen durch Männer kein tabuisiertes Thema mehr und wird gebührend behandelt. Laut einer Studie des Robert-Koch-Institutes (https://edoc.rki.de/handle/176904/1504) überwiegen jedoch häusliche Gewalttaten durch Frauen gegenüber Männern. Weitere Gruppen von Männern sind Gefahrensituationen in Asylunterkünften ausgesetzt und bedürfen explizit Schutz. Nur geht hier die Gefährdung nicht von Frauen sondern von Männern aus. Männliche Christen, Homosexuelle, männliche Jugendliche und Kinder, ja selbst feminin wirkende erwachsene Männer erleiden physische und psychische Gewalttaten von anderen Männern oder kulturfremden Gruppen. (www.br.de/nachrichten/bayern/asylheim-fuer-homosexuelle, 64u32chn64vk2ctm74u38c9q6gr3g).

Selbst der Kindesmissbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes Wilhelm Rörig, spricht das Problem bei Jungen in Asylheimen an (siehe www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-warnung-vor-sexueller-gewaltin-asylheimen-a-1055435.html).
Dabei gehen die Gewalttaten sogar bis zum Mord (www.maz-online.de/Brandenburg/Gewalt-in-Fluechtlingsheimen-nimmt-zu, www.lvz.de/Region/Borna/Haeusliche-Gewalt-Kreis-unterbreitet-Hilfsangebote-in-Asylheimen).
Christen stechen aus der Gruppe gefährdeter Männer besonders hervor (www.evangelisch.de/inhalte/134327/09-05-2016/organisationen-gewalt-gegen-christenasylheimen-wird-ignoriert).

1. Wie viele Männerschutzhäuser, Männerschutzwohnungen oder ähnliche Schutzeinrichtungen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland, und seit wann?
Die Bundesregierung hat Kenntnis von bundesweit fünf Einrichtungen, die

schutzsuchenden Männern zur Verfügung stehen. Im Freistaat Sachsen existieren drei Wohnungen - je eine in Leipzig, Dresden und Plauen. In Oldenburg wird durch eine private Initiative eine Wohnung unterhalten. In Stuttgart existiert ebenfalls eine Wohnung. Das Datum der jeweiligen Errichtung ist der Bundesregierung nicht bekannt - die Zuständigkeit für Hilfe- und Schutzeinrichtungen liegt bei den Ländern und Kommunen.

2. Aus welchen Altersgruppen (bis 21 Jahre, 21 bis 45 Jahre, 55 Jahre und älter) stammen nach Kenntnis der Bundesregierung die Männer prozentual, welche Gewalt von Frauen erfahren?

Das Bundeskriminalamt hat die Kriminalstatistische Auswertung 2017 „Partnerschaftsgewalt“ mit Datum vom 20. November 2018 auf seiner Webseite veröffentlicht. Demnach waren in 2017 von den 138 893 Opfern von Partnerschaftsgewalt 24 928 Männer als Opfer polizeilich bekannt (das entspricht einem Anteil von 17,9 Prozent). In den zugehörigen Tabellenanhängen des Berichts sind Aussagen zu Geschlecht sowie Altersklassen der Opfer und Tatverdächtigen ausgewiesen.

3. Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für schutzsuchende Männer zur Hilfesuche bei Männerhäusern?

Die Zuständigkeit für Hilfe- und Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Männer liegt bei den Ländern und Kommunen. Erkenntnisse für die Gründe für schutzsuchende Männer zur Hilfesuche bei Männerhäusern liegen nicht vor.

4. Ist der Bundesregierung das Problem der Gewalt von Frauen gegen Männer und Jungen bekannt, und wenn ja, existiert ein Lösungskonzept?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

Darüber hinaus liegen Erkenntnisse aus der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beauftragten Pilotstudie „Gewalt gegen Männer“ zu den Gewalterfahrungen von Männern aus dem Jahr 2004 vor. Repräsentative Daten zum Umfang männlicher Gewaltbetroffenheit liegen bislang nicht vor. Die Bundesregierung prüft, entsprechende Daten zu erheben. Diese könnten dann Grundlage weiterer Handlungsoptionen sein.

5. Ist der Bundesregierung das Problem von Gewalt durch Männer an Männern in Asylunterkünften bekannt, und welche Maßnahmen plant sie zum Schutz männlicher Christen oder anderer religiöser Minderheiten, Homosexueller und sonstiger gefährdeter Männer und Jugendlicher in Asylheimen?

Das BMFSFJ startete mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und weiteren Partnern im Frühjahr 2016 die Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften.

Als Ergebnis ihrer Arbeit haben die Mitglieder der Initiative im Juli 2016 erstmals bundesweit einheitliche „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften“ veröffentlicht. Die Mindeststandards wurden 2017 und 2018 überarbeitet und ergänzt. Ziel ist die Sicherstellung von Schutz und Unterstützung aller geflüchteten Menschen in diesen Unterkünften. Diesem Anliegen trägt der neue Titel

„Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ Rechnung.

Darin inbegriffen sind, die aufgrund von Alter, Geschlecht oder Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderungen, Religionszugehörigkeit, ethnischer, nationaler oder sozialer Herkunft, politischer Überzeugung, ihres Gesundheitszustands oder eines sonstigen Status besonders schutzbedürftig sind. Um die Mindeststandards in der Praxis zu erproben, förderte das BMFSFJ bis Ende 2018 100 Stellen für die Gewaltschutzkoordination in Flüchtlingsunterkünften. Bis 2020 ist zudem geplant, dass eine Servicestelle die Bundesinitiative begleitet und für Fragen zur Umsetzung von Schutzkonzepten zur Verfügung steht. Damit werden Vernetzung und Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Partnerorganisationen, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V., sowie den für Unterbringung und Versorgung zuständigen Landesund kommunalen Behörden, sichergestellt.

Die Mustervereinbarung zwischen Bund und Ländern, die zur Errichtung von AnkER-Zentren erarbeitet wurde, sieht vor, dass einrichtungsbezogene Schutzkonzepte vorliegen, die den „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ entsprechen.

Zuständig für die Gewaltschutzkoordinierung bei der Unterbringung geflüchteter Menschen sind jedoch die Länder.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 26. Februar 2019 übermittelt. Die Drucksache enthält zusätzlich - in kleinerer Schrifttype - den Fragetext.

7.2.4 Mittelverwendung Amadeu-Antonio-Stiftung

(gestellt am 08.11.2019)

Deutscher Bundestag Drucksache 19/1583919. Wahlperiode 11.12.2019

Antwort der B**u**ndesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Frank Pasemann, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/15458 -

Mittelverwendung der Amadeu Antonio Stiftung

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

Die Amadeu Antonio Stiftung wird seit Jahren seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Fördermitteln unterstützt (vgl. Schriftliche Frage 151 an die Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 19/7585). Sie ist als gemeinnützig eingestuft und berechtigt, neben Spenden auch Bußgelder von Verurteilten in Empfang zu nehmen (www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/11/satzung_amad eu_antonio_stiftung.pdf).

1. Wie viele Fördermittel erhielt die Stiftung im Jahr 2019, und wie viele Mittel sind im Jahr 2020 vorgesehen?

2. Aus welchen Positionen des Bundeshaushaltes werden die notwendigen
Finanzmittel zur Verfügung gestellt?
Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.
Zur Höhe der in 2019 von der Amadeu-Antonio-Stiftung erhaltenen Fördermittel aus den Haushaltstiteln 0635 68 402 und 1702 68 404 können zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben gemacht werden, da das Haushaltsjahr noch nicht abgeschlossen ist.
Für das Jahr 2020 können zu diesen Haushaltstiteln ebenfalls noch keine Angaben gemacht werden, da noch kein abschließender Zuwendungsbescheid erlassen worden ist. Im Übrigen wird auf die Anlage verwiesen.

3. Wie erfolgt die Evaluation der Mittelverwendung?
Bei allen Projekten findet eine Erfolgskontrolle statt. Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14537 verwiesen.

4. Wofür wurden die Zuwendungen des Bundes seitens der Stiftung eingesetzt (bitte nach Projekten und zugehörigen Mittel seit 2015 aufschlüsseln)?
Für die Jahre 2015 bis 2018 wird auf die Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14537 verwiesen. Für das Jahr 2019 wird
auf die Antwort zu Fragen 1 und 2 verwiesen.

5. Liegen der Bundesregierung ein vollständiger Rechenschaftsbericht der Stiftung sowie eine Vorhabenliste für 2020 vor?
Der Bundesregierung liegt kein aktueller Rechenschaftsbericht der Amadeu Antonio Stiftung vor. Für 2020 liegen Anträge der Stiftung vor, die sich derzeit in der Prüfung befinden.

6. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bußgelder der Amadeu Antonio Stiftung im Zeitraum von 2015 bis 2018 zugeflossen sind (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

7.2.5 Zuschüsse für laufende Träger (Männer-, Frauen-, Familienverbände)

(10.12.2019)

Deutscher Bundestag Wahlperiode 11.12.2019

Drucksache 19/1583819

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Frank Pasemann, Marianna Harder-Kühnel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

– Drucksache 19/15459 –

Zuschüsse und Leistungen für laufende Träger und für Aufgaben der Familienpolitik

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2020 (Bundestagsdrucksache 19/11800) sind im Titel 17 auf Seite 37 die unter 684 21-290 benannten „Zuschüsse für Träger und für Aufgaben der Familienpolitik“ enthalten. Die Zuwendungssumme sinkt von 2018 mit 51.359.000 Euro auf 16.511.000 Euro im Haushaltsentwurf 2020. Begünstigte sind laut des Entwurfs bundesweit nur zwei Vereine: „Deutsche AG für Jugend- und Eheberatung“ und „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“ (VAMV). Viele, nach Ansicht der Fragesteller maßgebliche Vereine, wie die „Interessensgemeinschaft Jungen, Männer und Väter“ Väterbewegung Köln, „Interessenverband Unterhalt und Familienrecht“ (ISUV), „Trennungsväter e. V.“ erhalten jedoch keine Unterstützung. Verbände wie der „Deutsche Familienverband e. V., „Elternrechte e. V.“, „Forum Soziale Inklusion e. V.“ etc. sind ebenfalls nicht auf der Zuwendungsliste.

1. Wer sind ganz konkret die im vorgenannten Haushaltstitel aufgeführten Träger? Wie verteilen sich die Gelder auf die Träger (bitte aufschlüsseln)? Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V. Berlin (VAMV) erhält im Haushalt 2020 Bundesmittel im Wege der institutionellen Förderung in Höhe von 377 T Euro. Die Deutsche AG für Jugend- und Eheberatung e. V. erhält im Haushalt 2020 Bundesmittel im Wege der institutionellen Förderung in Höhe von 342 T Euro.

2. Was qualifiziert nach Kenntnis der Bundesregierung die Vereine „Deutsche AG für Jugend- und Eheberatung“ und „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“ vor anderen Vereinen, wenn nur diese im Entwurf des Bundeshaushaltes 2020 als Begünstigte für die in der Vorbemerkung der Bundesregierung genannten Zuschüsse aufgeführt werden?

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V. Berlin und die Deutsche AG für Jugend- und Eheberatung e. V. sind institutionell geförderte Träger des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie werden allein aus diesem Grund im Bundeshaushalt namentlich aufgeführt.

Kommentar:

Hintergrund der Kleinen Anfrage ist die Tatsache, dass sich die Familienpolitik zunehmend einseitig zu einer reinen Frauenpolitik wandelt. Die Förderung von Frauen und Mädchen bis hin zur Gewaltprävention, ist ohne jeden Zweifel generell positiv zu bewerten. Jedoch darf dies keine Dimension annehmen, welche die Probleme von Männern unberücksichtigt lässt, diese eventuell sogar benachteiligt oder diskriminiert. Auch erfordert eine besonnene Familienpolitik ein hohes Augenmaß, welches fördert ohne zu spalten und alle Seiten gleichermaßen im Auge behält. Dies gelingt nicht, wenn nur überwiegend feministische orientierte Interessenverbände finanziell unterstützt werden, egal, welcher Name in deren Briefköpfen steht. So gibt es einen finanziell geförderten Frauenrat aber keinen Männerrat. In der CDU gibt es eine Frauenunion, aber keine Männerunion. Es gibt (bis auf wenige Ausnahme) nur weibliche Gleichstellungsbeauftragte, aber keine Männer. Diese dürfen noch nicht mal gewählt werden oder selbst wählen. Es gibt Kampagnen mit Namen wie „Frauen können alles“ aber nichts Vergleichbares für Männer usw. Die Liste kann endlos weitergeführt werden und die Einseitigkeit trägt Früchte. Bei den benachteiligten 1,5 Millionen Alleinerziehenden denken die meisten beispielsweise nur an Frauen und nur wenige Menschen an Männer. Nur den Wenigsten ist klar, dass die ehemaligen Partner ebenfalls 1,5 Millionen Elternteile darstellen, bei denen die Kinder nur nicht behördlich gemeldet sind. Destatis (Bundesamt für Statistik) erfasst zum Beispiel bei getrennt Erziehenden nur die Mütter, nicht aber die Väter. Nichtsdestotrotz sind diese in beiden Gruppen, zu

10%, 30% oder gar zur Hälfte und mehr, mit der Kinderbetreuung beschäftigt, sind finanziell oder/und zeitlich bei ihren Kindern engagiert. Auch wenn sie aus verschiedensten Gründen nicht aktiv sind, bleiben sie bis an ihr Lebensende Vater oder Mutter. Eine gesunde Familienpolitik dürfte also nicht nach Geschlechtern unterscheiden und schon gar nicht sich einseitig bevorzugend ausrichten.

7.2.6 Verbesserung der Ausstattung von Jugendämtern

(11.12.2019)

Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode 11.12.2019

Drucksache 19/15837

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Frank Pasemann, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/15460 -

Verbesserung der Ausstattung von Jugendämtern

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

In der bundesweit angelegten Studie „Zur Situation des ASD im Jugendamt: Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen “ (ASD = Allgemeiner Sozialer Dienst) vom 8. November 2018 wird festgestellt, dass nur 6,5 Prozent der Jugendämter bedarfsgerechte Maßnahmen anbieten können. 29 Prozent der Jugendämter geben an, dass geeignete Träger fehlen und 54 Prozent haben kein Geld für die erforderlichen Maßnahmen (vgl. www.docplayer.org/11064 7205-Zur-situation-des-asd-im-jugendamt-soziale-arbeit-in-strukturellen-zwaengen.html, S. 8).

1. Sind der Bundesregierung die in der in der Vorbemerkung der Fragesteller benannten Studie geschilderten Probleme bekannt, und wenn ja, seit wann?

2. Sind gegensteuernde Maßnahmen seitens der Bundesregierung geplant, und wenn ja, welche, und ab wann sollen diese greifen?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei den in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage dargestellten Ergebnissen, handelt es sich um unzureichend erläuterte und eingeordnete Teilausschnitte einer 2018 erschienenen Studie der Hochschule Koblenz: „Beckmann, K./Ehlting, T./Klaes, S., Berufliche Realität im Jugendamt. Der ASD in strukturellen Zwängen, Freiburg im Breisgau 2018 (Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit Bd. 01). “

Diese Untersuchung hat bei Erscheinen Aufsehen erregt und ist bis heute in der Diskussion um die Personalausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) präsent. Auch die Bundesregierung war bereits mehrfach mit dieser Untersuchung befasst (z. B. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/3011).
Die seitens der Fragesteller angeführten Ergebnisse werden nicht korrekt dargestellt. So hat die Studie keinesfalls festgestellt, dass nur 6,5 Prozent der Jugendämter bedarfsgerechte

Maßnahmen anbieten können. Ein Ergebnis der Studie war vielmehr, dass 6,5 Prozent aller befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgender Aussage uneingeschränkt zugestimmt haben: „Mir ist es möglich, immer bedarfsgerechte Maßnahmen anzubieten“ 62 Prozent der Befragten stimmten der Aussage eingeschränkt zu.

Die Bundesregierung verweist im Übrigen auf die Antwort zu den Fragen 3 bis 5 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/3011.

Zum aktuellen Stand des Dialogprozesses „Mitreden - Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ teilt die Bundesregierung mit, dass dieser mit einer Abschlusskonferenz am 10. Dezember 2019 beendet wird.

Auf Grundlage der im Prozess gewonnenen Erkenntnisse wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Gesetzesinitiative zur Modernisierung des SGB VIII einleiten.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 10. Dezember 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich - in kleinerer Schrifttype - den Fragetext.

Kommentar:

Davon ausgehend, dass die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter von Jugendämtern bestrebt ist, optimale Jugendhilfe zu leisten und dies auch tut, stellte sich die Frage, warum dennoch sehr viel Kritik geäußert wird. Die Antwort ist: Die Ursachen sind strukturell bedingt. Einerseits existiert ein stetig wachsendes Geschäftsfeld, mit einem Umfang von inzwischen über 50 Milliarden Euro (zum Vergleich der Wissenschafts- und Forschungsetat = 17 Milliarden) und andererseits hinkt die Ausstattung dem Wachstum dieser „Branche“ immer hinterher. Doch wo ist die Grenze dieses Prozesses und was wird unternommen, um wieder zu einem Land mit gesunden Familien zurückzukommen?

7.2.7 Alleinerziehende und Zwangsmaßnahmen des Jugendamtes

(10.12.2019)

Deutscher Bundestag - 19. Wahlperiode 30.12.2019

Drucksache 19/16246

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Frank Pasemann, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/15758 -

Alleinerziehende und vorläufige Zwangsmaßnahmen des Jugendamts

V o r b e m e r k u n g d e r F r a g e s t e l l e r

Alleinerziehende sind in Deutschland häufiger von Armut betroffen als Haushalte mit Mutter und Vater (www.bpb.de/apuz/252655/armutsrisiko-alleinerziehend?p=all#footnode2-2). Dies kann nach Ansicht der Fragesteller zu weiteren Problemen führen. So geht aus einer Statistik des Statistischen Bundesamts hervor, dass im Jahr 2018 vor vorläufigen Schutzmaßnahmen

11.903 Kinder bei einem alleinerziehenden Elternteil gelebt haben, während 11.418 davor bei den Eltern und 7.045 bei einem Elternteil mit neuem Partner lebten

(www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/vorlaeufige-schutzmassnahmen-5225203187004.pdf?__blob=publicationFile, S. 42).

Der Anteil an Kindern, die in eine Schutzmaßnahme kommen und davor ein alleinerziehendes Elternteil hatten, ist nach Ansicht der Fragesteller also deutlich höher als der gesamtgesellschaftliche Anteil von Alleinerziehenden im Jahr 2018 von ca. 20 Prozent (www.destatis.de/DE/Themen/GesellschaftUmwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/2-8-lr-familien.html).

1. Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Geschlechter

der alleinerziehenden Eltern, deren Kinder in Schutzmaßnahmen kommen (bitte nach Jahren seit 2014 auflisten)?

2. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Geschlechter der Kinder verteilt, die einer vorläufigen Schutzmaßnahme unterzogen wurden und aus einer Familie mit einem alleinerziehenden Elternteil stammen?

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund bezogen auf die Fragen 1 und 2?

Die Fragen 1, 2 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Daten im Sinne der Fragestellungen vor. Im

Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden hinsichtlich der vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen bzw. Inobhutnahmen keine Daten zu der Situation in der Herkunftsfamilie oder deren Familienstatus erhoben. In der Folge kann in diesem Kontext auch die Gruppe der Alleinerziehenden nicht differenziert betrachtet werden.

3. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für den höheren Anteil der Alleinerziehenden, welche von Armut betroffen sind?

a) Was plant die Bundesregierung gegen das erhöhte Armutsrisiko zu tun?

Die Fragen 3 und 3a werden gemeinsam beantwortet.

Zur Beantwortung wird auf die Antworten zu den Fragen 3 und 1 auf Bundestagsdrucksache 19/10561 verwiesen.

b) Könnte nach Meinung der Bundesregierung, bezugnehmend auf den in der Vorbemerkung der Fragesteller verlinkten Bericht (www.bpb.de/apuz/252655/armutsrisiko-alleinerziehend?p=all#footnode2-2), nachdem die Familienform „Alleinerziehend“ statistisch besonders armutsgefährdet ist und juristisch die Praktizierung des Wechselmodells keinen Alleinerziehendenstatus darstellt, die Einführung des Wechselmodells in der Erziehung Abhilfe in Bezug auf das Armutsrisiko der Kinder und Elternteile schaffen?

In der amtlichen Statistik gilt als alleinerziehend, wer allein mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt lebt.

Auch beim Wechselmodell darf das Kind nur bei einem Elternteil gemeldet sein. Daher werden auch einer der beiden Elternteile, die sich die Betreuung paritätisch teilen, statistisch als Alleinerziehende erfasst. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen Betreuungsmodell nach Trennung und Scheidung und Armutsrisiko vor. Zur Bekämpfung von Armut wird auf die Antwort zu Frage 3a verwiesen.

7.3 Anträge

7.3.1 Gutachten für Jugendamt vereinheitlichen

(22.05.2019)

Abgeordnete Nicole Höchst (AfD)

Deutscher Bundestag ‑ 19. Wahlperiode ‑ 67 ‑ Drucksache 19/9360, Frage 93

Plant die Bundesregierung für Gutachter und Sachverständige bei Inobhutnahmen durch Jugendämter eine bundesweit einheitliche Vorschrift bzw. Vorgehensweise für ihre Bewertung und Begutachtung?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 29. März 2019

Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode haben CDU, CSU und SPD vereinbart, die Kinder- und Jugendhilfe auf Basis des in der letzten Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiterzuentwickeln. Auf Grundlage dieser Vereinbarung hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im November 2018 einen breiten Beteiligungsprozess zur Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe mit relevanten Akteuren aus Wissenschaft und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe, der Gesundheitshilfe und den Ländern und Kommunen begonnen. Der Prozess sieht vor, auch Erfahrungen von Beteiligten und Betroffenen mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familiengerichtsbarkeit zu sammeln und systematisch auszuwerten. Die Auswertung wird mit Blick auf systemische und strukturelle Veränderungsbedarfe in das weitere Verfahren mit aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe steht insbesondere auch ein besserer Kinderschutz. Dabei werden auch etwaige Verbesserungsbedarfe im Bereich der Inobhutnahme mit in den Blick genommen werden.

Nach Beendigung des Dialog- und Beteiligungsprozesses Ende 2019 werden die gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet und anschließend im Rahmen einer Gesetzesinitiative aufgegriffen.

7.3.2 Ablehnung Antrag statistische Erfassung von Abweisungen an Frauenhäusern

(25. August 2019, erstellt 21.10.2018)

Deutscher Bundestag -19. Wahlperiode 25.10.2019

Drucksache 19/14497

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(13. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Mariana Iris HarderKühnel, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/5045 -

Erhebung von Daten zur statistischen Erfassung von Abweisungen an Frauenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Mariana Iris HarderKühnel, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

- Drucksache 19/5046 -

Erhebung von Daten zur statistischen Erfassung von Beschneidungen von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass die Situation an deutschen Frauenhäusern im Jahr 2017 eine besorgniserregende Dimension angenommen habe. Der Dachverband „ Frauenhauskoordinierung “, zu deren Mitgliedern etwa der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. sowie der Bundesverband Deutscher Caritasverband e. V. zählten, warne in einem offenen Brief vor unhaltbaren Zuständen im Hinblick auf die Aufnahmesituation in deutschen Frauenhäusern und konstatiere eine drastische Verschlechterung der bundesweiten Versorgungssituation von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern. Die Anzahl von Abweisungen schutzsuchender Frauen an deutschen Frauenhäusern steige seit 2012 stetig.

Auf Anfrage habe die Bundesregierung erklärt, dass diesbezüglich keine systematische Datenerhebung stattfinde. Es sei daher nicht bekannt, wie viele Frauen an deutschen Frauenhäusern und warum sie abgewiesen würden. Weiterhin lägen keine Daten darüber vor, wie alt die abgewiesenen Frauen seien, wie hoch die Anzahl der betroffenen Kinder sei, ob ein Migrationshintergrund vorliege oder wie hoch der Anteil asylsuchender Frauen sei. Zu Buchstabe b In ihrem Antrag weist die antragstellende Fraktion einleitend darauf hin, dass die Anzahl beschnittener Frauen in Deutschland ständig ansteige. Darüber hinaus stünden Beschneidungen seit 2013 gemäß § 226a StGB als Verbrechen unter Strafe. Auf Anfrage habe die Bundesregierung erklärt, dass in den Jahren 2014 bis 2016 in der polizeilichen Kriminalstatistik keine Beschneidungen registriert worden seien. Der Straftatbestand werde zudem in der Statistik gar nicht dezidiert erfasst. Andererseits habe die Bundesregierung erklärt, dass ca. 48.000 Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen seien. Über das

Verbringen von Mädchen und Frauen in ihre Heimatländer zum Zweck einer straffreien Beschneidung lägen keine Daten vor, obwohl das eine gängige Praxis sei. B. Lösung Zu Buchstabe a Zwar liege die Verantwortung für Frauenhäuser im Verantwortungsbereich der Bundesländer. Entstünden jedoch länderübergreifende Fehlentwicklungen, sei der Bund gefordert, deren Ursachen festzustellen und mit geeigneten Maßnahmen zu korrigieren. Um gezielte und geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, seien zusätzliche Daten zur Kenntnisgewinnung nötig. Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine jährliche Statistik zur Abweisung an Frauenhäusern zu erheben, aus der sich Anzahl und Nationalität der abgewiesenen Frauen und minderjährigen Kinder ergebe. Weiterhin sei zu erfassen, wie viele Frauen wegen Suchterkrankung, fehlender Finanzierung oder fehlender Kapazitäten abgewiesen wurden. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5045 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD. Zu Buchstabe b In ihrem Antrag betont die AfD-Fraktion, dass die Bundesregierung verpflichtet sei, all ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die Zahl der von Beschneidungen betroffenen Mädchen und Frauen statistisch zu erfassen, Wege zur Bestrafung strafbarer Beschneidungen zu entwickeln und eine Aufklärungskampagne zum Schutz vor Beschneidungen zu starten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5046 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Kommentar:

Die Zuständigkeit für Frauenhäuser ist zwar für jedes Frauenhaus über Länder, Kommunen und Träger geregelt, es gibt jedoch keinen verbindlichen Rechtsrahmen, welcher Mindeststandards oder Anzahl der Schutzplätze etc. festlegt. Mit den derzeitigen Regelungen ist es schwierig, die Verpflichtungen der im Antrag genannten Verpflichtungserklärungen der Bundesregierung umzusetzen, wenn diese im nationalen Recht eigentlich gar nicht zuständig ist. Unabhängig davon ist es auch nicht nachvollziehbar, dass baurechtliche Auflagen der Landesbauordnungen für öffentliche Gebäude, wie die Barrierefreiheit, für Frauenhäuser nicht gelten sollen, welche man durchaus auch als öffentliche Gebäude ansehen sollte.

Es stellt sich weiterhin die Frage, wie ernst man es mit Gewaltschutz für Frauen wirklich nimmt, wenn jede zweite Frau wegen Überfüllung von Frauenhäusern oder gar wegen ihrer Behinderung abgewiesen wird. Daher wollten wir zunächst eine fundierte Aussage über Fallzahlen und Fakten.

Der Antrag aus der Drucksache 19/5045 hatte dies zum Inhalt und wurde im Ausschuss von allen Parteien abgewiesen. Zwischen der Erstellung des Antrages und der abschließenden Behandlung im Ausschuss verging exakt ein Jahr. Wir werden sehen, wie viel Zeit der Antrag „Rechtsrahmen schaffen für Frauenhäuser“ benötigt, welcher seinen langen Weg durch die Instanzen vor einigen Monaten begonnen hat.

7.3.3 Vermisste Kinder und Jugendliche bei Jugendämtern

(03. September 2019)

Kommentar:

Jährlich verschwinden in Deutschland über 100.000 Kinder. Die meisten Fälle klären sich innerhalb eines Jahres auf, so dass nur noch ca. 3% als ungeklärte Fälle übrig bleiben. Wie sieht es jedoch mit vermissten Kindern und Jugendlichen aus, welche vom Jugendamt in Obhut genommen wurden? Es verschwinden einheimische Kinder und Jugendliche ebenso, wie unbegleitete ausländische Jugendliche, welche über Flüchtlingsrouten nach Deutschland kommen. Die Fragen, welche sich stellen lauten: In welcher Größenordnung geschieht dies und wer erfasst dies überhaupt? Wer haftet? Durch wen, ob überhaupt und wenn, wie und nach welchen Regeln wird eigentlich das Fluchtrisiko eingeschätzt? Welche Präventionsmaßnahmen resultieren daraus? Wie geht man mit Eltern um, denen man die Kinder entzogen hat und ihnen nun mitteilen muss, dass sie verschwunden sind? Es stellen sich also viele Fragen und der nachfolgende Antrag soll zunächst eine Faktenbasis schaffen.

Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst…. und der Fraktion der AfD

Antrag auf statistische Datenerhebung vermisster Kinder aus Obhut Jugendamt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Immer wieder kommt es vor, dass in Obhut genommene Kinder und Jugendliche sich unerlaubt entfernen und abtauchen. Nicht immer gelingt es, diese wiederzufinden. So wurden zum Beispiel bei Razzien in Berlin vietnamesische Kinder und Jugendliche, welche seit 2012 aus der Obhut der Jugendämter verschwunden waren, teilweise bei Zwangsarbeiten in Nagelstudios aufgefunden. Die Kinder und Jugendlichen werden häufig auch Opfer von Schleuserbanden.

https://www.bz-berlin.de/berlin/lichtenberg/auf-der-suche-nach-den-verschwundenen-kinder-sklaven

Die Bundesregierung teilte in ihrer Antwort (Arbeitsnummer 8/206) mit: Bei der Erfassung von Daten zu vermissten Kindern und Jugendlichen erfolgt keine Auf-schlüsselung nach dem erfragten Merkmal „vermisst aus Obhut der Jugendämter “.

Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. “

II Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. Statistisch nach Nationalität, Alter und Geschlecht zu erfassen, wieviel Kinder und Jugendliche jährlich aus der Inobhutnahme von Jugendämtern verschwinden.

2. Über die Ordnungspolizei hinausgehend, eine Meldepflicht an eine zentrale Meldestelle
gesetzlich zu verankern.

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

7.4 Reden

7.4.1 Internationaler Frauentag

(87. Sitzung, 15.März 2019)

Nicole Höchst (AfD):

Werter Herr Präsident! Werte Kollegen! 2019 - nächster Weltfrauentag, nächste Runde Heuchelei, nächste Runde lauwarmes Anfassen, nächste Runde AfD-Bashing! Heute stellt sich doch die Frage: Brauchen wir den klassischen Feminismus noch? Weg damit! Sie alle - außer der AfD - sind in der Fläche nicht willens und in der Lage, den Elefanten anzusprechen, der im Raume steht. Sie sind nicht willens und in der Lage, die islamische Unterwerfung der Frau deutlich anzuprangern.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Ach nee! - Sönke Rix [SPD]: Haben Sie gerade nicht zugehört, oder was? Sie sollten mal die Ohropax rausnehmen!)

Ganz im Gegenteil dazu fällt diese islamische Besonderheit bei Ihnen unter eine Art Bestandsschutz einer falschen, liberalen Auslegung unseres Grundgesetzes. Sie setzen unter dem Deckmäntelchen von totaler Toleranz

(Sönke Rix [SPD]: Haben Sie der Vorrednerin gerade nicht zugehört?)

und Multikulti-Ekstase Artikel 4 Grundgesetz absolut und akzeptieren unter der Freiheit des Glaubens und ungestörter Religionsausübung stillschweigend, dass Frauen im Islam eben nicht gleichberechtigt sind. Ihre Politik ist untauglich. Wir verzeichnen zum Teil großen zahlenmäßigen Zuwachs im Bereich Kopftuchzwang schon bei jungen Mädchen, Mehrehekinder, Zwangsehen - Cousins und Cousinen heiraten -, religiös und kulturell nicht sanktionierte Gewalt in der Ehe, Genitalverstümmelung und sogenannte Ehrenmorde und Massenvergewaltigung. Sie lassen als Volksvertreter seit Jahrzehnten Frauen, muslimische Frauen, in Deutschland und Deutschland durch Wegsehen und lautes Schweigen im Stich.

(Sönke Rix [SPD]: Die würden Sie ja gar nicht ins Land lassen!)

Diese Frauen und Mädchen in Deutschland hatten Vertrauen in unsere Gesetze und in unseren Staat. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass Sie damit sexistisch, rassistisch und diskriminierend gegenüber den betroffenen Frauen handeln

(Beifall bei der AfD)

und dass Sie Deutschland verraten. Sie alle hier schauen gerne - auch heute - in ferne

Länder und wollen dort die Dinge verbessern. Schauen Sie sich lieber hier in Deutschland um. Recherchieren Sie einmal im Internet „Die Leine des Grauens “. Stellen Sie sich darüber hinaus die Frage, besonders die sogenannten frauenbewegten Politikerinnen unter Ihnen: Wollen Sie das so? Wollen Sie Frauenrechte zurück in die Steinzeitkatapultieren? Echt jetzt?

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das will doch die AfD schon!)

Ja, Vergewaltigung und Mord gab es immer schon in Deutschland. Das galt und gilt es mit aller Härte zu bekämpfen. Das heißt aber auch, dass wir nicht ohne Not zusätzliche Horden

testosterongesteuerter junger Männer aus islamisch geprägten Kulturkreisen en masse importieren und uns mit Messern oder sonst wie abschlachten lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Rassismus!)

Diese Leute sagen - uns zum Hohn- vor deutschen Gerichten aus, dass die vorangegangenen Konflikte in ihrer Kultur eben mit dem Messer gelöst werden. Das können Sie nachlesen.

(Unruhe)

Dafür bekamen und bekommen sie leider noch allzu oft einen strafmildernden Kulturbonus vor deutschen Gerichten. Sie, deutsche Volksvertreter, schützen Sie nicht mehr durch Ihr lautes Schweigen, Ihr Relativieren, Beschönigen, Nicht-wahrhaben-Wollen und Ihr Schattenboxen im Rahmen von - für Sie ungefährlichen - Me-too-Kampagnen unsere Schlächter. Schützen Sie nicht mehr unsere Frauenrechteabschaffer in spe! Und: Schützen Sie unsere Frauen und Mädchen! Schützen Sie Deutschland!

Können Sie überhaupt noch in den Spiegel schauen? Ich appelliere an Sie - noch lauter als im letzten Jahr -:

Hören Sie endlich auf, Busen in Parlamenten zu zählen!
Hören Sie endlich auf, zu feiern und sich dafür feiern zu lassen, dass Sie es Gott sei Dank endlich geschafft haben, die Werbung für straffrei gestellte Tötung von Kindern im Mutterleib zu legalisieren! Schützen Sie endlich wirksam Frauen und Mädchen und Deutschland! Setzen Sie unsere grundgesetzlich verbrieften Rechte mit aller gebotenen Härte und aller gebotenen Konsequenz endlich durch, für alle!

(Beifall bei der AfD)

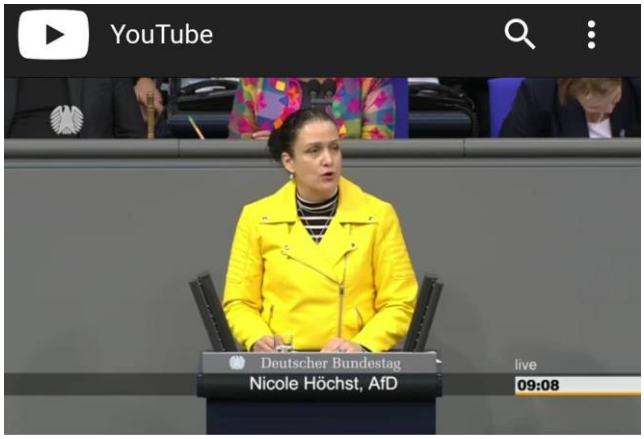
Wahrheit kann in einer Demokratie niemals Hetze sein. Gewalt und gesellschaftliche Spaltung kann nie eine Lösung sein. Es wird allerhöchste Zeit für Frauenpolitik, die den Namen auch verdient hat, Zeit für die AfD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und da wundert sich irgendjemand, dass die für nichts gewählt wird?)

7.4.2 Bundesfreiwilligendienst

(90.Sitzung, 22.03.2019)



"Frau Giffey, Ihnen fehlt der Mut, konsensuale Ausschussempfehlungen durchzusetzen!"

Nicole Höchst (AfD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Frau Ministerin!

Hochverehrte Freiwillige und ehrenamtlich Tätige und alle, die unserer Gesellschaft dienen! Ihnen allen gebührt die größte Dankbarkeit und der vollste Respekt dieses Hauses, ja der gesamten Gesellschaft! Ihr Engagement zeigt, dass es noch viele Menschen in diesem Land gibt, für die gemeinsame Werte nicht nur eine Haltung oder ein Lippenbekenntnis sind.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist von einem überparteilichen Konsens getragen. Er schafft endlich die Möglichkeit, dass auch Menschen unter 27 Jahren Bundesfreiwilligendienst in Teilzeit verrichten können, wenn triftige persönliche Gründe diese Teilzeit erforderlich machen. Er ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, den Zugang zu Freiwilligendiensten für mehr Interessierte zu öffnen, die vorher ausgeschlossen waren. Das finden wir richtig und wichtig.

(Beifall bei der AfD)

Engagement und die bereichernden persönlichen Erfahrungen, die daraus resultieren, dürfen niemals exklusiv sein, dürfen nicht nur dem Teil der Gesellschaft vorbehalten sein, der sich freiwilliges Engagement auch leisten kann. Der Zugang zum Freiwilligendienst für Menschen mit Beeinträchtigung wird erleichtert. Familien werden durch das Teilzeitangebot entlastet. So weit, so gut.

Natürlich gibt es auch Punkte, die wir kritisieren. Allen voran ist die haltungsethisch links-grün dominierte pädagogische Zwangsbegleitung zu nennen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist getragen von einem Misstrauen gegenüber der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt in Vereinen, Institutionen und Elternhäusern. Das ist einer Demokratie, die etwas auf sich hält, unwürdig und erinnert eher an die Ideologieverfestigungsstrategien von Diktaturen.

(Beifall bei der AfD)

Der zweite Vorwurf ist die große verbleibende Restexklusivität. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland kann sich nach wie vor einen Freiwilligendienst nicht leisten. Leider ist also dieser Gesetzentwurf nicht der große Wurf, der er aber hätte sein können; denn im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wurden im Namen aller Fraktionen Empfehlungen und Vorschläge zusammengetragen. Diese wurden durch den Familienausschuss bestätigt und an das Ministerium gesandt. Aber Ihnen fehlt der Mut; Sie greifen die Empfehlungen nicht auf und vertun die Chance, einen großen Schritt für Deutschland zu gehen. Große Schritte werden aber zunehmend wichtig. Wie

die vergangenen Freitage zeigen, brennen viele Jugendliche darauf, sich stärker für ihre Herzensangelegenheiten und Herzensthemen, für ihre Zukunft zu engagieren. Diese jungen Menschen haben das Recht, ernstgenommen zu werden, statt instrumentalisiert und ausgenutzt zu werden.

(Zuruf von der LINKEN: Sie instrumentalisieren!)

Sie haben das Recht darauf, mehr zu sein als politische Schwungmasse, die Schule schwänzt.

(Beifall bei der AfD)

Sie, werte Regierung, haben somit die ehrenvolle Aufgabe, die wichtigen Signale der Jugend aufzugreifen und deren Schrei nach mehr Verantwortungsübernahme für ihre eigene Zukunft zu erhören. Ebnen Sie diesen jungen Menschen legale Wege, welche es ihnen ermöglichen, sich von reinen Forderungen zu einem eigenen, selbstbestimmten Engagement weiterzuentwickeln. Nur gefordert und nicht erhört zu werden, bringt wenig Anerkennung und viel Frust. Wertvolles Engagement in diesem Bereich hingegen erfüllt nicht nur mit dem guten Gefühl, das Richtige zu tun, sondern macht auch wirklich einen Unterschied für unser Land und für unsere Zukunft.

Werte Regierung, finden Sie besonders für die jungen Menschen Möglichkeiten, ihrer Zukunft in den Bereichen zu dienen, die ihnen wichtig sind. Wenn sich in einem Jahr dreimal so viele Menschen für ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr bewerben, als Plätze vorhanden sind, wie das zum Beispiel 2017 der Fall war, ist das ein deutliches Indiz für ein gravierendes Missverhältnis.

(Beifall bei der AfD)

Denken Sie über wichtige zusätzliche Wege nach, einer wesentlich größeren Anzahl junger Menschen den Zugang zu einem wertvollen Dienst an der Gesellschaft, der Natur und der Kultur zu ermöglichen. Ermöglichen Sie ihnen die extrem bereichernde Erfahrung, mit Engagement und Idealismus tatsächlich etwas bewirkt zu haben. Denken wir gemeinsam über die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht für alle, die nicht Mütter sind, nach. Wir halten das für einen guten Beitrag zu einer inklusiven Teilhabe an der Verantwortung für unser Land und für unsere gemeinsame Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

7.4.3 Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (17.Mai.2019)

Nicole Höchst (AfD): Herr Präsident! Werte Kollegen! Hochverehrte Bürger!

Jeder ist in Deutschland frei, zu lieben, wen er will und wie er will, solange es unter Erwachsenen und einvernehmlich geschieht. Liebe Kollegen, lieber Herr Lehmann, Ihr Zetern um angebliche Homo- und Transfeindlichkeit der AfD läuft komplett ins Leere. Homosexuelle werden bei uns ohne viel Getöse Mitglieder, Parlamentarier und Vorsitzende.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD stellt zudem völlig unaufgeregt den ersten transsexuellen Parlamentarier Deutschlands. Das alles sind Tatsachen, die Sie von den Gender- und Gedönsparteien offensichtlich schier wahnsinnig machen.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schaffen dann die Ehe wieder ab!)

Wir von der AfD befeuern mit diesen Menschen im Gegensatz zu Ihnen keine Profilneurosen, sondern leben gesellschaftliche Normalität und respektieren gegenseitig unser Privatleben, wie es alle tun sollten, ohne es ständig ins Rampenlicht zu zerren.

(Beifall bei der AfD)

Haben wir uns gestern mit der großen Errungenschaft der deutschen Politik, dem Grundgesetz, befasst, müssen wir uns heute mit dem Befehl einer der einflussreichsten Lobbygruppen weltweit, der LGBT, an ihren willigen politischen Vollstrecker, die Grünen, auseinandersetzen.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke für die Blumen!)

Dieser Befehl lautet wohl unmissverständlich, dieses großartige Grundgesetz wegen Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit zu ändern. Hier soll nicht etwa Diskriminierung abgeschafft, sondern eine gesellschaftszersetzende Ideologie durchgesetzt werden.

(Beifall bei der AfD – Marianne Schieder [SPD]: Das ist ein Vokabular!)

Damit wollen Sie ganz bestimmte Lebensweisen explizit fördern und andere eben nicht. Homosexualität ist schon lange entkriminalisiert und straffrei gestellt.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So lange auch wieder nicht! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ein Kurzzeitgedächtnis!)

Homosexualität und Transsexualität sind als Ausnahmeerscheinung längst in der Normalität der Gesellschaft angekommen. Es gibt die Ehe für alle

(Sönke Rix [SPD]: Die wollen Sie doch zurücknehmen!)

und den selbst bei Transgendermenschen umstrittenen Geschlechtseintrag „divers“. Aber das ist Ihnen anscheinend noch lange nicht genug.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Die Bürger sollen nun Homosexualität und Transsexualität nicht nur tolerieren; sie sollen sie akzeptieren.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

„Akzeptieren“ – dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet ursprünglich „annehmen, gutheißen“. Und was kommt denn dann als Nächstes? Wird Homo und Transsexualität unter dieser verstrahlten Regierung

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

noch zur Staatsnorm erhoben und somit zur heiligen Pflicht für jeden Bürger?

(Beifall bei der AfD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre üble Hetzerei!)

Das spezialdemokratische Familienministerium stützt diese steile These mit Veröffentlichungen, die unter www.regenbogenportal.de nachzulesen sind: „Mein Kind ist inter*“, „Jung und schwul, lesbisch, bi, pan, a, queer …“ usw.,

(Zuruf des Abg. Sönke Rix [SPD])

ein Bilderbuch, das Drei- und Vierjährigen einbläut, „dass es mehr als zwei Geschlechter gibt“, Vorlesegeschichten, um Gespräche über schwul-lesbische „Liebensweisen“ zu führen – mit Kindern ab fünf!

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was Sie alles lesen!)

Das ist übergriffig, meine Damen und Herren, und das ist schon allein aus erziehungspsychologischer Sicht ein Riesenskandal.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: So ein Schrott! – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Keine Angst vor dem Leben, Frau Höchst! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Gut, dass Sie nicht mehr im Schuldienst sind!)

Das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Familienministerium gehört schon zur Folklore. Für Familien hingegen wird nicht geflaggt, Unterstützung ist auch nicht finanziell spürbar. Gefördert werden dafür mit Inbrunst Organisationen, die irgendeinen „Anti-ismus“ im Namen tragen. Die Liste dieser Organisationen gleicht dabei dem offiziellen Programm einer Antifa-Jugendgruppe.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur Ätzen und Geifern! Sonst gar nix!)

Fazit: Die Genderista dringen mittels dieser steuergeldabsaugenden Helfershelfer

(Lachen bei Abgeordneten der SPD) auf allen Ebenen, mit aller Perfidie und Macht (Ulli Nissen [SPD]: So ein Schrott, den Sie hier reden! – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Gut, dass Sie nicht zum Kuratorium der Hirschfeld-Stiftung gehören!)

in die Köpfe der Menschen vor, so wie einst im autoritären Volkserziehungsapparat der DDR vorgelebt. (Beifall bei der AfD)

Dabei wird so getan, als sei das Geschlecht frei wählbar – jetzt hören Sie mal gut zu! – und als könne

(Zuruf des Abg. Sönke Rix [SPD])

jeden Moment wieder ein weiteres, bislang unbekanntes Geschlecht aus der Hecke hüpfen.

(Marianne Schieder [SPD]: Das ist doch unglaublich, eine solche Rede zu halten!)

Mit Ihren unwissenschaftlichen Lügen über angebliche Vielfalt und Beliebigkeit

(Zuruf des Abg. Sönke Rix [SPD])

legen Sie nicht nur die Axt an die Keimzelle unserer Gesellschaft, die Familien. Nein, Sie verletzen die Würde von Homosexuellen und Transgendermenschen (Beifall der Abg. Beatrix von Storch [AfD]) und zeigen sogar Homophobie und Transphobie in übelster Form. Denn Sie sprechen diesen Menschen ihre Gefühle und die Normalität ihres Seins ab. Aber Gefühle und Sein sind eben nicht frei wählbar.

(Zuruf des Abg. Sönke Rix [SPD])

Diese Menschen haben sehr konkrete Vorstellungen davon, wer sie sind und wen sie lieben, und das ist eben Mann oder Frau und nicht divers.

(Beifall bei der AfD – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So viel Hass! Furchtbar!)

Liebe Bündnisseurinnen 90 der Grüninnen, Sie sind wahrhaft die größten Heuchler der deutschen Politik:

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Hört! Hört! – Zuruf des Abg. Sönke Rix [SPD])

Sie geben vor, Homo- und Transgenderfeindlichkeit zu bekämpfen, und holen gleichzeitig massenhaft die Intolerantesten der Intoleranten, die größten Schwulenhasser zu Tausenden in unser Land. Pfui, wie schäbig!

(Beifall bei der AfD – Cornelia Möhring [DIE LINKE]: Was haben Sie denn genommen?)

Die AfD wird Diskriminierungen und tatsächliche Angriffe auf egal wen, also natürlich auch auf Homosexuelle und Transgender in Deutschland, niemals dulden. Dieses Versprechen ist – allen Verleumdungen zum Trotz – unser Alleinstellungsmerkmal. Nicole Höchst Deutscher Bundestag – 19. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Cornelia Möhring [DIE LINKE]: Meine Güte! – Ulli Nissen [SPD]: Wie gut, dass diese Rede vorbei ist! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da fällt ja so die Maske!).

7.5 Befragung der Bundesregierung

7.5.1 Fehlerquote Jugendamt (85. Sitzung)

(13.März 2019)

Nicole Höchst (AfD):

Vielen Dank für das Wort. - Frau Ministerin, mein Stichwort lautet „Fehlerquote von Jugendämtern“. Diese wird bei der Jugendfürsorge mit bis zu einem Fünftel angesetzt. Man findet sogar Schätzungen, die von einer Fehlerquote von bis zu 25 Prozent ausgehen.

Im Streitfall werden bekanntermaßen Gutachter eingesetzt und hinzugezogen. Jetzt beklagen viele Betroffene, dass diese kein einheitliches Vorgehen vorgeschrieben haben, und ein besonderer Kritikpunkt ist immer wieder die nicht stattfindende Anhörung. Ist der Bundesregierung dieses Problem bekannt? Wie stehen Sie dazu? Planen Sie Maßnahmen, die die bundesweite Vereinheitlichung bewirken und diese Fehlerquote senken? - Danke.

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das Jugendamt erbringt eine Vielzahl von Leistungen. Es wäre schön,

wenn Sie konkretisieren könnten, bei welcher Leistung Sie diese Fehlerquote sehen. Die Zuständigkeit für die Jugendämter obliegt den Ländern und Kommunen. In unsere Zuständigkeit fällt der Rechtsrahmen, das Kinder- und Jugendhilferecht, das Sozialgesetzbuch VIII, das wir im Moment modernisieren. Im Moment findet ein großer Beteiligungsprozess statt, in den sich Fachkollegen, aber auch Betroffene unter www.mitreden-mitgestalten.de einbringen können. Dort finden sie Informationen. Wir sind gerade intensiv in der Diskussion. Es geht um vier große Bereiche: Kinderschutz, Pflegekinderfamilien, sozialräumliche Fragen von Kinder- und Jugendarbeit und Inklusion. All solche Fragen können dort geäußert werden. Ansonsten verweise ich auf die Landes- und kommunale Zuständigkeit für die Jugendämter.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Haben Sie noch eine Nachfrage?

Nicole Höchst (AfD):

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Nicole Höchst (AfD):

Es geht konkret um die Inobhutnahmen, die unberechtigt waren, wie sich im Nachhinein herausstellte. Wir haben schon landes- und kommunalweit herauszufinden versucht, wer dafür zuständig ist. Die Zuständigkeiten gehen immer an die Landräte usw. usf. Die Quintessenz all dieser Gespräche, auch mit Betroffenen, ist, dass es überhaupt gar keine einheitliche Vorgehensweise gibt und dass diese Anhörungen sehr häufig ausfallen. Das nur zur Klarifizierung. Das andere ist: Ich möchte diesen Zeitrahmen für das, was Sie mit „Da ist etwas im Schwunge “ angekündigt haben, etwas konkreter fassen können. Welchen konkreten Zeitrahmen setzen Sie dafür an? - Vielen Dank.

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sie meinen die Modernisierung des Kinder- und Jugendhilferechts?

Nicole Höchst (AfD):

Richtig.

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Wir haben im Kinder- und Jugendhilferecht das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, mit dem schon in der vergangenen Legislatur begonnen wurde. Im November des letzten Jahres haben wir einen neuen Beteiligungsprozess aufgesetzt. Wir werden uns ein Jahr dafür Zeit nehmen und die Ergebnisse - wir haben eine sehr umfangreiche Beteiligung von Praktikern, von Wissenschaftlern, von Menschen, die auch in den Jugendämtern arbeiten - als Basis für das Gesetzgebungsverfahren nutzen. Wie gesagt, da wird das Thema Pflegekinderwesen, aber auch die Frage des Kinderschutzes und Kindeswohls eine ganz wesentliche Rolle spielen. Diese Dinge werden dort auch berücksichtigt. Wir werden dann im nächsten Jahr in das Gesetzgebungsverfahren einsteigen.

7.5.2 Deutsche Schüler in der Minderheit

(15.Mai.19)

Nicole Höchst (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Ministerin Karliczek,
erst vor wenigen Monaten ist eine Neuköllner Grundschule bundesweit durch die Presse gegangen, an der nur noch 1 von 103 eingeschulten Kindern zu Hause Deutsch spricht. Berlin, Frankfurt, Ludwigshafen, Germersheim, Bad Kreuznach - die Rütli-Schule ist quasi überall. Deutsche Schüler sind vielerorts bereits in der Minderheit. Halten Sie diese Entwicklung für unproblematisch? Bitte nennen Sie ganz konkrete Maßnahmen, die die Bundesregierung unternimmt, um unseren Kindern ihre Heimat,

ihre Kultur und ihre angestammte Sprache zu erhalten. -
Vielen Dank.

Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Erst einmal ist es uns wichtig, dass wir jedem Kind in Deutschland eine gute Bildung und eine auf das Kind persönlich zugeschnittene Bildungsperspektive ermöglichen. Es ist uns wichtig, die Kinder in ihrer individuellen Situation hinsichtlich ihrer Kenntnisse der deutschen Sprache und ihres Leistungsstandes abzuholen. Auch das ist eine Frage, mit der wir uns immer wieder auseinandersetzen. Voriges Jahr haben wir ein Programm für leistungsstarke Kinder aufgelegt. Wir wollen uns jetzt auch damit auseinandersetzen: Was können wir tun, um Schulen in sozial schwierigen Regionen zu unterstützen, wo vielleicht die Zusammensetzung oder die Heterogenität der Schülerschaft eine große Herausforderung für die Lehrerschaft ist? Dieses Programm bringen wir zusammen mit den Ländern auf den Weg.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:
Danke sehr. - Nachfrage? - Frau Kollegin.

Nicole Höchst (AfD):

Welche Botschaft hat die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung der offenen Grenzen an die Eltern, deren Kinder überall in Deutschland als Angehörige der deutschen Minderheit in Kitas, auf Schulhöfen, in Klassensälen sprachlich ausgeschlossen, diskriminiert, gemobbt und drangsaliert werden? Was ist Ihr Plan?

Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Ich kann nur noch einmal wiederholen: Wir haben ein Programm für leistungsstarke Kinder aufgelegt. Wir werden jetzt zusammen mit den Ländern ein Programm entwickeln - da sind wir schon auf einem guten Weg -, um auch den Kindern in Schulen, die sich mit einer sehr heterogenen Schülerschaft und Leistungsfähigkeit der Kinder auseinandersetzen müssen, individuelle Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, wie es sich für ein Land wie Deutschland gehört.

7.6 Einzelanfragen an die Bundesregierung

7.6.1 Überdurchschnittliche Einbürgerung

(gestellt am 16.11.2018, beantwortet am 28.11.2018)

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Nicole Höchst vom 16. November 2018

(Monat November 2018, Arbeits-Nr. 11/229 und 11/230)

Fragen

1. Mit welchen Mitteln gedenkt die Bundesregierung die Gefahr überdurchschnittlicher Einbürgerung durch Verkürzung der Wartezeit nach StAG § 10 für das Staatsangehörigkeitsrecht und Familiennachzug zukünftig zu verhindern?

2. Hält die Bundesregierung Prüfungen und Abwägung im Einzelfall für überflüssig, und wenn ja, warum?

Antworten

Zu 1. Die Bundesregierung teilt die Gefahrenprognose der Fragestellerin nicht. Die Einbürgerungszahlen stagnieren seit Jahren auf niedrigem Niveau. Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential lag im Jahr 2017 im Schnitt bei 2,2 %.

Die Einbürgerung setzt grundsätzlich einen achtjährigen rechtmäßigen gewöhnlichen Voraufenthalt in Deutschland voraus (§ 10 Abs. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes - StAG). Diese Voraufenthaltszeiten können sich aufgrund der individuellen Einbürgerungsvoraussetzungen auf sieben bzw. sechs Jahre verkürzen.

Zu 2. Die Bundesregierung hält Prüfungen sowie die Abwägung im Einzelfall nicht für über- flüssig (vgl. § 24 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

7.6.2 Förderprogramme gegen Linksextremismus

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Zertifikat seit 2003
audit berufundfamilie

Stefan Zierke
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages
HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin
TEL +49 (0)30 18555-1120
FAX +49 (0)30 18555-4112
E-MAIL Stefan.Zierke@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 28. Januar 2019

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Nicole Höchst
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Schriftliche Frage an die Bundesregierung
hier: Arbeitsnummer 1/247

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 1/247:

Welche, in Inhalt und Umfang der ‚Ene-Mene-Muh' Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung vergleichbare Kita-Broschüren förderte die Bundesregierung im Themenbereich Linksextremismus seit 2015 (bitte mit Titel, Ersteller und Förderbetrag auflisten)?

Antwort:

Keine.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Zierke

7.6.3 Finanzierung Verbände für Alleinerziehende

(gestellt 01.03.2019, beantwortet am 12.03.2019)

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummer 3/40

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/40:

Mit welchen finanziellen Mitteln förderte die Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2018 den

„Verband alleinerziehender Mütter und Väter" e.V. (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Antwort: Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend regelmäßig durch institutionelle Förderung der Geschäftsstelle des Bundesverbands gefördert. Außerdem erfolgt die Förderung der jährlichen Fachtagung sowie des Taschenbuchs „Ratgeber für Alleinerziehende".

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

SEITE 2 Für die Jahre 2015 bis 2018 belief sich die Förderung auf:

2015: 319,8 T€ (Geschäftsstelle: 256,3 T€; Fachtagung: 22,9 TE; Taschenbuch: 40,6T€) 2016: 328,1 T€ (Geschäftsstelle: 264,5 T€; Fachtagung: 23,0 T€; Taschenbuch: 40,6T€) 2017: 427,6 T€ (Geschäftsstelle: 364,0 T€; Fachtagung: 23,0 T€; Taschenbuch: 40,6T€) 2018: 421,3 T€ (Geschäftsstelle: 367,0 T€; Fachtagung: 14,3 T€; Taschenbuch: 40,0T€)

Mit freundlichen Grüßen

7.6.4 Keine Regeln für Gutachter – Jugendamt

(Frage am 20.03.2019 gestellt, am 29.03.2019 beantwortet)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummer 3/337

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/337:

Plant die Bundesregierung für Gutachter und Sachverständige bei Inobhutnahmen durch Jugendämter eine bundesweit einheitliche Vorschrift bzw. Vorgehensweise für ihre Bewertung und Begutachtung?

Antwort: Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode haben CDU, CSU und SPD vereinbart, die Kinder- und Jugendhilfe auf Basis des in der letzten Legislaturperiode vom

Deutschen Bundestag beschlossenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiterzuentwickeln.

Auf Grundlage dieser Vereinbarung hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im November 2018 einen breiten Beteiligungsprozess zur Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe mit relevanten Akteuren aus Wissenschaft und Praxis der Kinder-und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe, der Gesundheitshilfe und den Ländern und Kommunen begonnen. Der Prozess sieht vor, auch Erfahrungen von Beteiligten und Betroffenen mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familiengerichtsbarkeit zu sammeln und systematisch auszuwerten. Die Auswertung wird mit Blick auf systemische und strukturelle Veränderungsbedarfe in das weitere Verfahren mit aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe steht insbesondere auch ein besserer Kinderschutz. Dabei werden auch etwaige Verbesserungsbedarfe im Bereich der Inobhutnahme mit in den Blick genommen werden.

Nach Beendigung des Dialog- und Beteiligungsprozesses Ende 2019 werden die gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet und anschließend im Rahmen einer Gesetzesinitiative aufgegriffen.

Mit freundlichen Grüßen

7.6.5 Vermisste Kinder und Jugendliche – Jugendamt

(14.08.2019)

Einzelanfrage an die Bundesregierung für den Monat August zur schriftlichen Beantwortung

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Zertifikat seit 2003
audit berufundfamilie

Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau Nicole Höchst

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummer 8/206

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 8/206:

Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, wie viele Kinder und Jugendliche bundesweit seit 2012 (bitte wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf

Bundestagsdrucksache 19/1581 aufschlüsseln nach Jahren) aus der Obhut der Jugendämter vermisst werden?

Antwort: Bei der Erfassung von Daten zu vermissten Kindern und Jugendlichen erfolgt keine Aufschlüsselung nach dem erfragten Merkmal „vermisst aus Obhut der Jugendämter“.

Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Mit freundlichen Grüßen

Kommentar:

Bei Razzien wurden in Berlin vermisste Kinder und Jugendliche aus Vietnam „gefunden“. Sie kamen als unbegleitete Jugendliche nach Deutschland und gingen sofort in die Obhut der Jugendämter. Nach ihrem Verschwinden wurden sie durch Dritte zu illegaler Zwangsarbeit gezwungen. Es stellt sich die Frage wie das möglich ist? Sind die Jugendämter überlastet oder schlecht ausgerüstet oder sind einzelne Mitarbeiter sogar aktiv beteiligt?

https://www.bz-berlin/hunderte-minderjährige-vietnamesen-in-berlin-vermisst

Zwangs- und Kinderarbeit mitten in Deutschland? Das ist der eine und für viele Menschen bisher undenkbare Skandal. Der zweite Skandal besteht darin, dass den Jugendämtern in solcher Größenordnung die anvertrauten Minderjährigen überhaupt abhandenkommen. Der eigentliche Skandal ist aber, dass man sich anscheinend bundesweit dafür überhaupt nicht interessiert und demzufolge auch keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Wie passt das mit der Absicht zusammen, Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen zu wollen? Immerhin sind diese unter den Menschenrechten bereits verankert. Da kommt der Verdacht auf, dass es gar nicht um Kinderrechte geht, sondern um das Antasten der Elternrechte. Es ist ein weiteres Indiz dafür, dass es um einen Angriff auf die Familie als Kernzelle und somit gegen die Eltern geht. Die elternlose Gesellschaft als Zukunftsvision linker Machtphantasten und kommunistischer Weltverbesserer wirft hier ihre Schatten voraus. Dem Staat soll die Vormachtstellung vor den Eltern eingeräumt werden.

7.6.6 12 verschiedene Identitäten eines Marokkaners

(08.10.2019)

Schriftliche Frage der Abgeordneten Nicole Höchst

vom 8. Oktober 2019

(Monat Oktober 2019, Arbeits-Nr. 10/79)

Frage

Unter wie vielen der zwölf verschiedenen, von ihm genutzten, Identitäten, bezog der am 06.10.2019 in Bonn von der Bundespolizei festgenommene und von 13 Staatsanwaltschaften gesuchte 42-jährige Marokkaner Leistungen vom Staat und in welcher Höhe (aufgeschlüsselt nach jeweiliger Identität und Quartal seit Beginn des Leistungsflusses)?

Antwort

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu laufenden Ermittlungsverfahren, uni den Fortgang der Ermittlungen nicht zu gefährden. Aus dem Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzip folgt das Gebot, laufende Ermittlungen nicht durch die Preisgabe einzelner Erkenntnisse zu gefährden, um so den staatlichen Rechtsdurchsetzungs-anspruch durch die hierfür zuständigen Organe der Rechtspflege zu gewährleisten.

7.6.7 Zuwendungen Stiftung Magnus Hirschfeld

(22.10.2019)

Schriftliche Frage an die Bundesregierung
hier: Arbeitsnummer 10/142

Sehr geehrte Frau Kollegin,
Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 10/142:
In welchen Haushaltspositionen und in welcher Höhe sind im Bundeshaushaltsentwurf 2020 Gelder für die Stiftung Magnus Hirschfeld sowie Zuwendungen für den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) enthalten?

Antwort:
Im Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2020, Einzelplan 07, sind im Kapitel 0710 Titel 685 03 Mittel in Höhe von 580.000,00 Euro für die institutionelle Förderung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld veranschlagt.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Zierke

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kommentar:

Zuwendungen für Interessenverbände wie den LSVD sind völlig in Ordnung. Kritik entsteht erst, wenn die Verteilung der verfügbaren Gelder sich dem sozial denkenden Verstand entzieht. Bevor Steuergelder für „sexuelle Vielfalt“ ausgegeben werden, müssten doch beispielsweise zuerst Verbände, welche alleinerziehende Väter oder Mütter vertreten, gefördert werden. Verbände wie der ISUV, Väterrechte e.V., Elternrechte e.V. gehen jedoch leer aus. Besonders wenn es um den männlichen Part in unseren Familien geht, ist es staatsseitig merkwürdig still. So existiert ein geförderter ominöser Frauenrat aber kein Männerrat. Es gibt Frauenbeauftragte aber keine Männerbeauftragte. Es gibt eine Kampagne „Frauen können alles“ aber keine Aktion „Männer können alles“. Vor dem Familienministerium weht keine Flagge mit dem Bild einer Familie, sondern die Regenbogenfahne. Die letzte Umbenennung erfolgte so, dass mit dem Begriff „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ die Männer in der Wahrnehmung entfernt wurden. Man trennte Senioren und die Jugend von der Familie ab, hob Frauen hervor und definierte parallel den Begriff Familie neu und gab ihn somit der Beliebigkeit preis. Die Straße, an der das Familienministerium seinen Sitz hat, ist nicht etwa nach einer

berühmten Frau wie Elisabeth Selbert, einer Juristin, die nach Kriegsende am Grundgesetz mitschrieb und die Gleichberechtigung in die deutsche Verfassung einbrachte, benannt, sondern nach Magnus Hirschfeld, einem Sexualwissenschaftler und Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung.

Hier offenbart sich, dass das Ziel des Familienministeriums nicht in der Stärkung der Familie liegt. Quoten, die im „Guten Kitagesetz“ vorgeben, wieviel Kinder zukünftig in Kitas zu sein haben oder Einkommenssituationen, welche beide Eltern in Vollarbeit zwingen und ihnen die notwendige Zeit für Kinder nimmt, Arbeitsmarktflexibilität, die Kinder von ihren Eltern (Opa und Oma) trennt; all das ist keine zukunftsweisende Politik, auf die Familien setzen können. Hier zeigt sich vielmehr einen ideologisch aufgeladener unsozialer und stalinistisch angehauchter Angriff auf die Familie als Kernzelle der Gesellschaft dar.

7.6.8 Hunderttausende Obdachlose

(03.12.2019)

Schriftliche Frage im November 2019
Arbeitsnummer 361
Frage Nr. 361:
Wie viele Obdachlose wurden nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt 2017 und 2018 offiziell registriert (Bitte auch Dunkelziffer schätzen)?

Antwort:
Auf Bundesebene und für die überwiegende Zahl der Bundesländer liegen keine belastbaren Zahlen zu Wohnungs- bzw. Obdachlosen vor. Um die Erkenntnislage zu verbessern, hat das Bundeskabinett am 25. September dieses Jahres den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen beschlossen. Die bundesweite Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen und die Wohnungslosenberichterstattung würden damit erstmals valide Daten zu Wohnungslosigkeit in Deutschland liefern. Derzeit liefern lediglich Schätzungen Anhaltspunkte für das Ausmaß von Wohnungslosigkeit in Deutschland. Der Forschungsbericht "Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung" der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) kommt zu dem Ergebnis, dass am Stichtag 31. Mai 2018 in Deutschland zwischen 313.000 und 337.000 Personen wohnungslos waren. Nicht beobachtbare Fälle im Dunkelfeld sind nicht umfassend einbezogen, da hierfür adäquate Anhaltspunkte fehlen. Weitere Informationen können dem Forschungsbericht. entnommen werden.

(https://www. armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Meldungen/Meldungen/entstehung-verlauf-struktur-von-wohnungslosigkeit-und-strategien-zuvermeidung-und-behebung. html).

Daneben liegt eine Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) vor. Die BAG W schätzt die Anzahl der Wohnungslosen in Deutschland zum Stichtag 30. Juni 2017 auf 457. 000 Personen und zum 30. Juni 2018 auf 542. 000 Personen. Ferner schätzt die BAG W auch Jahresgesamtzahlen, welche jedoch auf einer Reihe an gesetzten Annahmen basieren und im internationalen Vergleich unüblich sind. Für 2017 kommt die BAG W so auf 651.000 Personen, für 2018 auf 678.000 Personen. Das Dunkelfeld wird sowohl beim

Stichtagswert als auch beim Jahresgesamtwert auf Basis nicht nachvollziehbarer Annahmen hinzugeschätzt. Weitere Informationen können der Pressemitteilung der BAG W vom 11. November 2019 entnommen werden.

(https://www.bagw.de/media/doc/PRM 2019 11 11 Schätzung Zahl der Wohnungslosen.pdf).

Kommentar:

In Deutschland gehen Menschen auf die Straße, weil sie keine Wohnungen finden oder diese kaum noch finanzieren können. Parallel werden Millionen von Menschen, welche illegal unsere Grenzen überschreiten, dem Heer der Wohnungssuchenden hinzugefügt. Das hier ein indirekter Angriff auf unsere Familien erfolgt, liegt auf der Hand. Bei dieser Politik dürfte auch das Heer der Obdachlosen in gleichem Maße mitwachsen. Soziale Politik sieht anders aus. Wer die Politik der Altparteien als sozial ansieht freut sich vermutlich auch darüber, dass die Zahl der Tafeln auf über 990 und der Ausgabestellen auf über 2.200 angestiegen ist, weil das ja eine Erfolgsgeschichte sei.

Wissenschaftlicher Dienst

7.6.9 Anfrage zum Thema Jugendamt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie bitten, uns bei der Beantwortung mehrerer Fragen zu helfen.

Die Entwicklung der Fallzahlen, in denen Familien Hilfen der unterschiedlichsten Art benötigen, ist stetig steigend. In den Monitoring-Berichten werden immer nur kleine Zeiträume von drei bis vier Jahren betrachtet, in denen vergleichsweise kleine Steigerungsraten erfolgten. Geht man jedoch bis 1995 zurück, dann wird das Ausmaß deutlicher. So entwickelten sich die Kosten der Jugendhilfe von 1995 = 15,01 Milliarden auf 2018 = 48,5 Milliarden. Die Bevölkerung Deutschlands entwickelte sich von 1995 81,5 Mill. auf 82,79 Mill. Einwohner in 2018.

https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00015303/5225501957004.pdf;jsessionid=BA535CC51599EF2B7E6A329E7E9B82B8

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/_inhalt.html

Die Entwicklung der Fallzahlen (destatis) verläuft jedoch nicht linear zur Bevölkerungsentwicklung:

1995: 23.432 Inobhutnahmen

2012: 40.227 Inobhutnahmen

2015: 77.645 Inobhutnahmen,

129.500 § 8a Meldungen,

402.669 HzH ohne Beratung

2016: 84.230 Inobhutnahmen (+131% seit 2010),

634.500 HzE ohne Beratung

137.000 § 8a-Meldungen (+28% seit 2012)

2018: 52.590 Inobhutnahmen

1,03 Millionen HzE mit Beratung

1. Frage

Ich frage daher nach Studien, welche diese Entwicklung untersuchen und welche Ursachen sie in ihrer Einschätzung als ursächlich benennen.

2. Frage

Gibt es nach Ansicht des Wissenschaftlichen Dienstes Maßnahmen des Familienministeriums seit 1995, welche gezielt der steigenden Tendenz von hilfebedürftigen Familien entgegenwirken und welche sind das?

Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Bemühungen. Als Ansprechpartner bei Rückfragen steht Ihnen mein Mitarbeiter Herr Prade jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Höchst MdB

8 Sonstiges

8.1 Wahl zur Stiftung „Deutsches historisches Museum“

Der Wahlvorschlag wurde abgelehnt.

Deutscher Bundestag Drucksache 19/15983

19. Wahlperiode 16.12.2019

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD

Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Deutsches Historisches Museum “

Mitglied Stellvertreterin

Steffen Kotré Nicole Höchst

Berlin, den 16. Dezember 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

8.2 Gedichtwettbewerb zum Thema Sicherheit für Mädchen und Frauen

Sieben Frauen aus der AfD schrieben einen Gedichtwettbewerb für Frauen und Mädchen ab 16 Jahre aus. Die Frauen, welche sich beteiligten, waren im Alter zwischen 17 und 82 Jahren und sandten allesamt Gedichte ein, welche ans Herz gingen. Dementsprechend nah beieinander lagen sie denn auch bei der Bewertung durch die Jury. Vielen, vielen Dank an alle Teilnehmerinnen.

Als Preis für das beste Gedicht schrieb Frau Höchst 500€ aus.

Hier das Gedicht der Gewinnerin Naomi Seibt:

„Manchmal schweige ich“

Manchmal schweige ich.

Manchmal macht mir die Angst vor Ablehnung

einen Strich durch die Rechnung

und ich verleugne mich.

Manchmal will ich auch Augenbinden tragen,

blind leeren Staatsversprechen hinterherjagen:

„Wir lassen doch nur Fachkräfte und Schutzsuchende rein."

So ignorant wie die Menschenmassen will ich auch sein,

anstatt den Schritt aus dem System zu wagen.

Es ist unbequem, die Wahrheit zu sagen.

„Wahrheit" ist doch sowieso nur subjektiv.

Lieber folgen wir dem Narrativ.

Warum den Kopf herhalten?

Es heißt, dass wir bloß die Gesellschaft spalten.

Stattdessen fügt man sich dem Kollektiv.

Gehorsamkeit ist attraktiv.

Immer öfter schweige ich.

Immer öfter macht mir die Angst vor Ablehnung

einen Strich

durch die Rechnung

und ich verleugne mich.

Die Linken sehen für uns nach dem Rechten.

Antifaschismus wollen sie verfechten.

Zum Schutze der Verfassung

unterzieht man die der Prüfung,

die uns mit lästigen Fakten

alternative Denkansätze brächten.

Sich dem zu widersetzen wäre Leichtsinn.

Das Schwert des großen Staates schützt uns vor dem Machtgewinn

der angeblichen Rechtsfaschisten.

Zentralisierte Staatsgewalt kann niemand überlisten.

Souveränitätsverlust nehme ich wehrlos hin.

Tausche Freiheit gegen Scheinordnung und Wahnsinn.

Meistens schweige ich.

Meistens macht mir die Angst vor Ablehnung

einen Strich

durch die Rechnung

und ich verleugne mich.

Kommentar:

Naomi betreibt seit dem Gedichtwettbewerb sehr erfolgreich einen eigenen Youtube-Kanal, in welchem sie die Fehlentwicklungen in unserem Land anprangert. Hier der Link: https://www.youtube.com/channel/UCeYSlCaX1PheCaqxN7u2klw

Die politische Gegenseite nutzte indes die Gelegenheit, indem sie jede Menge anonymer Briefe versandte, welche zeitgleich an einem Tag im Berliner Büro eingingen. Einige davon beschäftigten sich mit der unsäglichen Zeit des Dritten Reiches und passten wenigstens inhaltlich zur Themenstellung. Der überwiegende Teil bestand jedoch aus Bedrohungen, Beschimpfungen und teilweise schon fast krankhaften Ergüssen. Hier ein paar Beispiele:

Allem voran kam ein Deckblatt: **„Ihr wollt Gedichte starker Mädchen haben? Hier habt ihr einen Haufen Gedichte starker Mädchen und Frauen. Mädchen / Frauen die sich gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Unterdrückung usw. gewehrt haben. Viel Spaß beim Lesen!“**

Und dann öffneten wir Briefe mit Gedichten folgenden Inhaltes:

Beispiel 1:

Geh zum Fernsehen haben sie gesagt, denn für 'ne Frau bist du echt komisch

Doch seit meinem ersten Tag läuft es hier irgendwie nicht so harmonisch
Als ich hier anfing war ich noch schlank, doch jetzt esse ich aus Frust
80 Euro Snackbär-Schulden und das nur seit August
Ich werde immer übersehen auch wenn ich am besten schreibe
Und will ich Mittagessen gehen, geh ich meistens doch alleine
Würd so gern zeigen, dass mehr in mir steckt als nur Gebäck
Doch will ich mal was Größeres machen, drehen sich plötzlich alle weg
Ich fühlte mich schlecht in meiner Haut und
habe lang genug geglaubt
Es liegt wohl an meinem Bauch
Doch dann hat sie sich umgeschaut
[2x Chorus]
Ich hab eine Scheide
Es liegt an meiner Scheide
Es ist egal wie viel ich leide
Schuld ist meine Scheide
Hab lange überlegt, ob ich mich an der Uni
für Maschinenbau einschreibe
Man sagte mir: "Ihr NC ist zwar ganz gut,
doch Sie haben leider eine Scheide."
Ich würd so gern ins Stadion mitten in den
Ultra-Block
Doch ich komm nicht rein, dank meiner
Scheide unterm Rock
Ich habe richtig Bock auf Boxen und auf
Wrestling
Der Türsteher sagt: "Nein, du hast eine
Scheide, Schätzchen!"
Und mein größter Traum ist endlich eine
eigene Show in der Glotze

Doch das ist leider unmöglich denn ich
habe eine empfindliche Mischhaut
Ladys seid ihr bereit
Denn es ist an der Zeit
Diese Ungerechtigkeit der ganzen Weit zu
zeigen und wenn ihr mit mir seid
Dann schwingt jetzt eure Scheiden
[Chorus]
Wir haben eine Scheide
Schuld ist unsere Scheide
Es ist egal wie viel wir leiden
Wir haben nun mal Scheiden
Was ist so schlecht an mir? - Eine Scheide!
Was mache ich falsch? - Eine Scheide!
Warum werde ich schlecht so bezahlt? -
Eine Scheide!
Worüber wurde noch nie ein Witz gemacht? -
Eine Scheide!
Wovor haben die alten weißen Männer im
Fernsehen Angst?- - Eine Scheide!
Wer hat den dritten Teil von Bridget Janes
geschrieben? - Eine Scheide!
Wer hat John F Kennedy erschossen?
Eine Scheide!
Und wer hat an der Uhr gedreht? –
Eine Scheide!
Was reimt sich auf eine Weide? –
Eine Scheide!
Wer hat das Gras weggeraucht? –
Eine Scheide!

Wer hat dem Maulwurf auf den Kopf

gemacht? - Eine Scheide!

Unsere Erde ist eine Scheide!

All the single Scheiden, all the single

Scheiden

Oh-Oh, Oh-oh

Verdammt Scheide (Giulia Becker)

Beispiel 2:

Mutige Mädchen und mutige Frauen

Mutige Mädchen?

Mutige können auch ordentlich auf die Fresse hauen.

Heimat?

Mit der Heimat will die AfD protzen

und das bringt mich im kotzen

Auf die Sicherheit die die AfD will kann ich scheißen!

Beispiel 3:

Ich find euch scheiße

so richtig scheiße

so richtig

sch-

sch-

sch-

sch-

sch-

sch-

SCHEIßE!!!

Beispiel 4 (Auszug):

Ich bin 'ne Hengstin

Ich bin 'ne Hengstin

Wer hat dich in Ketten gelegt? Ketten aus Silber und Gold

Hast du das Silber gewählt? Hast du das selber gewollt?

Trau keinem System, trau nicht irgendwem

Lass dich nicht von Zucker und Peitsche zähmen

Ich bin kein Herdentier, nur weil ich kein Hengst bin

Ich bin 'ne, ich bin 'ne, ich bin 'ne Hengstin

Ich bin 'ne Hengstin

Ich bin 'ne Hengstin

Festival Mainstage alles voller VIP's Plattenfirma,

Chefetage alles voller VIP'S Very Important Penises

wo sind die Ladys im Business?

Wo man auch nur hin tritt überall en Schlips

Es ist seit Hunderten von Jahren dieselbe Leier

Dasselbe Lied zu dem die Chauvis gerne feiern

Sie besaufen sich am Testosteron bis sie reihern

Ich seh so viele Männer und so wenig Eier

Erzähl mir nicht, dass das Thema kalter Kaffee ist

Man muss nicht alles schwarz anmalen um zu erkennen was Sache ist

Wir leben in 'nem Herrenwitz, der nicht zum lachen ist

Doch wenn man ihn nur gut erzählt, merkt keine Sau, wie flach er ist

Reiß dich vom Riemen, es ist nie zu spät

Denn ein Weg entsteht erst wenn man ihn geht

Ich bin kein Herdentier, nur weil ich kein Hengst bin

Ich bin 'ne, ich bin 'ne Hengstin

Trau keinem System, trau nicht irgendwem

Lass dich nicht von Zucker und Peitsche zähmen

Ich bin kein Herdentier, nur weil ich kein Hengst bin

Ich bin 'ne, ich bin 'ne, ich bin 'ne Hengstin

Ich bin 'ne Hengstin

Ich bin 'ne Hengstin

Beispiel 5:

Staat,

Nation,

Kapital?

Scheiße!

Beispiel 6:

Deutschland, Deutschland; endlich

schnall ich's

Schwarz Rot Gold und kein Verstand

Unter euren Farben brauch ich

weder Heimat, Küche, Vaterland

noch eure Vorstellung von Sicherheit

Und tretet ihr sie noch so breit

Erkenn ich dahinter euren Hass

Mit Freude verderb` ich euch den Spaß

Steckt euch das Preisgeld in den Arsch

Reicht es Ihnen?

In diesen Ergüssen schlägt dem Leser nur Hass entgegen: Hass gegen Staat und Nation, Hass gegen Männer, Hass gegen die AfD, Hass Hass Hass. Hass gepaart mit oberlehrerhaften Belehrungen, Hass gepaart mit Unterstellungen, Hass gepaart mit Dummheit und niedrigstem Niveau, Hass gepaart mit einem Gedankengut, von welchem sich die aufrechten Linken der NS-Zeit distanzieren würden. Es ist erschreckend, wenn junge Menschen auf Lügen hereinfallen und instrumentalisiert werden. Im lobenswerten Bemühen das Richtige, das Gute zu tun, begeben sie sich in ein Fahrwasser, welches nur Hass, Gewalt und Zerstörung hervorbringt. Sie bemerken nicht einmal mehr, dass sie selbst es sind, und nur sie selbst, die Hand an Freiheit und Demokratie legen.

8.3 Rede zum Weltfrauentag in Koblenz

(08.03.19)

Ja, liebe Koblenzer, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Diversen! Heute am Weltfrauentag stehe ich hier, ich freue mich über die Einladung und ich möchte natürlich sprechen über Frauenpolitik der Zukunft, Familienpolitik der Zukunft, und da liebe Herren an ihre Adresse und liebe Damen auch an ihre Adresse: Ich bin es leid in einem Land zu leben wo die Politik spaltet: Männlein von Weiblein trennt, Frauenrechte im Gegensatz zu Männerrechten sieht, Leute quotieren muss, damit es irgendwie gerecht ist, versucht gleichzustellen und ein bahnbrechender Sexismus in allen Bereichen um sich greift. Es ist ja nicht mehr wichtig was man heute sagt, wo man sich bewirbt, sondern ob man Männlein, Weiblein oder divers ist. Das heißt, wenn sie irgendwo hinkommen schaut man ihnen als allererstes auf den Balkon, auf die primären Geschlechtsmerkmale, um festzustellen ob Sie eine Frau sind und ob man Sie dementsprechend quotieren muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren heute am Weltfrauentag traue ich mich zu sagen, dass wir von der AfD für eine Politik einstehen, die für Männer und Frauen, beide miteinander gemacht sein wird, weil nur wir zusammen machen die Bürger, das Volk dieses Landes aus, wir lieben einander, Männer und Frauen gehören zusammen. Ich lass jetzt die Minderheit von 10%, die sich nicht angesprochen fühlt weg. Die Männer und Frauen dieses Landes gehören zusammen und wir sollten uns nicht länger spalten lassen! (Applaus)

Ich lasse die Diversen und die 10% dieses Landes deswegen weg, weil sie eine ausgewiesene Minderheit sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren Demokratie bedeutet was? Gehen Sie mal ins sich! Was bedeutet das? Bedeutet Demokratie tatsächlich, dass sich die Mehrheit permanent von der Minderheit am Nasenring durch die Manege ziehen muss? Ich denke nein! (Applaus)

Wir von der AfD sind liberal und wir sind konservativ. Das bedeutet, dass nach unserem Verständnis jeder lieben darf wen er will und wie er will, solange das unter Erwachsenen und einvernehmlich stattfindet, und solange er damit nicht 90% der Menschen auf den Geist geht! (Applaus)

Gut, kommen wir nun in medias res, das ist Latein und bedeutet zur Sache: Frauen sind gleich berechtigt in diesem Land, wir leben auf, noch, auf der Insel der Glückseligkeit, was das anbetrifft. Frauen, jedenfalls in der Zeit wo ich hier großgeworden bin, waren kein Freiwild. Frauen, jedenfalls in der Zeit wo ich großgeworden bin und auch noch in der Zeit wo ich studiert habe, waren kein Besitz. Frauen waren keine unbezahlten Haushälterinnen, keine Gebärmaschinen und keine wirtschaftliche oder soziale Manövriermasse. Frauen waren frei. Frauen waren frei. Unsere Großmütter und Urgroßmütter haben uns das erkämpft, unsere Mütter hier meine, ich werde 50 nächstes Jahr, ist noch betroffen in der Generation, die erleben durfte, wie sie ohne Erlaubnis des Mannes arbeiten gehen durfte. Das sind alles gnadenvolle Errungenschaften gewesen bis, dass sie eine sagen wir mal hysterische Frauenpolitik ins Gegenteil gekehrt hat. Ich spreche auch heute wieder von einem, einer Art Sozialismus, der uns etwas beschert hat, was wir so nie wollten, der die Freiheit arbeiten zu dürfen, gekehrt hat in die Freiheit arbeiten zu müssen! Hä ? (Applaus)

Wir von der AfD treten dafür ein und zwar mit aller Macht, dass Frauen die Freiheit wiedererlangen, sich aussuchen zu dürfen frei zu sein. Herr Gott nochmal, wann hat das

eigentlich angefangen, dass Frauen sich immer permanent mit Männern vergleichen mussten, dass Frauen weibliche Attribute ablegen mussten um anerkannt zu werden? Wann hat das eigentlich angefangen, dass ich als Frau nur etwas wert war, wenn ich zwei straußeneigroße Cojones in der Buchse hatte und Männerjobs bei der Müllabfuhr oder sonst irgendwo ausgeführt habe? Wann hat das angefangen? Wann hat das angefangen? Überlegen Sie mal, gehen Sie mal in sich, wann hat das angefangen, dass Frauen nur noch etwas wert waren, wenn sie vollumfänglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden haben?

Wann hat das angefangen, dass Frauen nur noch etwas wert waren, wenn sie ihre Kinder möglichst früh in Fremdbetreuung gegeben haben und für zuhause eine Putzfrau gekauft haben, damit sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen konnten? Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil von Gleichberechtigung, das ist das Gegenteil von Freiheit von Frauen, was wir heute leben und dagegen müssen wir vorgehen! (Applaus)

Sehen Sie mal, ich gebe ihnen ein Beispiel: Frauen oder auch Männer, die sich dafür entscheiden zuhause zu bleiben über einen längeren Zeitraum erleben immer wieder, dass die Gesellschaft nicht nur wertschätzend, gesellschaftlich lobend sie nicht wahrnimmt, sondern auch hier (Zeichen für Geld) nicht die entsprechende Wertschätzung stattfindet. Kindererziehung ist immer nur etwas wert und wird nur monetär wertgeschätzt, wenn sie ausgelagert ist, outgesourced nach diesem wunderschönen englischen Begriff. Wenn ich also eine Kinderbetreuung kaufe, ist das etwas wert, wenn ich als Kinderbetreuung fremdarbeite erwerbe ich Rentenanteile, Sozialversicherung etc. pp, wenn ich das als Mutter oder Vater selber mache⋯Privatvergnügen? Privatvergnügen? Wenn ich als Frau, dafür brauche ich noch nicht mal Kinder meinen Haushalt selbst versorge oder als Mann oder als Divers, dann interessiert das keine Sau! Tschuldigung! Ja, nur wenn das ausgelagert wird, an jemand fremden, dann werden plötzlich wieder Rentenanteile erworben, und Sozialleistungen und so weiter und so fort. Das ist grundsätzlich total falsch und das ist ein ganz besonderer Ausdruck, von etwas was hier gesellschaftlich absolut schief geht! Man wertschätzt Familie absolut gar nicht mehr und wir sind angetreten das umzukehren, die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft, Kinder sind unsere Zukunft! (Applaus)

Ich habe gesagt wir stehen ein für Wahlfreiheit, ja und zwar für alle Frauen hier in Deutschland. Wissen Sie, witziger Weise sind gerade die, die hier so den absolut kultigen Hammer der totalitären Toleranz schwingen, die vernachlässigen seit über 30 Jahren die Tatsache, dass Frauen mit migrantischem Hintergrund aus gewissen Kulturkreisen hier nicht die gleichen Rechte genießen wie alle anderen Frauen. Da müssen sie mal drüber nachdenken! (Applaus)

Und ich rede hier über Genitalverstümmelung, über häusliche Gewalt, ich rede über Vergewaltigung, Kinderehen, Zwangsehen, Polygamie, Kopftuch und Verschleierungszwang. Das sind alles Tabuthemen, die unter dem Deckmäntelchen der Vielfalt und der totalen Toleranz verschwinden, das wird kaum angesprochen und es hat wirklich lange gebraucht, dass jetzt im Bundestag einen neue Kraft kommt und sagt das geht so nicht weiter. Diese Frauen hier in Deutschland haben das gleiche grundgesetzlich verbriefte Recht zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und alle anderen Parteien lassen diese Frauen im Stich, das hört auf! (Applaus)

Hierzu ist es notwendig, vielen Dank, hierzu ist es notwendig, dass wir uns die Freiheit wieder erkämpfen, in diesem immer enger werdenden Korridor der politischen Korrektheit und dessen was man sagen darf und was man schon gar nicht mehr denken darf, dafür lohnt es sich

aufzustehen und die Freiheit zurückzuerobern auch Inkombabilitäten anzusprechen, zwischen Kulturkreisen, wie bitte sollen wir kulturell kompatibel sein mit einem Kulturkreis, die folgendes Motto und Sprichwort lebt. Es gibt paschtunisches Sprichwort, das da lautet: Die Frau gehört an den Herd oder ins Grab! Von diesen Kulturkreisen wandern immer mehr Leute zu uns durch geöffnete Grenzen, wie wir erfahren dürfen auch viele mit möglicherweise terroristischem Hintergrund. Vielen Nachweisen wird da ja vorsichtshalber gar nicht nachgegangen, das ist aber noch ein anderes Ding, hier wandern Leute zu mit einem Selbstverständnis, das sagen die vor Gericht, das sagt nicht die Tochter von der Frau Höchst in irgendwelchen Poetry Slams, sondern das sagen diese Leute selber vor Gericht, dass sie es gewohnt sind bestimmte Schwierigkeiten mit dem Messer zu regeln. Und wissen Sie was? Hier in Deutschland kriegen die dafür auch noch strafmildernden Kulturbonus, das muss aufhören! (Applaus)

Wir haben hier in Deutschland die verdammte Pflicht sicherzustellen, dass auch die Frauen dieses Kulturkreises genau wie wir Frauen Wahlfreiheit haben, wie Sie leben wollen, keine Zwangsbeglückung und zwar weder staatlicher, sozialistischerseits, noch patriachalischer, kulturellerseits. Dieses Recht der freien Lebensgestaltung sind wir angetreten zurückzuerobern und zu bewahren. Wir möchten die Unterschiede zwischen den Geschlechtern wertschätzen. Ehe und Familie haben Sonderstatus, wir möchten Menschen bleiben. Jetzt kommen wir noch zu einem meiner Lieblingsthemen, leider gehen ja einige schon: Quoten. Wir denken Quoten sind primär frauenfeindlich, qualitätsfeindlich, männerfeindlich, weil sie eben die Ungerechtigkeit in sich wohnen haben, dass Quoten andere benachteiligen, ja, das halten wir für grundgesetzwidrig, und ich denke da haben wir sogar ganz gute Chancen, wenn die Richter nicht den Kopf dort tragen wo die Sonne nicht scheint, im eigenen Dingsbums, sollte das eigentlich klar sein, dass man nicht quotieren kann wie viele Männlein und wie viele Weiblein in bestimmte Parlamente kommen. Gut, wir haben noch ein Paar andere Themen, die wichtig sind anzusprechen. Wir tun im Moment so in der deutschen Politik, seit vielen Jahren als sei es das Allerwichtigste, dass Frauen paritätisch in Aufsichtsräten vertreten sein sollen. Wozu? Wo ist der, klar wenn die was können, hat niemand was dagegen, kann sich ja jeder bewerben, kann jeder dorthin kommen, das ist ja nicht das Thema, aber wo liegt der Zugewinn, dass man das genau pari pari hat? Wo? Und ganz ehrlich, ich fordere, höchst persönlich, dass wenn wir für Quoten einrichten für Parlamente, Aufsichtsräte und ähnliche Dinge, wonach sich jeder die Finger leckt, wir auch pari pari quotieren: Kanalarbeiter, Müllabfuhr etc. Ja, da müssen wir dahin kommen! (Applaus)

Kommen wir mal zur Digitalisierung, das ist ja so ein riesen Dings, das ist eins der Themen, die wir uns genauer anschauen sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allen Dingen auch die Damen. Die Männer, ja, die wir, wie sag ich immer, ich gehöre ja nicht dazu, aber wir Frauen, ich sage jetzt mal generisch wir Frauen, die wir umerzogen haben zu Teebeutelschwingern und Sitzkreisbestuhlern, die haben langsam die Nase voll. Und in guter erfinderischer Manier können die zum Beispiel wunderbare, intelligente Sexroboter erfinden, fertigen und in Serie herstellen und wenn sie etwa den Gegenwert eines Kleinwagens nehmen können Sie sich schon Sexroboter kaufen, die körperwarm sind. Diese Sexroboter sind intelligente Sexroboter, die können sich merken, meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Vorlieben Sie haben, aber auch in welcher Rheinfolge Sie wie ihre Spülmaschine einräumen, die können Staubsaugen und wenn Sie nach Hause kommen machen die ihnen auch

gerne die Tür auf und sagen: „Guten Abend Liebling wie geht es dir? “ etc. pp. Also das was Sie eben gerne haben möchten, diese Maschinen können das, die sind Verlaufsschlager schon in Japan und anderen Ländern und ersetzen Frauen. Das gibt es auch als Männer, ja, also Männer können auch Männer kaufen, das ist ja jedem Tierchen sein Pläsierchen. Und über 80%

der Käufer solcher Sexroboter sind Männer. Ich ergehe mich jetzt nicht in der Interpretation der Gründe warum Männer unter Umständen ihr Leben lieber mit Sexrobotern verbringen, die die Spülmaschine ein- und ausräumen können und nette Konversationen führen abends, wenn das Essen fertig ist und niemandem auf die Nerven gehen mit irgendwelchen Überzogenen weiß der Geier was.

Ja, wir Frauen wirken manchmal komisch auf Männer, weil wir uns selbst verloren haben. Wir Frauen haben uns selbst verloren, auch durch die Erziehung in der Schule, haben wir verloren dazu zu stehen, dass in uns das Leben wohnt. Wir Frauen haben die Gnade leben zu schenken. Wir Frauen haben die Gnade 9 Monate lang ein kleines Wesen unter unserem Herzen zu tragen und diesem Wesen das Licht der Welt zu schenken. Das haben wir verloren. Wir haben das gar nicht mehr, wir können das überhaupt nicht mehr wertschätzen als besondere Gnade, vor all Dingen nicht in Zeiten, wo darüber debattiert wird, wie man noch besser bewerben kann, wer, wo, irgendwelche Kindstötungen vornimmt. Meine sehr verehrten Damen und Herren ich werde dafür angefeindet, dass ich gegen Mord bin. Es ist Mord ein Kind abzutreiben, der unter bestimmt Voraussetzungen straffrei bleibt und das ist auch etwas, was wir in unserem Diskurs wiedererobern werden, das ist kein Entfernen von Schwangerschaftsgewebe oder Ähnlichem. Das ist schlicht und ergreifend Mord! Der unter Umständen, bestimmten, straffrei bleibt. Und da muss man einfach mal ganz klar sagen wie es ist. Wie viele Leute können sich Sex mit einem Roboter vorstellen? Gabs ne Umfrage.

Mann aus dem Publikum: „Gibt der auch Töne? “ Ja, klar. Töne, Flüssigkeiten, was Sie wollen. Ja, also ich persönlich kann nur sagen in Speyer hat ein sogenanntes Puppenhaus eröffnet, ich selber war noch nicht da, aber vielleicht sollte ich das mal besuchen. Ich weiß nur aus der Vorschau aus dem Internet, dass dort nur weibliche Puppen sind und tut mir Leid ich bin eine von diesen fiesen heterosexuellen Damen, die dazu stehen, also ich kann mit weiblichen Puppen jetzt nicht ganz so viel anfangen und ich gehöre auch zu denen, die keine Lust haben mit einer Maschine zu schlafen, aber wie gesagt jedem Tierchen sein Pläsierchen. (Frau aus Publikum stellt Frage, unverständlich.) Das ist eine sehr persönliche Frage und wenn Sie die mir nachher stellen wollen im Privaten verrate ich ihnen die Farbe, vielen Dank. (Applaus)

Schauen wir noch weiter zur Dehumanisierung, wir Menschen lernen ja mittlerweile in der Schule nur um auf diese Vibratorfrage zu kommen, wie man am besten Sex abkonsumiert und dabei verkommen in heutigen, beziehungsnegierenden Geflechten, die Personen des komplementierenden Geschlechts oder auch des gleichen Geschlechts immer mehr zur privaten Masturbationshilfe und um Liebe und Beziehung geht es ja gar nicht mehr. Das sollten wir vielleicht mal im Kopf behalten. Biologie. Ich habe davon gesprochen, dass wir Frauen dabei tatkräftig mithelfen uns selber abzuschaffen. Wir können schon in vitro befruchten, das ist ein Fluch oder ein Segen, je nachdem wer betroffen ist, wie das geht, aber es ist ein Schritt zur Dehumanisierung. Ich habe meine Brille nicht an ich kann das eh nicht lesen. Künstliche Gebärmutter bald auch für Menschen? Kennen Sie dieses schöne Foto von dem Lammfötus, der in einem Plastiksack aufwächst? Ein Lammfötus in einer künstlichen Gebärmutter, das ist

so ein netter Plastiksack, wo das Lamm drin ist und die Erfinder und entsprechenden Ärzte sind auch frohgemut, dass das bei Menschen auch funktioniert, das könnte ein Segen sein für Kinder, die zu früh zur Welt kommen, dass sie möglicherweise eine größere Überlebenschance haben mit diesem Plastikgebärmüttern, wie in den Inkubatoren, wo ja doch ganz häufig bei Frühgeborenen sehr viele schwere Schädigungen anstehen. Tschuldigung mich hat wahrscheinlich eine Polle angefallen. Ja, aber das Ende vom Lied ist, meine Damen, vor allem meine Damen, wollen wir uns wirklich so redundant machen lassen, dass wir uns da auch noch nehmen lassen, dass Kinder in Plastiksäcken groß werden? Meine Herren wollen sie das zulassen, dass Kinder in Plastiksäcken, in Reagenzgläsern gezeugt werden und anschließend in Plastiksäcken ausgetragen werden? Das ist die Diskussion, die wir politisch führen müssen, das ist demnächst im Bereich des Möglichen. Wollen wir das oder wollen wir das auch dem sogenannten Ethikrat überlassen und uns um diese Diskussion herumdrücken und auf einmal ist es dann einfach so? Das sind Sachen, die wir uns als Familienpolitiker und als Frauenpolitiker der Zukunft anschauen wollen und auch müssen, wie gehen wir mit diesen Dingen um? Die gibt es aber wie gehen wir damit um? Unser Problem sind nicht irgendwelche Quoten, unser Problem ist, dass die Zukunft uns ereilt und wir anscheinend zu blöd geworden sind in Deutschland, nicht nur um Flughäfen zu bauen, sondern auch ein bisschen vorausschauend zu gucken, was passiert denn auf der Welt, welche Fortschritte gibt es und wie betreffen die uns als Gesellschaft? Ich bin nicht bereit mich darum zu drücken. Die bisherige Tendenz aller anderen Politiker ist ein gesellschaftliches „anything goes “. Alles ist möglich, alles geht und alles ist gleich wert, und selbst unsere jüngsten Kinder lernen in der Kita, dass es bald immer häufiger Väterinnen geben wird. Ja ist kein Witz, die kommen nach Hause und fragen: „Mami, können Männer Kinder kriegen? “ Nö, können sie nicht. Das ist Stand der Wissenschaft, nur etwas Umgebasteltes, Andersseinwollendes, das sich dann Mann nennt, kann dann Kinder kriegen. Die Frage ist in wie weit wir dem Ganze noch Vorschub leisten wollen, und in wie weit wir als Gesellschaft das weiter mitmachen wolle, dass man uns eben auch über Begriffe unsere Menschlichkeit entzieht und unsere Gewissheit über das Sein. In England hat der Begriff Mutter ausgedient, Vater ausgedient, es kann Elter 1 und Elter 2 nur noch geben, weil alles andere ist ja diskriminierend. Ach, und eins noch mein Gott nochmal, der Sport, liebe Damen, auch ein Thema, was Sie vielleicht betrifft. Martina Navratilova, die selbst in Zeiten, wo es noch nicht so angesagt war sich zu outen, immer bekennend lesbisch, war als Sportlerin im Tennis immer sehr erfolgreich, für die Jüngeren von ihnen die Martina Navratilova nicht mehr kennen, aber diese Dame kritisiert, dass sogenannte Transgender, die nun Frauen sind gegen echte Frauen im Sport antreten, ja, das ist ein Ding da sollten wir uns vielleicht auch mal Gedanken drüber machen, weil letztlich unterm Strich, meine Damen sind die Verliererinnen und die eigentlichen Blöden der andauernden Familienpolitik und Frauenpolitik vor allen Dingen hier in diesem Land die Frauen. Wir sind die Blöden. Stellen Sie sich mal vor Sie gehen zum Boxen, Kickboxen, ja, sind selber vielleicht 1,46 groß oder sagen wir 1,56 ist ja heute ein bisschen häufiger und vor ihnen steht jemand, der nicht viel größer ist in ihrer Gewichtsklasse, aber eine ganz andere Muskelmasse aufgebaut hat, weil diese Person von Kindesbeinen an zunächst mal ein Mann war. Ja, und dann freuen Sie sich über ihre blutigen Nasen und eingeschlagenen Jochbeine etc. pp, falls Sie aus dem Koma wieder aufwachen. Gut, Frauenpolitik überspringe ich jetzt ein bisschen, das habe ich schon gesagt, letztlich sind die Frauen die Blöden dieser Pseudofrauenpolitik, wir werden entwertet durch Quoten, verprügelt und verdrängt im Sport, entweiblicht, entmenschlicht und ausgebeutet deluxe, ja, wir werden

total ausgebeutet. Ich bin eine von diesen Müttern, weil ich ja auch durch eine Schule gegangen bin, die mir ja immer erklärt hat, oder die mich hat glauben lassen, dass eine berufstätige, erfolgreiche Frau das A und O ist, dass darin mein Glück liegt oder das generelle weibliche Glück. Ich gehöre zu den Müttern, die die Großverdiener in der Familie waren. Ich gehöre zu den Mütter, die ihre Würmchen jeweils mit 3 Monaten haben abgeben müssen. Ich gehöre zu den Müttern, die nie das erste Wort gehört haben, nie den ersten Schritt gesehen haben und ich kann ihnen sagen, das macht was mit Frauen. Das macht etwas mit Frauen. Und ich stehe dazu, dass das nicht ein schönes Gefühl ist, was mit mir macht, wenn ich darüber nachdenke, dass wenn ich später ein alter, mich einscheißender, sabbander Lappen bin, meine Kinder denken: „ Die Mama hat mich früher outgesourced, die hat mich fremd betreuen lassen, jetzt kann ihr jemand anders den Hintern abwischen! “ Ja, sollen wir mal drüber nachdenken, sowas kommt von sowas! Und ja ich stehe hier und sage: „Hey, ich habe mich von diesen Tittensozialistinnen verarschen lassen, und zwar von Strich bis Faden. Das ist etwas was in den Schulen beginnt, was vorgelebt wird und was hoffentlich auch Gegenstand von Diskussionen sein wird, dass Frauen nicht beides können! Ich bin ganz froh, dass wir Schützenhilfe kriegen in dieser Beziehung von zum Beispiel Theresa Hartmann, der Sprecherin des Berliner Streiknetzwerk die sagt: „Viele Frauen machen gleichzeitig die Hausarbeit und Jobs nebenbei, es gibt eine Doppelbelastung, die nicht als solche von der Gesellschaft wahrgenommen wird, weil der eine Teil nicht als Arbeit wahrgenommen wird, und das müssen wir ändern! “, sagt nicht die Frau Höchst sondern die Theresa Hartmann und leistet damit den Thesen, die ich vortrage Schützenhilfe. Ich habe das im Bundestag schon gesagt, Frauenpolitik der Zukunft ist eine feministische Politik, die Freiheit und Gleichberechtigung verteidigen muss und ergo wertekonservativ sein muss. Wir können unsere Freiheit und Gleichheit nicht abgeben an einen Shariastaat, wir können unsere Freiheit und Gleichheit nicht abgeben frustrierte Single-Schachteln, die der Ansicht sind, eine Frau ist nur eine gute Frau, wenn Sie vollumfänglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. (Applaus)

Sie dürfen doch arbeiten, gehen Sie arbeiten, hören Sie auf sich zu vermehren, gehen Sie arbeiten, nach unserem Konzept dürfen Sie das. Sie dürfen sogar Buh schreien. So was bedeutet das für die Kommunalpolitik? In den Kommunalparlamenten haben all diese Thesen und Axiome natürlich ne Auswirkung. Das bedeutet wir möchten kommunal Gleichberechtigung sicherstellen. Wir möchten kommunal sicherstellen, dass keine Frau durch Quoten beleidigt und herabgesetzt wird, wir möchten dieses Frauenzählen abschaffen. Das ist nämlich etwas das ist erniedrigend und herabwürdigend und entstammt eigentlich aus einer patriachalischen Sichtweise, können Sie in der NZZ nachlesen, von gestern. Wir möchten keine, das hat der Herr Paul schon gesagt, muslimische Geschlechtersegregation. Wir möchten die Verstärkung der inneren Sicherheit und das muss jede Gemeinde und jede Stadt für sich selber sorgen, wo und was da für Maßnahmen wichtig sind für Frauen. Mensch, das gibt’ s doch nicht, dass wir uns selbst Hausarrest auferlegen, weil die Stadt nicht mehr für uns sicher ist, ja. (Applaus)

Wir müssen tatsächlich von diesem komischen, seltsamen, toten Pferd runter kommen, dass wir an den Schulen, das wir an den Schulen und sonst noch überall predigen, nach wie vor, dass alle Kulturen gleichwertig sind. Nein, das sind sie nicht, die Kollidieren und jeder kann es sehen! Und jeder, der immer noch rumläuft und sagt: „ Ah, ist alles gar nicht so schlimm und nur ein Einzelfall der möge bitte mal zur Kenntnis nehmen, ja es gibt selbstverständlich deutsche Straftäter und es gibt auch Vergewaltiger, kein Thema, hatte wir schon immer. Wir

brauchen keine zusätzlichen Importvergewaltiger und Straftäter, das brauchen wir nicht! (Applaus)

Wir werden weiterhin kommunal gegen den Verschleierungszwang vorgehen. Warum sage ich Zwang? Weil die Damen, die das hier tun und da durchboxen wollen auf Biegen und Brechen eines im Sinn haben, die die sich kennzeichnen durch das Kopftuch, kennzeichnen sich als der richtigen Religion zugehörig, dem richten Kulturkreis zugehörig, und alle nicht durch Kopftuch Gekennzeichneten sind ergo freigegeben zum Belästigen, zum Vergewaltigen und zum Töten meine sehr verehrten Damen und Herren, das machen wir nicht mit! (Applaus)

Gruppenvergewaltigung hat es in der Form früher nicht gegeben und alle die lachen und irgendwelche Transparente hochhalten mögen verschont bleiben von solchen Erfahrungen. Denn wenn Sie sich vorstellen, dass 15 vollkommen durchgeknallte, von ihren Hormonen ferngesteuerte Typen, alle mal reinstecken müssen, während man wehrlos und bewusstlos auf dem Boden liegt und man sich nicht wehren kann, die dürfen sich mal vergegenwärtigen, dass diese Frauen zukünftig aus der gleichen Öffnung Scheißen, Pissen und Menstruieren. Mal abgesehen von den seelischen Schäden, die diese Frauen und Mädchen den Rest ihres Lebens mit sich herumtragen, das ist wirklich etwas, das es nicht mehr zu beschönigen gilt und jeder, der immer noch rumrennt und sagt es ist alles nicht so schlimm, Hauptsache es nutzt nicht der AfD, der macht sich mitschuldig (Applaus)

Gut wir werden kommunal auch darauf schauen, dass die Wahlfreiheit von Frauen gewährleistet bleibt. Stichwort Kita und Unterstützungsangebote, die müssen in ausreichendem Maße da sein. Es müssen aber auch Unterstützungsangebote für traditionell lebende Familien da sein. Es kann nicht sein, dass unser Staat Modelle bevorzugt, die nicht selbst betreuen können oder wollen. Wir möchten Erziehungsarbeit und Hausarbeit gesellschaftlich wertgeschätzt haben, das heißt wir brauchen auch eine andere Anerkennung im Diskurs und nicht ständig den Leuten vor Augen halten, ihr seid ja selber Schuld, wenn ihr nicht anschließend ordentlich Rente habt, weil ihr hättet ja arbeiten können. Die Damen und Herren, die zuhause Kinder erziehen, die ihren Haushalt machen, die machen ganz viel für diese Gesellschaft und die haben die gleichen Rentenansprüche zu verdienen wie alle anderen auch! (Applaus)

Wir möchten kommunal darauf schauen, das auch alternative Betreuungsangebote wie zum Beispiel Babysitter, Tagesmütter etc. ausgebildet zertifiziert und vermittelt werden. Wir möchten Vereinsstrukturen sichern und ausbauen, durch das Umsichgreifen von Gesamtschulstrukturen und diesem Diktum der Gesamtschule brechen vielfach Vereine ein auch Musikschulen, dem möchten wir entgegenwirken. Wir möchten das Ehrenamt stärken und zwar vor allem im Bereich Familien. Wir möchten gerne den Hebammenberuf stärken, weil das einer der wichtigsten Berufe ist überhaupt Familien und kleinen Kindern den Start in das Leben ermöglichen. Wir möchten Generationenzusammenhalt fördern. Und ganz wichtig, nie vergessen, hätte ich eigentlich am Anfang sagen sollen. Es ist unser Land, es gelten unsere Traditionen und wir pflegen unser heimisches Brauchtum. Das möchten wir auch kommunal großschreiben, wir möchten die Islamisierung stoppen! (Applaus)

Auch kommunal keine falsche Toleranz! Schluss mit dem Beschweigen von Gewalt gegen Frauen und zwar ist ihnen bestimmt auch schon aufgefallen, dass bestimmte Kreise immer nur Reden können gegen, ja, im Rahmen dieser Me-Too-Kampange. Da wo andere Kulturkontexte ins Spiel kommen schweigen diese feige, oder aus Unkenntnis, ich will nicht immer böse sein,

ich glaube auch an das Gute im Menschen. Ich denke manchmal schweigen diese Frauen oder Männer, die ansonsten Me-Too hypen, aus Unkenntnis. Nein, wir müssen auch migrantische und kulturell oder religiös indizierte Gewalt endlich öffentlich anprangern und hart ahnden, ja. (Applaus)

Es gehört dazu, dass wir Frauenhäuser unterstützen. Ich weiß nicht ob Sie mitbekommen haben, dass wir von der AfD im Bundestag angefragt haben, was Abweisungen an Frauenhäusern anbetrifft. Ja, viele Frauen werden an Frauenhäusern abgewiesen, unter anderem aus Belegungsgründen, aber auch, und das finde ich ganz besonders schlimm, echte Flüchtlingsfrauen werden auch abgewiesen an diesen Frauenhäusern und müssen zurück in diese Einrichtungen, wo sie zum Teil Schlächter wiedererkannt haben vor denen sie aus ihrem Land geflohen sind. Die müssen zurück in diese Zwangslage, wo es gerade in diesen Aufnahmeeinrichtungen so weiter geht wie zuhause, na herzlichen Glückwunsch. Das haben wir kommunal in der Hand und das müssen wir ändern. (Applaus)

Auch kommunal wollen wir darauf achten, dass Schwangerschaftsberatung sich auf das Leben ausrichtet und auf Unterstützung für die betroffenen Frauen und Familie. Wir möchten örtliche Beratungsstellen eng begleiten und wir wollen aktiv den Diskurs über Frauenpolitik der Zukunft themenoffen und parteiübergreifend fördern, wir wollen gerne andere Meinungen hören, wir möchten gerne hart in der Sache streiten, weil wir doch eines gemeinsam haben. Wir alle, und davon geh ich jetzt wieder aus, möchten das Beste für unsere Heimat Deutschland, vielen Dank! (Applaus)

8.4 Hass aus dem linken Lager

Der Hass aus dem linken Spektrum war auch in diesem Jahr wieder existent. Besonders in den sozialen Netzwerken mussten ständig Hasskommentare gelöscht werden. Gewaltverherrlichung und –androhung ist leider ein Markenzeichen der politischen Auseinandersetzung aus der linken Szene. Sie fußt auf keinerlei realistischer Basis oder demokratischer Legitimation. Sie ist frei von Argumenten und Sachlichkeit und versteckt sich nur allzu oft feige hinter Pseudonymen. Hier ist der Staat gefordert, welcher trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse sich zurücklehnt und tatenlos zuschaut, ja dies sogar fördert, indem er durch finanzielle Förderung (z.B. über „Demokratie leben“) fragwürdiger Projekte seine Zustimmung bekundet und die Extremismusbekämpfung nur halbherzig verfolgt.

Die Strafanzeige wurde eingestellt.

Nachfolgend können Sie Ausschnitte der Begründung nachlesen, warum Gewaltandrohung und Hetze nicht verfolgt werden können. Aus strafrechtlicher Sicht und geltender Gesetzeslage ist das durchaus nachvollziehbar, doch wird nach meine Ansicht der gesellschaftliche Frieden durch solche Meinungsäußerungen ganz erheblich gestört. Sie sind Kennzeichen zunehmender Radikalisierung.

Ich lasse das ansonsten einfach mal unkommentiert so stehen.

[redacted]

HESSEN

[redacted]

Frau MdB
Nicole Höchst
Platz der Republik 1/
Jakob-Kaiser-Haus, Raum 6.05
11011 Berlin

[redacted]

Das Ermittlungsverfahren

gegen [redacted]

wegen des Verdachts der Belohnung und Billigung von Straftaten u. a.

wird eingestellt (§ 170 Abs. 2 Strafprozessordnung).

Gründe:
Gegenstand des Verfahrens sind über Twitter am 8.1.2019 um 10:46 Uhr bzw. 11:34 Uhr veröffentlichte Beiträge der Nutzerin "Veronika Kracher" mit folgendem Inhalt:
Um 10:46 Uhr wurde folgender Kommentar veröffentlicht: "Dass #Magnitz zusammengelatzt wurde ist übrigens die konsequente Durchführung von #NazisRaus. Abhauen werden die nicht. Die werden sich bei der größten möglichen Bedrohungssituation aber gleich zweimal überlegen ob sie faschistische Politik machen. Deshalb: mit ALLEN Mitteln".
Um 11:34 Uhr erfolgte folgender Post: "Deshalb auf allen Ebenen und mit allen Mitteln: Jugend- und Bildungsarbeit, linke Politik in den Parlamenten, um zu vermitteln, dass Nazis boxen schon OK ist. Ist nur ein langfristiges und schwer umzusetzendes Unterfangen fürchte ich."
Des Weiteren soll die Beschuldigte auf einer Veranstaltung vor ca. 150 Personen folgende Äußerung getätigt haben: "Antifaschistische Gewalt ist notwendig. Rechte werden nicht mit Lichterketten zurückgedrängt."

Der für eine Anklageerhebung erforderliche hinreichende Tatverdacht einer Straftat liegt nicht vor. Die Äußerungen erfüllen keinen Straftatbestand.
Die Voraussetzungen der Belohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB sind nicht erfüllt. Der Tatbestand des § 140 StGB setzt voraus, dass jemand eine in

Konrad-Adenauer-Str. 20
60313 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 1367 - 01
Telefax: (069) 1367 - 2100
Konstablerwache

Die Einreichung elektronischer Dokumente ist in den zugelassenen Verfahren möglich - siehe www.sta-frankfurt.justiz.hessen.de

§ 138 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 und 5 letzte Alternative und in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Taten oder eine rechtswidrige Tat nach § 176 Abs. 3, nach den §§ 176a und § 176b, nach § 177 Abs. 4 bis 8 oder nach § 178 des Strafgesetzbuches, nachdem sie begangen oder in strafbarer Weise versucht worden ist, belohnt oder einer zur Friedensstörung geeigneten Weise öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften billigt. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt. Der tätliche Angriff auf den Bundestagsabgeordneten Magnitz stellt keine der eben aufgeführten Taten dar. Den Ermittlungen zufolge wurde das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Bremen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung gemäß § 224 StGB geführt. Hierbei handelt es sich jedoch um keine der in § 140 StGB abschließend genannten Taten.

Auch die Voraussetzungen der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB sind nicht erfüllt. Gemäß § 130 Abs. 1 und 2 StGB müsste in den Posts bzw. bei der Rede gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufgestachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen aufgefordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen worden sein, dass eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder ein Einzelner wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet wurde. In Betracht könnte hier das Aufstacheln zum Hass bzw. die Aufforderung zu Gewaltmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung kommen. § 130 Abs. 1 und 2 StGB setzt jedoch voraus, dass sich die Taten gegen Teile der Bevölkerung bzw. gegen nationale, religiöse, ethnische Gruppen richten, die aufgrund gemeinsamer äußerer oder innerer Merkmale als unterscheidbarer Teil von der Gesamtheit der Bevölkerung abgrenzbar sind. Entscheidend ist dabei, ob die vom Täter vorgenommene Abgrenzung nach objektiven Gesichtspunkten nachvollziehbar ist, d. h. ein hinreichend bestimmter Teil der Bevölkerung vorliegt (vgl. Fischer § 130 Rdn. 4 m. w. Nw., BeckOK StGB/Rackow StGB § 130 Rn. 15). Zwar kann grundsätzlich auch eine politische Gruppierung taugliches Ziel eines Angriffs im Sinne des § 130 Abs. 1 und 2 StGB sein; wendet man die genannten Grundsätze an, werden jedoch z. B. Personenkreise, die mit "Rote", "Linke", "Linke und Antifa-Brut" sowie "Rote Flut" bezeichnet werden, nicht als "Teile der Bevölkerung" gemäß § 130 StGB angesehen. Bei Sammelbegriffen wie "Rote" oder "Linke" ist der bezeichnete Personenkreis so groß und unüberschaubar und umfasst derart zahlreiche, sich teilweise deutlich unterscheidende politische Richtungen und Einstellungen, dass eine Abgrenzung auf Grund bestimmter Merkmale von der Gesamtbevölkerung nicht möglich ist (vgl. Vgl. BGH 3.4.2008 – 3 StR 394/07). Gleiches gilt im vorliegenden Fall. Auch hier fehlt es den allgemein gehaltenen Formulierungen wie "#Nazis" sowie "Die", bzw. "die faschistische Politik machen" und "Rechte" im Hinblick auf die hierunter fallenden vielseitigen politischen Strömungen an objektiven Kriterien, mit denen die erforderliche Abgrenzung im dargelegten Sinne erfolgen kann, so dass kein hinreichend bestimmter Personenkreis im Sinne des § 130 StGB vorliegt.

Die Kommentare erfüllen auch nicht den Straftatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten gemäß § 111 StGB. Voraussetzung des Tatbestandes der öffentlichen Aufforderung gemäß § 111 Abs. 1 StGB ist, dass jemand öffentlich, in einer

Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat auffordert. Der Täter muss dabei zu einer bestimmten Tat auffordern. Die bloße Kennzeichnung der Art einer Tat ohne Hinweis auf Zeit, Ort und Opfer reicht in der Regel nicht aus (vgl. Fischer § 111 StGB Rdn. 4a m. w. Nw.). Ohne eine solche Konkretisierung stellt sich ein derartiger Aufruf als drastische und überpointierte, im Lichte der Meinungsfreiheit aber noch hinzunehmende Äußerung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung dar (vgl. hierzu OLG Stuttgart NStZ 08, 36, 37). Ungeachtet der Frage, ob die Kommentare in der Gesamtschau überhaupt den erforderlichen Aufforderungscharakter haben, d. h. die Schwelle der Meinungsäußerung oder der Befürwortung von Straftaten zur strafrechtlich relevanten Aufforderung überschritten wird, ist - wie auch beim Straftatbestand der Volksverhetzung bezogen auf die Bestimmtheit des "Teils der Bevölkerung" - jedenfalls auch hier eine hinreichende Konkretisierung der oder des anvisierten Opfers, d. h. der betroffenen Personengruppe, erforderlich (vgl. hierzu BGH, Urteil vom 14-03-1984 - 3 StR 36/84). Daran mangelt es bereits aus den bereits genannten Gründen.

Anderweitige Straftatbestände kommen nicht in Betracht. Das Verfahren gegen die Beschuldigte war daher einzustellen.

Queißer
Staatsanwältin

STAATSANWALTSCHAFT FRANKFURT AM MAIN

Beglaubigt
Adam
Justizangestellte